

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Jürgen Schröder

Von Versailles nach Potsdam
Deutsche Frage und internationales System

Manfred Görtemaker

Zwischen Krieg und Frieden
Die Potsdamer Konferenz 1945

Hermann Graml

Die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland
1945–1949

Wilhelm Ribhegge

„Preußen im Westen“

Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946
und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland

B 28/95

7. Juli 1995

Hans-Jürgen Schröder, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Gießen.

Veröffentlichungen zur amerikanischen und deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert sowie: (zus. mit Matthias Peter) Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 1994.

Manfred Görtemaker, Dr. phil., geb. 1951; Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

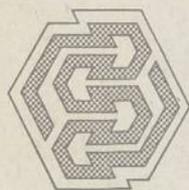
Veröffentlichungen u. a.: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943–1979, München 1979; (zus. mit Arnulf Baring) Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel, Stuttgart 1982; Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Opladen 1994⁴; (zus. mit Gerhard Wettig) USA–UdSSR. Dokumente zur Sicherheitspolitik, Opladen 1987; Unifying Germany 1989–1990, New York 1994.

Hermann Graml, geb. 1928; Studium der Geschichtswissenschaft, der Germanistik und der Politikwissenschaft in München und Tübingen; seit 1960 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München.

Veröffentlichungen u. a.: Europa zwischen den Kriegen, München 1969, 1982; Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985; Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990; „Reichskristallnacht“. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988; (Hrsg.) Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a. M. 1994.

Wilhelm Ribhegge, Dr. phil., geb. 1940; Professor für neuere deutsche und europäische Geschichte an der Universität Münster.

Veröffentlichungen u. a.: August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973; Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen, Münster 1985; Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18, Bonn–Essen 1988; Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1989; Europa–Nation–Region. Perspektiven der Stadt- und Regionalgeschichte, Darmstadt 1991; (Hrsg. und Mitautor) Hamm. Geschichte der Stadt und Region im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Von Versailles nach Potsdam

Deutsche Frage und internationales System

Versailles und Potsdam sind für viele Deutsche bis heute Synonyme für deutsche Niederlagen, Demütigungen, wirtschaftliche und territoriale Verluste sowie internationale Bevormundung durch die Siegermächte. Diese Urteile sind aus der Perspektive der Zeitgenossen verständlich. Allerdings haben die negativen Elemente der in Versailles und Potsdam getroffenen Vereinbarungen ein derart großes Eigengewicht erhalten, daß sie den Blick für die Entwicklungsmöglichkeiten deutscher Politik zumindest partiell verstellen. Sowohl der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 als auch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 haben Deutschland erstaunliche wirtschaftliche und politische Zukunftsperspektiven offengehalten.

Nach beiden Weltkriegen erhielt Deutschland die Chancen eines Wiederaufstiegs zur europäischen Großmacht. Die sich wandelnden Konstellationen internationaler Politik, die konjunkturellen und strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft sowie die innenpolitischen Veränderungen innerhalb Deutschlands sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Warum hat die Weimarer Republik diese Zukunftschancen nicht genutzt oder nicht nutzen können? Welches sind die Gründe dafür, daß es nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter ungleich schwierigeren Startbedingungen zu einem deutschen Wiederaufstieg und zu einer Integration der Bundesrepublik in das Konzert der westlichen Demokratien kam?

Die Versailler Friedensordnung

Bei der Interpretation der zwischenstaatlichen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg sind vor allem drei Faktoren zu berücksichtigen, die dem internationalen System eine neue Qualität verliehen haben:

1. der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht,
2. der Ost-West-Gegensatz und

3. die wachsende Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Außenpolitik der Staaten.

Als die Siegermächte des Ersten Weltkrieges in Versailles über eine Friedensordnung entschieden, wurden diese politischen und wirtschaftlichen Tatsachen allerdings nur unzureichend berücksichtigt. So wurde das bolschewistische Rußland von vornherein ausgegrenzt. Die Vertreter der Hauptsiegermächte waren überdies mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen nach Paris gekommen, wie ein europäischer Frieden zu bewerkstelligen sei.

Der Kriegseintritt der USA im April 1917 hat den Weltkrieg zugunsten der Westmächte entschieden. Es war zu erwarten, daß sich damit auch die amerikanischen Kriegs- und Friedensziele durchsetzen würden. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte es bereits vor dem Kriegseintritt der USA als selbstverständlich bezeichnet, daß Washington an der Gestaltung der Nachkriegsordnung maßgeblich beteiligt werden müsse. Die Washingtoner Ordnungsvorstellungen hat er wiederholt öffentlich verkündet, am prägnantesten in seinen sogenannten 14 Punkten vom Januar 1918. Dieser Entwurf einer neuen Weltordnung machte amerikanische Grundsätze zur Grundlage der künftigen Organisation des Staatensystems: Freiheit des Handels, Freiheit der Meere, Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gründung eines Völkerbundes waren Kernpunkte der anvisierten liberalen Weltordnung. Um das französische Sicherheitsbedürfnis wenigstens teilweise zu befriedigen, hat Wilson dann in Versailles von seinem Programm Abstriche gemacht.

Die Versailler Friedensordnung verfolgte aus der Perspektive der Siegermächte insbesondere das Ziel, jede wirtschaftliche und politische Expansion Deutschlands so weit einzudämmen, daß eine deutsche Hegemonialstellung in Zentraleuropa dauerhaft verhindert werden konnte. Eine Kombination von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und insbesondere auch territorialen Maßnahmen sollte diese Eindämmung Deutschlands verwirklichen. Dazu gehörte auch die Gründung neuer Staaten in Zentral- und Südosteuropa, die als Barriere, als „Cordon Sanitaire“, gleichermaßen gegen deutsche Ambitionen und bolschewistische Revolutionierungsbemühungen dienen sollte.

Der Friedensvertrag enthielt in seinen 440 Artikeln für Deutschland schwerwiegende Bestimmungen. So mußte das Reich umfangreiche Gebietsverluste hinnehmen: Nordschleswig, Eupen-Malmedy, Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen, Teile Ostpreußens, Hinterpommern und Oberschlesien, Danzig, das Memelgebiet und die Kolonien. Überdies sah der Friedensvertrag eine zeitweise Besetzung eines Teiles des Reichsgebietes vor. Außerdem wurde Deutschland eine weitgehende Entwaffnung und eine Begrenzung der Streitkräfte auferlegt. Schließlich wurden Deutschland Reparationsleistungen in zunächst unbestimmter Höhe aufgezwungen. Gerechtfertigt wurden diese Reparationen unter anderem dadurch, daß Deutschland in Artikel 231 die Alleinschuld für den Krieg angelastet wurde.

Die materielle Basis des Reiches hatte sich dramatisch verschlechtert. Deutschland verlor 13 Prozent seines Vorkriegsterritoriums, 10 Prozent seiner Bevölkerung, 15 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche, 75 Prozent seiner Eisenerzvorkommen, 68 Prozent der Zinkerze, 26 Prozent der Kohleförderung; hinzu kam eine Verminderung der Produktionskapazitäten von Roheisen um 44 Prozent und von Stahl um 38 Prozent.

Die Revision des Versailler Vertrages als Axiom deutscher Politik

Die Wirkungen der Versailler Vertragsbestimmungen in Deutschland waren verheerend. Die genannten, objektiv meßbaren Faktoren wurden durch die subjektiven Einschätzungen und Empfindlichkeiten enorm verstärkt. Diese hatten auch deshalb ein so großes Gewicht, weil die Mehrheit der Bevölkerung auf den Ausgang des Krieges nicht hinreichend vorbereitet war. Teile der Führungsschichten waren nicht bereit, die Niederlage zu akzeptieren. Die Legende, die deutschen Truppen seien „im Felde unbesiegt“ geblieben, nur ein „Dolchstoß“ aus der Heimat habe den Waffenstillstand provoziert, tat ein übriges. Hinzu kam die in Deutschland verbreitete Hoffnung, das liberale Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten garantiere einen milden Frieden. Auch hier klafften Erwartungen und Realitäten weit auseinander.

Am 28. Juni 1919 wurde der Friedensvertrag von Außenminister Hermann Müller und seinem Kabinettskollegen Johannes Bell in Paris unterzeichnet. Das Kabinett Bauer hatte sich damit dem Druck der Siegermächte gebeugt. Den zuvor un-

ternommenen Versuch, die Unterzeichnung mit dem Vorbehalt zu verknüpfen, daß damit keine Anerkennung der deutschen Kriegsschuld verbunden sei, hatten die Siegermächte mit der Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen zurückgewiesen. Kurz zuvor war das Kabinett Scheidemann an der Frage der Vertragsunterzeichnung auseinandergebrochen. Am 12. Mai 1919 hatte der Sozialdemokrat Scheidemann unter dem Beifall der Nationalversammlung erklärt: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“¹

Damit war der Tenor vorgegeben, der in den zwanziger und dreißiger Jahren die politischen Diskussionen in Deutschland prägte. Das verdeutlichen bereits die unmittelbaren Reaktionen der deutschen Presse, als sie sich im Sommer mit der Frage auseinandersetzte, ob es zur Unterzeichnung eine Alternative gebe. Hierzu fielen die Antworten unterschiedlich aus, die Verurteilung des „Gewaltfriedens“² war allerdings einhellig. Der Berliner Lokal-Anzeiger sprach vom „Mordvertrag von Versailles“, der zu einem „schweigsamen, heiligen Haß nach außen“ verpflichtete³. Die Münchner Neuesten Nachrichten räumten zwar ein, daß es „zwecklos und überaus gefährlich“ gewesen wäre, „die deutschen Unterschriften noch länger zu verweigern“. Man könne zwar „unsere Hand nötigen, das Dokument zu unterschreiben“, aber man könne „unser Gehirn“ nicht zwingen, „das Unerfüllbare für erfüllbar zu halten“. Daher müsse die Unterzeichnung des Friedensvertrages „der erste Schritt zu seiner Revision sein“⁴. Das Zentrumsorgan Germania machte deutlich, daß man „angesichts der schweren Friedensbedingungen keine Werbeartikel für die Unterzeichnung“ habe schreiben können. Deutschland habe lediglich die Möglichkeit gehabt, „zwischen zwei Übeln das geringere zu wählen“. In „nationalistischen“ Kreisen werde man dies „nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen“. Die Zeitung prophezeite, es werde künftig noch häufiger als bisher von „Feigheit“ und „Verrat“ die Rede sein⁵.

Auch die linksliberale Frankfurter Zeitung vertrat die Auffassung, daß es zunächst zur Unterzeichnung „des uns gewaltsam aufgezwungenen Frie-

1 Eduard Heilfron (Hrsg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 4, Berlin o.J. (1919), S. 2646.

2 Vossische Zeitung, 24. Juni 1919, Morgen-Ausgabe.

3 Zitiert nach Burkhard Asmuss, Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923, Berlin 1994, S. 165.

4 Zitiert ebd., S. 154ff.

5 Zitiert ebd., S. 174ff.

dens“ keine Alternative gebe, denn nur auf diese Weise könne man „Deutschland vor dem völligen Untergange“ retten. Aber die Revision wurde als unumgänglich angesehen. „Wären wir nicht so felsenfest davon überzeugt, daß dieser Friedensvertrag in nicht allzu ferner Zukunft wieder abgeändert werden wird, so würde uns der Entschluß, die Unterzeichnung trotz aller schwerwiegenden moralischen und überaus ernstesten wirtschaftlichen Bedenken mit schärfsten Worten von der Regierung zu fordern, noch viel schwerer fallen, ja unmöglich sein.“⁶

Auch der sozialdemokratische Vorwärts strich die Zwangslage Deutschlands heraus: „Wir unterzeichnen wie ein Mann, dem ein Erpresser mit vorgehaltenem Revolver einen Wechsel zur Unterschrift vorlegt. Es hat gar keinen Sinn für diesen Mann, sich erst davon zu überzeugen, ob dieser Wechsel über Millionen, Milliarden oder Trillionen lautet, wenn er weiß, daß er für die bescheidenste Einwendung gegen die Höhe der Erpressung über den Haufen geschossen wird.“ Der „erpresserische Zwang“ mache die deutsche Unterschrift von vornherein für die Entente wertlos. Nur so lange habe sie Bedeutung, „als die Alliierten ungeschwächt die Macht ausüben können, die notwendig ist, um diese Mißgeburt der Friedensidee lebendig zu erhalten“. Der „sogenannte Friedensvertrag“ sei nicht mehr als ein „Fetzen Papier“. „Wir werden es stets ablehnen, in diesem Frieden ein unbedingtes Gesetz, eine unerschütterliche Grundlage einer neuen Völkergemeinschaft zu sehen. Im Gegenteil, in der Sekunde der Unterzeichnung beginnt für uns der Kampf gegen diesen Frieden, der Kampf mit allen Mitteln.“⁷

Diese publizistischen Stellungnahmen verdeutlichen das breite Spektrum der deutschen Ablehnungsfront gegen den Versailler Vertrag. Ganz abgesehen davon, daß keine Regierung eine derartige gemeinsame Grundorientierung der deutschen Innenpolitik hätte ignorieren können, herrschte auch innerhalb der Führungseliten von Politik und Wirtschaft Einigkeit darüber, daß der Versailler Vertrag für Deutschland nicht akzeptabel war und daher so schnell wie möglich verändert werden mußte. Die politische Aufklärungsarbeit der Regierung unterstreicht dies⁸. „Revision von Versailles“ wurde zum Axiom deutscher Politik. Formen, Intensität und Prioritäten in den Teilzielen zur Revision waren einem Wandel unterworfen –

6 Zitiert ebd., S. 182 ff.

7 Zitiert ebd., S. 190 ff.

8 Vgl. Klaus W. Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976, bes. S. 111 ff.

die Grundtendenz der Revision blieb davon unberührt⁹.

Für die Weimarer Republik hat es sich als fatal erwiesen, daß sie die formale Verantwortung für den Waffenstillstand und die mit dem Versailler Vertrag dem Deutschen Reich auferlegten Lasten übernehmen mußte. Von der republikfeindlichen Agitation von rechts und der extremen Linken wurde ihr daher in einer vergrößerten Propaganda die Gesamtverantwortung angelastet. Weimar sollte mit Versailles vermengt werden. Von hier war es nur noch ein kleiner Schritt zu einer umfassenden Deutung des Revisionsbegriffs. Vor allem die Rechte suchte den Eindruck zu erwecken, daß sich die Revision nicht nur auf den Bereich der Außenpolitik und vor allem auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages beschränken dürfe, sondern sich auch gegen die Republik selbst richten müsse als jenes „System“, das Versailles angeblich erst ermöglicht hätte. Kampf gegen Versailles und Kampf gegen die Weimarer Republik wurden in dieser grobschlächtigen Agitation gleichgesetzt. Weimarer Republik und Versailler Vertrag wurden gleichsam nur als vorübergehende Erscheinungen gesehen. Mit der Verwirklichung der Revision von Versailles wäre dann auch die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik überflüssig. Die faktische Entwicklung hat diesen umfassenden, auch gegen die innere demokratische Ordnung gerichteten Revisionsbegriff¹⁰ in dramatischer Weise bestätigt.

Das Ende der französischen Vorherrschaft in Europa

In den ersten Jahren der Republik standen nicht nur die deutschen Revisionsforderungen gegen Versailles im Vordergrund; es ging zunächst vor allem darum, französische Revisionsbegehren abzuwenden. Die französische Politik versuchte Anfang der zwanziger Jahre, das in Versailles nicht erreichte Maß an Sicherheit nachzuholen. Da sich die alliierten Regierungen für den Fall der Nichterfüllung ihrer Reparationsforderungen Sanktionsmaßnahmen vorbehalten hatten, glaubte Paris, hier den Hebel ansetzen zu können. Diese

9 Zu den im folgenden nicht belegten Details der Weimarer Außenpolitik vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

10 Vgl. ausführlicher Michael Salewski, Das Weimarer Revisionismussyndrom, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/80, S. 14–25.

Zwangspolitik hat in der Ruhrbesetzung des Jahres 1923 dann ihren sichtbaren Höhepunkt gefunden. Die Demonstration französischer Machtpolitik erwies sich für die Regierung in Paris mittel- und langfristig jedoch als kontraproduktiv¹¹. Passiver Widerstand, verschärfte wirtschaftliche Schwierigkeiten, Beschleunigung der Inflation und politisches Chaos waren die Folgen.

Die von der Ruhrbesetzung ausgehenden internationalen Erschütterungen haben das Engagement der angelsächsischen Mächte und vor allem der USA beschleunigt und schließlich zu einer Stabilisierungspolitik verdichtet¹². London und Washington waren nicht bereit, die Etablierung einer französischen Hegemonie in und über Deutschland zu akzeptieren, wenn sie über das im Versailler Vertrag konzedierte Maß hinausging. Ergebnis war der Dawes-Plan, der eine Regelung der Reparationsfrage brachte. Damit war den Deutschen, den Siegermächten und insbesondere ausländischen Investoren eine international abgesicherte Kalkulationsgrundlage gegeben, die im Deutschen Reich wirtschaftliche und finanzielle Konsolidierungsmaßnahmen ermöglichte. Das Ende der Hyperinflation und die Stabilisierung der Mark sind hierfür eindrucksvolle Belege.

Mit dem finanzpolitischen Engagement der USA wurden die Möglichkeiten französischer Zwangspolitik mittels militärischer Intervention auf absehbare Zeit obsolet. Der amerikanische Historiker Stephen Schuker hat daher die internationalen Implikationen des Dawes-Plans treffend als „The End of French Predominance in Europe“ bewertet¹³. Für Paris waren die Chancen zu einer Revision des Versailler Vertrages im französischen Sinne mithin ausgereizt. Damit waren für Frankreich die Verteidigung des Status quo und der Zwang zu internationaler Kooperation zu alternativlosen Eckpfeilern seiner Sicherheitspolitik geworden. Für die deutsche Politik hatten sich die Möglichkeiten zur Revision dann entscheidend verbessert, wenn die Reichsregierung bereit war, durch Verständigung mit Paris dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen. Diese Strategie kennzeichnet die deutsche Politik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre; sie ist eng mit dem Namen Stresemann verknüpft.

11 Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1986².

12 Grundlegend Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970.

13 Stephen A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill, NC 1976.

Revision durch Kooperation?

Gustav Stresemann, der von 1924 bis zu seinem Tod im Jahre 1929 als Chef des Auswärtigen Amtes die deutsche Außen- und Revisionspolitik geprägt hat, ist aus der Perspektive nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder als großer Europäer und als Verständigungspolitiker gefeiert worden. Das ist richtig und falsch zugleich¹⁴. Stresemann hat in erster Linie deutsche Interessen verfolgt. Aber er hat zugleich versucht, diese in europäischer bzw. westeuropäischer Kooperation durchzusetzen. Sein Kooperationsansatz ist also nicht als Bekenntnis zum Status quo zu verstehen. Internationale Entspannung und wirtschaftliche Stabilisierung wurden vielmehr zur Grundlage deutscher Revisionspolitik.

Die Stresemannsche Verständigungspolitik manifestierte sich zunächst im Vertragswerk von Locarno vom Oktober 1925, in dem Deutschland durch eine Garantie der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenzen dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkam. Locarno hatte aber auch revisionspolitische Implikationen. So wurden die Grenzen des Deutschen Reiches mit der Tschechoslowakei und mit Polen faktisch zu Grenzen zweiter Klasse herabgestuft. Ermöglicht wurde dies durch einen von Berlin ausgesprochenen Gewaltverzicht. Wichtiger noch war die Tatsache, daß mit den Verträgen einhergehende Vertrauensbildungen zwischen Deutschland und den Westmächten erreicht werden konnten. Der sogenannte „Geist von Locarno“ war eine wichtige Voraussetzung für das von Stresemann verfolgte Konzept, „politische Fragen auf wirtschaftlichem Wege zu lösen“¹⁵. „Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte“, rechtfertigte Stresemann seine Locarnopolitik¹⁶.

14 Einen guten Überblick über die Forschungsentwicklung geben Wolfgang Michalka/Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982; vgl. außerdem Manfred Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929, Baden-Baden 1990.

15 Rede Stresemanns vor der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin“, 14. Dezember 1925, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (künftig zitiert ADAP), Serie B, Bd. I, 1, Göttingen 1966, S. 730.

16 Rede Stresemanns vom 22. November 1925 vor dem DVP-Zentralvorstand, abgedruckt bei Henry Ashby Turner, Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 15 (1967), S. 434.

Im Einsatz der Wirtschaft als Instrument der Außenpolitik fiel der Handelspolitik zentrale Bedeutung zu. Aus binnenwirtschaftlichen Gründen war Deutschland auf eine expansive Außenwirtschaftspolitik angewiesen. Dieser strukturelle Zusammenhang wurde durch die Reparationsverpflichtungen noch verstärkt. Die deutschen Führungseliten haben hierin aber nicht primär ein Element der Schwäche gesehen. Vielmehr sollte und konnte die Handelspolitik als Vehikel der Außenpolitik eingesetzt werden. Die Reichsregierung könne schon deshalb unter keinen Umständen auf eine aktive Handelspolitik verzichten, so lautete die interne Argumentation, weil nach dem „Verlust unserer militärischen Macht in der Handelspolitik wegen der Größe des deutschen Marktes das einzige wirksame Machtmittel liegt, das uns für die politische Gestaltung zur Verfügung steht“¹⁷. Die große Bedeutung der deutschen Handelspolitik manifestierte sich nicht zuletzt in den Handelsverträgen mit den ehemaligen Kriegsgegnern USA (1923), Großbritannien (1924) und Frankreich (1927). Diese Verträge markierten wichtige Etappen auf dem Wege zur Wiedererlangung außenpolitischer Gleichberechtigung. Von deutscher Seite wurde deren „große allgemeinpolitische Bedeutung“ unterstrichen¹⁸.

Unter politischen Aspekten war für Berlin ein wirtschaftlicher Ausgleich auch deshalb von Vorteil, weil sich hier die Möglichkeit bot, Verständigungspolitik und Revisionspolitik geschickt miteinander zu verknüpfen. Während die Regierung in Berlin mit Paris zu einer bilateralen Übereinkunft kam, benutzte sie die Handelspolitik, die ost- und südosteuropäischen Staaten schrittweise wirtschaftlich an Deutschland zu binden, um das französische, gegen Deutschland gerichtete Sicherheitssystem in Ost- und Südosteuropa aufzulockern.

Stresemann sah sich in bezug auf die innenpolitische Verankerung seiner Außenpolitik jedoch einem Dilemma gegenüber. Seine Revisionsstrategie war so subtil angelegt, daß sie sich für eine Erläuterung vor einer breiten Öffentlichkeit kaum eignete. Vor allem der Einsatz des Wirtschaftspotentials als Instrument der Außenpolitik vermochte die beabsichtigten Effekte nur dann voll zu nutzen, wenn man jegliche politische Absicht leugnete. Das gleiche gilt für die subtile Verknüpfung von Verständigungs- und Revisionspolitik. Eine

17 Auswärtiges Amt (Ritter) an Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 24. November 1930 (Entwurf), in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Sonderreferat Wirtschaft, Zollwesen 4, Bd. 10.

18 Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 17. August 1927, in: ADAP/B, Bd. VI, Göttingen 1974, S. 251.

derartige Kombination konnte nur dann erfolgreich sein, wenn man sie nicht lautstark kommentierte. Bei einer öffentlichen Erläuterung bestand die Gefahr, daß diese Strategie unterminiert werden würde.

Stresemanns Konzept, das sich auf eine enge Anlehnung an die USA und auf das deutsche Wirtschaftspotential stützte, hat unbestreitbare Erfolge aufzuweisen: Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund als ständiges Ratsmitglied, vorzeitige Räumung des Rheinlands bis spätestens Ende Juni 1930, Ablösung des Dawes-Plans durch die im Young-Plan modifizierte Reparationsregelung. Hier wird deutlich, daß Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg „aktuell seine Großmachtstellung verloren, sie potentiell aber behalten“ hatte. „In längerfristiger Perspektive besaß das Deutsche Reich in Europa nach 1919 nicht weniger, sondern erheblich mehr Chancen zum Aufbau einer ‚Mitteleuropa‘-Stellung, um die es im Weltkrieg gekämpft hatte, ja zur Gewinnung einer vollen Hegemonie in Europa, und zwar anders als 1914 auch ohne Krieg.“¹⁹ Ungeachtet der in der Ära Stresemann erzielten Erfolge geriet die deutsche Außenpolitik allerdings seit Ende der zwanziger Jahre unter verstärkten innenpolitischen Druck nationalistischer Kreise, die auf eine beschleunigte Revision drängten und bereit waren, auch außenpolitische Konfrontationen zu riskieren. Insofern markierte Stresemanns Tod im September 1929 auch das Ende der Locarno-Ära²⁰.

Die Agitation gegen die „Kriegsschuldfrage“ bildete einen Kristallisationspunkt der gegen eine Verständigungspolitik gerichteten Opposition. Die Reparationsregelungen wurden überdies als Belege für die angebliche „Versklavung“ Deutschlands herangezogen²¹. Das Volksbegehren gegen den Young-Plan fand zwar keine Mehrheit, kennzeichnete aber

19 Andreas Hillgruber, „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, (1983) 237, S. 600f.

20 Vgl. Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.

21 In einer Polemik erklärte Joseph Goebbels am 10. Juli 1928 im Reichstag: „Am 29. August 1924 wurden in diesem Hause die Dawes-Gesetze angenommen, und die Dawes-Gesetze bilden die eigentliche Verfassung des deutschen Volkes. . . . Das, was Sie Weimarer Verfassung nennen, ist ja nur Firnis, nur Anstrich. Kratzen Sie diesen Anstrich herunter, dann erscheint das System (des Reparationsagenten, d. Verf.) Parker Gilbert. Sie geben vor, die Monarchie gestürzt zu haben, meine Herren Sozialdemokraten, und haben in Wirklichkeit doch nur die dynastische Monarchie ersetzt durch die Mammonarchie. Sie haben Wilhelm II. davongejagt und ihn ersetzt durch Parker Gilbert I.“ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 423, Berlin 1929, S. 150.

die innenpolitische Stimmungslage²². Wichtige Bestimmungen des Versailler Vertrages erwiesen sich somit noch nach einem Jahrzehnt vor allem in ihren psychologischen Wirkungen als schwere Belastungen der deutschen Demokratie.

Reichskanzler Heinrich Brüning hat dann zu Beginn der dreißiger Jahre die Revisionspolitik intensiviert und dabei eine Konfrontation mit Frankreich riskiert. Er hat im übrigen mit der Verschärfung der Deflationspolitik die Unfähigkeit Deutschlands demonstriert, den Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können. Die Konferenz von Lausanne brachte schließlich im Juli 1932 die faktische Ablösung der Reparationen. Dieser revisionspolitische Erfolg, der sich erst nach Brünings Sturz einstellte, hatte allerdings einen hohen Preis: Verelendung der Bevölkerung und politische Radikalisierung wurden zu Wegbereitern der „Machtergreifung“ Hitlers.

Kriegsvorbereitung unter dem Deckmantel der Revision

Die internationalen Rahmenbedingungen, die weltweiten ökonomischen Erschütterungen und die mangelnde Entschlossenheit der Regierungen in London und Paris, der seit 1930 beschleunigten revisionspolitischen Dynamik angemessen zu begegnen, haben den außenpolitischen Handlungsspielraum Hitlers fraglos begünstigt. Er hat die Entwicklung vor 1933 für seine aggressiven Ziele in mehrfacher Weise brutal ausgenutzt. Hitler hat seine Kriegsvorbereitungen zunächst vor allem dadurch verschleiert, daß er Kontinuität vortäuschte: Der Kampf gegen Versailles wurde benutzt zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Innenpolitisch konnte der Diktator an das in der Bevölkerung weit verbreitete Versailles-Trauma anknüpfen. Die grobschlächtige nationalsozialistische Propaganda zielte dabei gleichermaßen auf die Revision des Versailler Vertrages wie auf das sogenannte „System“ von Weimar, das für den Versailler Vertrag und dessen angebliche „Erfüllung“ verantwortlich gemacht wurde.

Es ist unbestritten, daß die 1918/19 von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges maßgeblich gestalteten internationalen Konstellationen der Hitler-Diktatur ihre wirtschaftliche, ideologische und militärische Aggressivität wesentlich erleichtert haben. Die Auflösung der in Versailles ge-

schaffenen Friedensordnung hatte allerdings bereits vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ eingesetzt. Insofern stellt sich die Frage nach dem Zäsurcharakter des Jahres 1933 für die internationale Politik.

Die Auflösung der internationalen Kooperation ist im Versailler Vertrag strukturell angelegt. Der Vertrag war, vereinfacht formuliert, zu streng und zu milde zugleich. Er war insofern zu milde, als er die Durchsetzung der Versailler Vertragsbestimmungen nicht auf Dauer erzwingen konnte und insgesamt die deutsche Politik in die Lage versetzte, den Wiederaufstieg zur Großmacht ohne Einbindung in eine europäische Friedensordnung zu realisieren und den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Er war insofern zu streng, als er zwischen den Trägern des Versailler Vertrages und den meisten Deutschen einen dauerhaften Antagonismus schuf und damit die innenpolitische Verankerung einer Ausgleichspolitik nahezu unmöglich machte. Die Vertragsunterzeichnung durch die politisch Verantwortlichen der jungen Republik wurde für die Weimarer Republik zu einer schweren innenpolitischen Hypothek.

Diese strukturellen Defizite wurden verstärkt durch die Appeasementpolitik Großbritanniens und auch Frankreichs, die ökonomischen und politischen Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise sowie die unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklungen der Volkswirtschaften. Die amerikanische Regierung unter Franklin D. Roosevelt hat zwar im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich keine Appeasementpolitik betrieben. Der Versuch der USA, der nationalsozialistischen Expansion durch eine Strategie der ökonomischen Eindämmung entgegenzutreten, hat sich jedoch als wirkungslos erwiesen.

Die Hinweise auf die Fragilität der internationalen Rahmenbedingungen in den zwanziger und dreißiger Jahren und auf das Fehlen einer wirksamen Gegenpolitik dürfen allerdings nicht dazu verleiten, von der deutschen Verantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges abzulenken. So ist es bedenklich, unter Hinweis auf die Entwicklung der zwanziger und dreißiger Jahre, von einer „Hauptverantwortung“ Hitler-Deutschlands für den Krieg zu sprechen²³. Dadurch könnte der falsche Eindruck von einer wie auch immer zu bewer-

22 Vgl. die Belege bei Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt/Main 1977.

23 Klaus Hildebrand, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das Internationale System, in: Historische Zeitschrift, (1990) 251, S. 607: „Anders als im Gefolge des Ersten Weltkrieges fand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine vergleichbare Kriegsschulddiskussion statt. Denn daß Hitler-Deutschland für seinen Beginn die Hauptverantwortung trägt, steht außer Zweifel. Nach wie vor intensiv erörtert werden dagegen die Fragen nach der Ermöglichung und dem Charakter der militärischen Auseinandersetzung . . .“

tenden Mitverantwortung anderer Mächte entstehen. Gerade angesichts wiederholt unternommener Versuche einer Relativierung der deutschen Verantwortung für die Entfesselung des Krieges im September 1939 muß eine terminologische Klarheit immer wieder eingefordert werden. Die Erfahrungen mit dem Versailler Vertrag und seinen Folgen sollten überdies dazu anregen, Fehlentwicklungen im internationalen System frühzeitig ausfindig zu machen.

Von Casablanca nach Potsdam

Die Erfahrungen mit dem Versailler Vertragssystem haben die Nachkriegsplanungen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition mitgeprägt²⁴. Am deutlichsten manifestierte sich dies in der von Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca verkündeten Formel der „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands, Italiens und Japans. Zum einen sollte dieses Kriegsziel das Mißtrauen Stalins vor einem Separatfrieden der Westmächte mit Deutschland zerstreuen. Insbesondere aber sollte den Deutschen ihre totale Niederlage demonstriert werden, um einer Neuauflage der „Dolchstoßlegende“ entgegenzuwirken. Überdies schien die bedingungslose Kapitulation Deutschlands die besten Voraussetzungen zur Realisierung einer vom amerikanischen Präsidenten anvisierten liberal-kapitalistischen Weltordnung zu bieten, deren Schwerpunkte Roosevelt und Churchill in der Atlantik-Charta vom August 1941 verkündet hatten.

Je näher der militärische Sieg über Hitler-Deutschland kam, desto intensiver beschäftigten sich vor allem die amerikanischen Planungsstäbe mit der Frage, wie das besiegte Deutschland in die anvisierte liberale Nachkriegsordnung eingebunden werden könnte. Daher rückte der Erhalt von Teilen des deutschen Wirtschaftspotentials als wichtiges Element der Weltwirtschaft in den Vordergrund. Der von Finanzminister Henry Morgenthau im September 1944 ventilierte Plan einer drastischen Verminderung des deutschen Industriepotentials als Mittel zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges stand völlig außerhalb der langfristigen Überlegungen vor allem des State Departments. Der Morgenthau-Plan ist daher auch Episode geblieben. Wenn die Morgenthau-

Legende in Deutschland noch immer Beachtung findet, dann ist dies sicher auch mit dem Versailles-Trauma zu erklären. Die Bedeutungslosigkeit des Morgenthau-Plans für die realhistorische Entwicklung ist in den amerikanischen Akten klar belegt und manifestiert sich nicht zuletzt in den Überlegungen der angelsächsischen Mächte zur Reparationsfrage.

Wie in Versailles war auch in Potsdam die Reparationsfrage von zentraler Bedeutung. Zwar wurde im Potsdamer Abkommen die Fiktion der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands im Prinzip aufrechterhalten. Der mühsam erreichte Reparationskompromiß erwies sich jedoch als Sprengsatz der deutschen Einheit. Im Prinzip sollte jede Besatzungsmacht ihre Reparationsforderungen aus der eigenen Besatzungszone befriedigen. Die Reparationspolitik der beiden angelsächsischen Mächte war im wesentlichen durch drei Motive bestimmt: die negativen Erfahrungen mit den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages, die nicht unbegründete Furcht vor allem Washingtons, übermäßige Reparationsbelastungen müßten in letzter Konsequenz vom amerikanischen Steuerzahler ausgeglichen werden, sowie die Abwehr sowjetischer Mitsprache über die Wirtschaft der Westzonen. Insbesondere wurde auch jede Form einer Beteiligung Stalins am Schicksal des Ruhrgebiets abgeblockt.

Damit verblieb den Westdeutschen ein ökonomisches Potential, das ihnen den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglichte, der später zum Vehikel auch des politischen Aufstiegs und der außenpolitischen Gleichberechtigung wurde. Überspitzt formuliert: Die Abwehr sowjetischer Mitsprachepostulate über ganz Deutschland hat zwar die Teilung Deutschlands provoziert, zugleich aber auch die Voraussetzungen für die Errichtung eines an westlichen Ordnungsmustern orientierten demokratischen Teilstaates mit ermöglicht. In der Stunde Null, in der die „Großen Drei“ in Potsdam über das deutsche Schicksal entschieden, war dies natürlich noch nicht zu erkennen.

Westdeutscher Wiederaufstieg und Potsdam-Trauma

Potsdam ist von den Deutschen ähnlich wie Versailles als nationale Katastrophe empfunden worden. Die Vereinbarungen von Potsdam²⁵ gingen in ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Deut-

24 Vgl. als neueren Beitrag Heinrich Bodensieck, Rahmenbedingungen und Weichenstellungen für das besiegte Deutschland, in: Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins, Berlin 1994, S. 7–36.

25 Vgl. im einzelnen den Beitrag von Manfred Görtemaker in diesem Heft.

schen über die Bestimmungen des Versailler Vertrages weit hinaus: Besetzung und Teilung des Landes, Verlust staatlicher Souveränität. In dieser vergleichenden Perspektive könnte man zu dem Schluß gelangen, die Chancen eines deutschen Wiederaufstiegs wären nach dem Ersten Weltkrieg ungleich größer gewesen als nach der totalen Kapitulation im Jahre 1945: Der Versailler Vertrag sei „kein karthagischer Friede“ gewesen, „der nur Leichen und rauchende Trümmer übrigließ“, so Michael Stürmer Mitte der achtziger Jahre. „1918/19 geschah Bitteres für die Deutschen. Aber verglichen mit den Alpträumen Bismarcks und gemessen an der Drohung der Weltrevolution, vollends aber im Maßstab der Zerstörung des Reiches 1944/45, war das Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz ein Kinderspiel.“²⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Startbedingungen für einen deutschen Wiederaufstieg in der Tat zunächst wesentlich ungünstiger – aus der Perspektive des Jahres 1945 hoffnungslos. Mit der Übernahme der obersten Regierungsgewalt durch die vier Hauptsiegermächte am 5. Juni war die staatliche Kontinuität zerstört. „Was ist Deutschland?“, fragte der Hamburger Senator Otto Borgner noch im Juni 1947 auf der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz. Die Antwort war deprimierend: „Deutschland ist heute nicht mehr als ein historisch geographischer Begriff, nichts anderes als ein einziges grausiges Trümmerfeld, dem nichts mehr gemeinsam ist als die Not.“²⁷

Aus der Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts bleibt gleichwohl festzuhalten, daß sowohl der Versailler Vertrag als auch das Potsdamer Abkommen der deutschen Politik mittel- und langfristige erstaunliche Entfaltungsmöglichkeiten belassen haben. Nach beiden Weltkriegen hat die deutsche Politik die Möglichkeiten eines deutschen Wiederaufstiegs konsequent genutzt. Dabei standen die enge Anlehnung an die USA und der Einsatz des Wirtschaftspotentials als Instrument der Außenpolitik jeweils im Vordergrund.

Allerdings haben sich nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland diejenigen Kräfte durchgesetzt, die auf eine Zerstörung der parlamentarischen Demokratie zielten, den internationalen Status quo einseitig und radikal zugunsten Deutschlands

verändern wollten und sich damit außerhalb der westlichen Demokratien stellten, die den Krieg durch friedlichen Interessenausgleich der Staaten zu verhindern suchten. Die Ergebnisse sind bekannt.

Nach 1945 ist der deutsche Wiederaufstieg dann von einigen derjenigen Faktoren befreit worden, die die Entwicklung der ersten Republik innen- und außenpolitisch in dramatischer Weise belastet hatten. Die westdeutsche Politik und die westlichen Alliierten haben hierzu wichtige Beiträge geleistet. An vorderster Stelle ist die Akzeptanz der Demokratie in Deutschland zu nennen. Die Mehrzahl der Deutschen hat die durch die westlichen Alliierten zunächst verordneten demokratischen Rahmenbedingungen schnell zu ihrer eigenen Sache gemacht. Diese Entwicklung ist durch die bereits im Jahre 1945 einsetzende pragmatische amerikanische Rekonstruktionspolitik wesentlich begünstigt worden²⁸. Der seit 1947 kontinuierliche wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands hat der westdeutschen Demokratie eine beeindruckende Stabilität verliehen. Das als Marshallplan bekanntgewordene European Recovery Program hat hier modellhafte Starthilfe gegeben.

Hinzu kommt das Einfühlungsvermögen der beiden angelsächsischen Mächte, was die direkte Kontrolle in und über Deutschland anbelangte. Mit der Westintegration Westdeutschlands wurde ein Konzept entwickelt, das in subtiler Weise die innen- und außenpolitische Emanzipation der Bundesrepublik miteinander zu verknüpfen verstand. Die Deutschen erhielten mit dem schrittweisen Abbau sichtbarer Kontrollen das Gefühl zunehmender Souveränität, ohne daß sie von den westlichen Alliierten in die völlige außenpolitische Unabhängigkeit entlassen wurden. Vielen Deutschen wurde das erst bewußt, als Deutschland im Zuge der deutschen Vereinigung 1990 wirklich souverän wurde. Dieses Konzept der doppelten Eindämmung durch Westintegration, das die Sicherheit vor der Sowjetunion mit der Sicherheit vor Deutschland verknüpfte, ist von den Amerikanern auch als Gegenmodell gegen die Versailler Kontrollmechanismen definiert und gegenüber französischen Einwänden gegen einen westdeutschen Wiederaufstieg auch als dem Versailler Vertrag überlegen bezeichnet worden²⁹.

26 Michael Stürmer, 1918 und 1945: Früchte des Zorns, in: ders., Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München-Zürich 1986, S. 193.

27 Ministerpräsidentenkonferenz in München, 6./7. Juni 1947, Protokoll des ersten Sitzungstages, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 2: Januar-Juni 1947, bearb. von Wolfram Werner, München-Wien 1979, S. 540.

28 Die frühe amerikanische Stabilisierungspolitik betont Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

29 Vgl. Murphy an State Department, 13. Dezember 1948, in: Foreign Relations of the United States (künftig zitiert FRUS) 1948, Bd. II, Washington (D.C.) 1973, S. 1339f.

Selbstverständlich ist die Westintegration der Bundesrepublik durch die internationalen Rahmenbedingungen beschleunigt worden. Der Kalte Krieg hat die Solidarität der Westdeutschen mit den Westmächten enorm verstärkt und umgekehrt auch in Washington die Einbeziehung Westdeutschlands in die Containmentpolitik gegenüber der Sowjetunion als alternativlos erscheinen lassen. Für die Regierung in Washington war klar, daß dies auch für ein wiedervereinigtes Deutschland gelten müsse. Washington wollte Deutschland nicht in die Bindungslosigkeit entlassen. Es gelte, die Deutschen daran zu hindern, ein drittes Mal das zu tun, was sie 1914 und 1939 getan hätten, erklärte Außenminister John Foster Dulles noch im Februar 1958 vor dem National Security Council. Hier hätten die USA und die UdSSR etwas gemeinsam³⁰.

Die mögliche Gefahr eines Wiederauflebens des Direktoriums der Siegermächte, das über das Schicksal der Deutschen ohne die Deutschen entscheiden könnte, hatte Adenauer wiederholt beunruhigt: „Bismarck hat von seinem Alptraum der Koalitionen gegen Deutschland gesprochen. Ich habe auch meinen Alptraum. Er heißt Potsdam“, erklärte der Kanzler 1953 in einem Interview. „Die Gefahr einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands besteht seit 1945 und hat auch nach Gründung der Bundesrepublik weiterbestanden. Die Außenpolitik der Bundesregierung war von jeher darauf gerichtet, aus dieser Gefahrenzone herauszukommen. Denn Deutschland darf nicht zwischen die Mühlsteine geraten. Dann ist es verloren.“³¹

Die Abwehr einer solchen Potsdam-Gefahr hatte für Adenauer große Priorität. Die Teilung Deutschlands und die territorialen Verluste waren demgegenüber zunächst nachrangig. Mit der politischen Formel „Wiedervereinigung durch Westintegration“ war Adenauer ein geschickter politischer Schachzug gelungen. Er selbst und die Westdeutschen konnten sich zum Ziel der Wiedervereinigung bekennen, ohne sich zeitlich festlegen zu müssen und ohne mit den Kosten der Einheit belastet zu sein. Hinzu kam, daß Adenauers Bekenntnis zur Westintegration sich nicht als geographisches Phänomen erschöpfte, sondern auch mit dem Bekenntnis zur westlichen Demokratie verbunden war.

Der westdeutsche Wiederaufstieg ist auch von persönlichen Faktoren geprägt. Konrad Adenauer steht für eine Politik, die den deutschen Handlungsspielraum durch enge Kooperation mit den Westmächten zu realisieren suchte und auch verwirklicht hat. Zugleich galt er in London und vor allem in Washington als Garant für Westbindung und Demokratie. Adenauers Bereitschaft zur Selbstbeschränkung deutscher Großmachtambitionen hatte sich bewährt. Wiederholt hat der erste Bundeskanzler unter Hinweis auf die jüngste deutsche Geschichte auch die eigenen Parteifreunde davor gewarnt, sich angesichts des westdeutschen Wiederaufstiegs zu machtpolitischer Rhetorik verleiten zu lassen. So wünschte er nach dem spektakulären Wahlsieg von 1957 „dem deutschen Volke und unserer Partei“ eine „respektable Bescheidenheit“, daß „wir nicht immer den ‚dicken Willi‘ spielen“. Dies sei „schädlich“. Der Zusammenbruch liege erst zwölf Jahre zurück. „Die Leute haben noch nichts vergessen.“³²

Adenauers Warnung vor nationalistischem Gehabe war berechtigt und schon deshalb nicht aus der Luft gegriffen, weil die nicht gelöste Deutsche Frage von nationalistischen Demagogen politisch mißbraucht werden konnte. Eugen Gerstenmaier hat auf diese Gefahr unter Bezug auf die deutsche Reaktion auf Versailles hingewiesen. Es sei eine Frage, „ob Adolf Hitler an die Macht gekommen wäre ohne die Kriegsschuldfrage“. Sicher sei, „daß die Kriegsschuldfrage von Versailles Adolf Hitler den Start erleichtert hat; denn damit ist ein moralischer Stachel hineingekommen in die rasante Entwicklung des deutschen Nationalismus, der dann zum 30. Januar 1933 geführt“ habe. „Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß dieser Stachel Wiedervereinigung.“ Der Tatbestand der Teilung Deutschlands werde „jetzt genauso wie damals die Kriegsschuldfrage zur Entfesselung des Nationalismus benutzt“. Dieser „Mißbrauch der Wiedervereinigung in Form eines falschen Nationalismus mit dem Schicksal eines großen Teiles des deutschen Volkes, diese Schweinerei muß endlich ein Ende haben!“³³

30 Vgl. Memorandum of Discussion at the 354th Meeting of the National Security Council, in: FRUS 1958–1960, Bd. IX, Washington (D.C.) 1993, S. 628.

31 Adenauer gegenüber Ernst Friedländer am 11. Juni 1953, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 13. Juni 1953.

32 Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU vom 19. September 1957, in: Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 15.

33 Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU vom 10. März 1956, in: Günter Buchstab (Bearb.), Ade-

Die hier artikulierte Furcht vor einer nationalistischen Instrumentalisierung der Wiedervereinigungsfrage, die sich auch in den amerikanischen und britischen Dokumenten niedergeschlagen hat, erwies sich als unbegründet. Wenn derartige nationalistische Töne in der Bundesrepublik keine wirkliche innenpolitische Resonanz fanden, dann war dies vor allem ein Verdienst Konrad Adenauers. Der erste Bundeskanzler hat es meisterhaft verstanden, den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung und die von ihm als alternativlos gesehene Westintegration auf einen innenpolitisch gemeinsamen Nenner zu bringen.

Prinzipiell hat auch Adenauer die Gefährdung der Demokratie in der Bundesrepublik durch nationalistische Rückfälle durchaus gesehen. Sicherheit vor außenpolitischer Bedrohung und Stabilität im Innern waren mithin untrennbar miteinander verbunden. In Adenauers Westintegrationspolitik, so Andreas Hillgruber Ende der achtziger Jahre, „spiegelt sich in zweifachem Sinne ein Primat der Sicherheit: Sicherheit der Bundesrepublik vor einer Expansion der Sowjetunion nach Westen und Sicherheit der Deutschen gleichsam vor sich selbst, vor einem von ihm trotz aller gegenteiligen Zeitstimmen in Deutschland früher oder später doch befürchteten Rückfall der Deutschen in den Nationalismus“³⁴.

Unlängst hat Rainer Barzel daran erinnert, daß „Adenauers Sicherheitspolitik zuerst eine Politik

nauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, Düsseldorf 1990, S. 862.

34 Andreas Hillgruber, *Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–1955*, Opladen 1987, S. 30.

war, die dem deutschen Volk Sicherheit vor sich selbst“ geben sollte: „Adenauer war zutiefst von all dem betroffen, was er erlebt hatte. Es war sein erstes Ziel, irgendeine Form von Totalitarismus in Deutschland nie wieder entstehen zu lassen. Deshalb war für ihn Innen- und Außenpolitik eine Einheit. Wenn er jetzt hier gehört hätte, Westbindung sei zuerst eine außenpolitische Tatsache, dann hätte er darüber gelacht. Für ihn war Westbindung der Ausdruck, daß wir zu dieser Ordnung der Freiheit gehören.“³⁵

Der Versailler Vertrag sollte als so deklariertes Friedensvertragsdenkmal den Frieden auf Dauer sichern. Spätestens nach zwei Jahrzehnten war diese Friedensordnung obsolet. Das als Potsdamer Abkommen bezeichnete Potsdamer Protokoll begriff sich als Provisorium, in dem wiederholt auf einen abzuschließenden Friedensvertrag Bezug genommen wurde, zu dem es niemals kam. Dieses Provisorium hat für nahezu ein halbes Jahrhundert in Europa den Frieden bewahrt. Auf dem Hintergrund dieser Friedenserfahrung und unter veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen erhielten die Deutschen durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag die Chance zur Überwindung der in Potsdam bestätigten deutschen Teilung und schließlich sogar zur Etablierung der Bundesrepublik als „Zentralmacht Europas im europäischen Staatenverbund“³⁶.

35 Diskussionsbeitrag Rainer Barzel vom 22. April 1994, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Adenauer und die USA*, Bonn 1994, S. 60f.

36 Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994, S. 27.

Zwischen Krieg und Frieden Die Potsdamer Konferenz 1945

Als der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt zu Beginn des ersten Gipfeltreffens der „Großen Drei“ während des Zweiten Weltkrieges am 28. November 1943 in Teheran den britischen Premierminister Winston Churchill um „einige allgemeine Worte über die Wichtigkeit dieser Zusammenkunft“ bat, entgegnete Churchill ohne Zögern – von seiner eigenen Geschichtsmächtigkeit überzeugt und um treffende Worte nie verlegen –, dies sei „die gewaltigste Konzentration von Weltmächten, die es je in der Geschichte der Menschheit gegeben“ habe¹. Eineinhalb Jahre später, im Juli 1945, als sich die Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion nach einer weiteren Begegnung in Jalta im Februar 1945 zum dritten Mal versammelten – diesmal vor den Toren Berlins, im Herzen des besiegten Deutschland –, war von der „Konzentration“ nicht mehr viel übrig. Das Bündnis zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, das seit dem deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 bestanden hatte, war brüchig geworden². Der Kalte Krieg warf seine Schatten voraus.

Die Berliner Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Großen Saal des Schlosses Cecilienhof zu Potsdam stattfand und deswegen allgemein als „Potsdamer Konferenz“ bezeichnet wird, bedeutete somit einen Wendepunkt in den Ost-West-Beziehungen³. Der neue amerikanische Präsident

Harry S. Truman, der den im April 1945 verstorbenen Roosevelt abgelöst hatte, der sowjetische Diktator Josef Stalin und der britische Premierminister Winston Churchill, der während der Konferenz abgewählt und durch Clement Attlee ersetzt wurde, bewegten sich in Potsdam mit ihren Außenministern und anderen Mitarbeitern geradezu zwischen zwei Zeitaltern: Die UdSSR hatte durch das Vordringen ihrer Armee in Osteuropa Tatsachen geschaffen, die für lange Zeit nicht mehr revidierbar waren; Großbritannien sah sich zunehmend in die Rolle eines Juniorpartners der USA gedrängt; und die USA wichen unter Truman von der sowjetfreundlichen Politik Roosevelts so erheblich ab, daß die oft gegensätzlichen Interessen der UdSSR und der Westmächte in Potsdam weit stärker aufeinanderprallten, als dies in Teheran oder Jalta jemals der Fall gewesen war.

Nichts unterstreicht diesen politischen Umbruch mehr als die während der Potsdamer Konferenz von Präsident Truman getroffene Entscheidung, Atombomben über zwei japanischen Großstädten abzuwerfen. Durch den Einsatz dieser neuartigen Waffe, die erst im Juli 1945 erfolgreich getestet worden war, hoffte Truman nicht nur, das Leben einer großen Zahl amerikanischer Soldaten zu retten, die bei einer Invasion der japanischen Hauptinseln voraussichtlich umgekommen wären, sondern er suchte damit auch die UdSSR von einer Besetzung Japans fernzuhalten, um den wachsenden sowjetischen Einfluß wenigstens im Fernen Osten zu begrenzen, nachdem er in Osteuropa bereits zu einer unumstößlichen Tatsache geworden war. Die Absicht Trumans, mit der er nach Potsdam gekommen war, nämlich die Sowjetunion für eine Beteiligung am Krieg gegen Japan zu gewinnen, wurde dadurch in ihr Gegenteil verkehrt: Die UdSSR wurde – schon

1 Zit. nach: Alexander Fischer (Hrsg.), Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, Köln 1968, S. 22.

2 Siehe hierzu jetzt Valentin Falin, Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995. Vgl. ferner Viktor Issraelian, Die Antihitlerkoalition. Die diplomatische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den USA und England während des Zweiten Weltkrieges 1941–1945, Moskau 1975.

3 Die Literatur zur Potsdamer Konferenz ist nach wie vor überschaubar. Unter den Darstellungen sind vor allem zu nennen: Herbert Feis, Between War and Peace. The Potsdam Conference, Princeton (N.J.), 1960; Ernst Deuerlein, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart u. a. 1970; Alfons Klafkowski, The Potsdam Agreement, Warschau 1963; Charles L. Mee, Meeting at Potsdam, London 1975; Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986; V. N. Beleckij, Potsdam 1945. Istorija i sovremenost', Moskau 1987²; Michael Antoni, Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Geltung, Inhalt und staatsrechtliche Bedeutung, Berlin 1985; Fritz Faust, Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtli-

che Bedeutung, Frankfurt am Main 1969⁴. Als spezielle Quellensammlungen zur Potsdamer Konferenz stehen zur Verfügung: Ernst Deuerlein (Hrsg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der „Großen Drei“, München 1963; Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1980²; Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Die Potsdamer Konferenz 1945, Berlin und Köln 1986.

in Potsdam – nicht länger als Verbündeter, sondern als Rivale begriffen⁴.

Die Potsdamer Konferenz steht damit nicht nur für den Beginn des Atomzeitalters, sondern auch für den Anfang der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität. Daneben verblissen auf den ersten Blick die zahlreichen anderen Themen, über die in Potsdam ebenfalls beraten wurde und die gleichwohl für die Entwicklung der Nachkriegsordnung von erheblicher Bedeutung waren: die Errichtung eines Rates der Außenminister mit einem gemeinsamen Sekretariat in London, die Verabschiedung von Grundsätzen zur Behandlung Deutschlands, die Reparationsfrage, die „Westverschiebung“ Polens mit der Neufestlegung der polnischen Westgrenze entlang der Oder-Neiße-Linie sowie die Vorbereitung von Friedensverträgen mit Italien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien.

In all diesen Bereichen – ebenso wie hinsichtlich des Abzuges der alliierten Truppen aus dem Iran und der Revision der 1936 in Montreux geschlossenen Konvention über die Meerengen – wurden die Weichen allerdings nicht erst in Potsdam gestellt. Vielmehr bauten die in Potsdam geführten Verhandlungen auf den in Teheran und Jalta erzielten Ergebnissen auf, wobei vor allem die Entwicklungen seit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 für das Verständnis der Potsdamer Konferenz unverzichtbar sind. Sie sollen daher am Beginn der folgenden Abhandlung stehen.

I. Die Vorbereitung der Potsdamer Konferenz

1. Jalta und die Folgen

Die Konferenz von Jalta war auf Initiative Präsident Roosevelts einberufen worden und fand vom 4. bis 11. Februar 1945 auf der Krim statt⁵. Die Sowjetunion befand sich zu diesem Zeitpunkt – anders als noch während der Konferenz von Teheran im November und Dezember 1943 – politisch gegenüber den Westmächten im Vorteil, da die sowjetischen Armeen inzwischen nahezu ganz Osteuropa – darunter Polen, Bulgarien und Ungarn – überrannt hatten. Damit hatte sich die Machtverschiebung fortgesetzt, die in Teheran schon sichtbar geworden war. Dort war die Sowjetunion nicht

nur als gleichberechtigter Partner in den Kreis der Großmächte aufgenommen worden, sondern hatte neben den USA den Rang einer „Welthegemonialmacht“ erhalten, während Frankreich praktisch aus dem Kreis der Führungsmächte ausgeschieden war und Großbritannien sich mit einer begrenzten Rolle an der Seite der USA begnügen mußte.

In Jalta wurde diese Machtverschiebung nun zusätzlich durch die reale politische und territoriale Expansion der Sowjetunion untermauert, wie sich besonders in der Polen-Frage zeigte. Stalin hatte bereits im Juli 1944 das Moskau-orientierte „Lubliner Komitee“ eingesetzt, das eine De-facto-Regierung in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet zwischen Weichsel und Bug darstellte und am 1. Januar 1945 in die Polnische Provisorische Regierung umgebildet wurde. Die UdSSR hatte damit eine Situation geschaffen, mit der sich weder die polnische Exilregierung in London noch die britische Regierung abfinden mochten. Eine Beseitigung der neuen Strukturen erwies sich angesichts der militärischen Übermacht der Sowjetunion allerdings als unmöglich, so daß man sich mit dem von Stalin in Jalta gegebenen Versprechen begnügen mußte, die Provisorische Regierung durch einige demokratische Politiker aus Exilkreisen aufzufüllen und „möglichst bald freie und uneingeschränkte Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und geheimer Abstimmung“ abzuhalten. Nach Aussage Stalins sollte dies sogar schon „in einem Monat“ möglich sein⁶. In einer zusätzlich verabschiedeten „Deklaration über das befreite Europa“ wurde die Zusage freier Wahlen noch ein weiteres Mal ausdrücklich bekräftigt. Dafür erkannten die Westmächte im Gegenzug die Provisorische Regierung an. Zugleich wurde die Westverschiebung Polens, die bereits auf der Konferenz von Teheran ins Auge gefaßt worden war, in Jalta bestätigt, wobei der genaue Grenzverlauf im Westen immer noch offenblieb, so daß darüber auf der Konferenz von Potsdam erneut beraten werden mußte.

Präsident Roosevelt, der in Jalta bereits ein vom Tode gezeichneter Mann war, hoffte überdies auf eine Beteiligung der Sowjetunion am Krieg gegen Japan und die Zustimmung Stalins und Churchills zur Gründung einer Weltorganisation der Vereinten Nationen. Tatsächlich gelang es ihm, eine Vereinbarung zur Einberufung eines Vorbereitungstreffens der Großmächte nach Dumbarton Oaks in Washington und der eigentlichen Gründungskonferenz nach San Francisco zu erreichen. Zugleich kündigte er jedoch an, daß die USA ihre globalen Verpflichtungen bald wieder zu reduzieren gedachten. Bemerkenswert war in diesem Zu-

⁴ Vgl. Gar Alperovitz, *Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam*, New York 1965, passim. Neuerdings auch Peter Auer, *Von Dahlem nach Hiroshima. Die Geschichte der Atombombe*, Berlin 1995, S. 243 ff.

⁵ Siehe hierzu ausführlich Diane Shaver Clemens, *Jalta*, Stuttgart 1972.

⁶ A. Fischer (Anm. 1), S. 187 u. 157.

sammenhang seine Feststellung, er „glaube nicht, daß amerikanische Truppen länger als zwei Jahre in Europa bleiben würden“⁷. Für die Zusage Stalins zu einer sowjetischen Beteiligung am Krieg gegen Japan, bei dem Militärexperthen zu dieser Zeit noch von einer mindestens zweijährigen Dauer der Kämpfe ausgingen, da die Atombombe noch nicht einsatzbereit war, akzeptierte Roosevelt die Ansprüche der UdSSR in der Mandschurei sowie auf Süd-Sachalin und den Kurilen-Inseln.

Für Churchill war diese Politik des amerikanischen Präsidenten, die auch nach dem Ende des Krieges von einem Mindestmaß an Gemeinsamkeit mit der Sowjetunion ausging, allerdings eher beunruhigend. Er befürchtete, daß Großbritannien von den USA mit der Sowjetunion als der künftigen Hegemonialmacht auf dem europäischen Kontinent allein gelassen werden könnte, und rückte deshalb von wesentlichen Positionen ab, die er noch auf der Konferenz von Teheran mit großer Überzeugung vertreten hatte. So lehnte er nun jegliche Zerstückelungspläne für Deutschland ab⁸ und brachte außerdem den Vorschlag ein, Frankreich an der Besetzung Deutschlands zu beteiligen, um die Rolle Frankreichs als europäische Großmacht wenigstens teilweise wiederherzustellen. Offenbar dachte Churchill weiterhin in den klassischen britischen Kategorien des europäischen Gleichgewichts und hoffte, durch die Erhaltung der Einheit Deutschlands und die Wiederaufwertung Frankreichs ausreichende Gegengewichte gegen die neue Stärke Rußlands zu schaffen.

Die Unsicherheit über das neue Ungleichgewicht in Europa zugunsten der Sowjetunion prägte auch die in Jalta geführten Diskussionen über die Frage der Reparationen. Zwar erkannten die Westmächte durchaus an, daß die UdSSR verheerende Zerstörungen erlitten hatte, die einer gewissen Kompensation bedurften. Dennoch waren weder Großbritannien noch die USA bereit, auf Kosten einer langfristigen Schwächung Deutschlands einer für die Sowjetunion großzügigen Reparationsregelung zuzustimmen. Man konnte sich in Jalta daher

7 Ebd., S. 113.

8 Als Stalin auf der zweiten Sitzung der Konferenz am 5. Februar die bereits in Teheran diskutierte Frage der Aufgliederung Deutschlands aufwarf, plädierte Churchill dafür, die Angelegenheit an eine „Zerstückelungskommission“ zur Beratung weiterzuleiten – und sie damit diplomatisch vornehm zu beerdigen. Im einzelnen erklärte Churchill, er sei „prinzipiell mit einer Aufgliederung Deutschlands einverstanden“, doch sei „das Verfahren der Grenzziehung zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands an sich zu kompliziert, um diese Frage hier innerhalb von 5 bis 6 Tagen zu lösen“. Es sei „ein sehr sorgfältiges Studium der historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten erforderlich“, so daß es sich empfehle, diese Frage „in einem Unterausschuß oder in einem Ausschuß“ zu beraten. Zit. nach: A. Fischer (Anm. 1), S. 107f.

lediglich auf eine allgemeine Bezifferung des Reparationsumfangs in einer Höhe von 20 Milliarden Dollar einigen, wovon etwa 50 Prozent an die Sowjetunion gehen sollten⁹. Allerdings handelte es sich bei diesen Zahlen noch nicht um einen endgültigen Beschluß, sondern nur um die Formulierung einer „Diskussionsgrundlage“, über die in einem eigens eingerichteten Reparationsausschuß mit Sitz in Moskau noch weiter beraten werden sollte.

Die Ergebnisse der Konferenz von Jalta spiegelten damit das veränderte politische Klima zwischen Ost und West wider. Die Übereinstimmung, die noch in Teheran geherrscht hatte, war in Jalta einer latenten Spannung gewichen, auch wenn insbesondere Präsident Roosevelt nach wie vor an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Sowjetunion interessiert war, um das Projekt der Vereinten Nationen nicht zu gefährden. Aber die machtpolitischen Verschiebungen, die sich durch das Vordringen der sowjetischen Armee in Osteuropa und die nachfolgende Ausrichtung der vom Nationalsozialismus befreiten Gebiete auf die Politik der UdSSR ergeben hatten, ließen eine Fortsetzung des Kriegsbündnisses immer weniger zu.

2. Churchills Initiative für ein erneutes Gipfeltreffen und die amerikanischen Sondierungen

Als die Spannungen zwischen den Verbündeten im Frühjahr 1945 zunahmen, schlug Churchill am 6. Mai schließlich die Einberufung eines weiteren Gipfeltreffens der Großen Drei vor. Die Konferenz sollte diesmal „auf dem Territorium Deutschlands“ stattfinden, wobei der Premierminister zunächst Jena ins Auge faßte. Als möglichen Termin für den Konferenzbeginn nannte er Mitte Juni¹⁰. Präsident Truman war zwar nicht überzeugt, daß Stalin an einem weiteren Treffen überhaupt interessiert war. Doch Churchill meinte, daß nach der Erringung des Sieges jetzt so viele große Fragen vor den Alliierten lägen, daß es ohne ein persönliches Treffen der Regierungschefs der drei Großmächte unmöglich sein werde, die Spannungen zu beseitigen. Er messe einem erneuten Treffen der Großen Drei daher sehr große Bedeutung zu: Entweder man rede miteinander über die weitere Zusammenarbeit der Alliierten, oder die Welt werde in einen angloamerikanischen Block und ein sowjetisches Lager zerfallen – mit unübersehbaren Folgen für die weitere Entwicklung¹¹. Entgegen den An-

9 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der drei Regierungschefs auf der Krim-Konferenz zur Frage von Reparationen in Form von Naturalleistungen aus Deutschland, 11. Februar 1945. Zit. nach A. Fischer (Anm. 1), S. 193.

10 Vgl. Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. VI, 2. Buch: Der Eiserne Vorhang, Bern 1954, S. 180.

11 Vgl. ebd., S. 386.

nahmen Trumans stimmte Stalin einem weiteren Gipfeltreffen jedoch sofort zu und bemerkte am 27. Mai in einem Telegramm an Churchill, ein solches Treffen sei wohl „am bequemsten in der Umgebung von Berlin durchzuführen“¹². Churchill schlug daraufhin den „nächstmöglichen Termin“ für eine Konferenz vor, die „in dem, was von Berlin übriggeblieben ist“, abgehalten werden sollte¹³.

Zur Vorbereitung des Treffens entsandte der amerikanische Präsident Sonderbotschafter nach London und Moskau, um die Stimmung zu erkunden und die Linie seiner Administration zu erläutern: Joseph E. Davies reiste nach England, Harry Hopkins in die Sowjetunion¹⁴. Davies war ein unkritischer Bewunderer der Sowjetunion; nun sollte er Churchill gegenüber deutlich machen, daß die neue amerikanische Regierung die britischen Empfehlungen nicht aufgreifen und dem Mißtrauen gegen Rußland keinen Raum geben werde. Offenbar sahen die USA – oder zumindest große Teile der Regierung – eine fortgesetzte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion immer noch als wesentlich an. Außerdem wünschte man insbesondere in militärischen Kreisen in Washington eine Kooperation mit der UdSSR, um den Krieg gegen Japan so schnell wie möglich zu beenden.

Die Tatsache, daß ausgerechnet der als naiv proso-wjetisch geltende Davies für die Mission nach London ausgewählt worden war, bedeutete indessen für Churchill eine Demütigung¹⁵. Diese war von Truman vielleicht nicht beabsichtigt gewesen, wog aber gerade deshalb um so schwerer, weil sie von Unsicherheit über den neuen Kurs in Washington zeugte. Der Premierminister warnte deshalb in seinen Unterredungen mit Davies vor der Gefahr, daß Stalin „ein neuer Unterdrücker Europas“ werden könne. Mit unverhohlener Abneigung berichtete der Emissär Trumans aus London, Churchill sei „dem Sowjetstaat bitter feindselig gesinnt“. Der Premierminister habe Angst vor einem Rückzug der USA aus Europa, sei dabei jedoch „weniger um den Frieden als um die Stellung Englands besorgt“¹⁶.

Unter gänzlich anderen Vorzeichen stand dagegen die Entsendung von Hopkins nach Moskau. Sie war bereits kurz nach der deutschen Kapitulation von Botschafter W. Averell Harriman in Moskau

befürwortet worden. Hopkins war ein erfahrener Diplomat, der schon von Roosevelt wiederholt mit schwierigen Missionen betraut worden war; er genoß deshalb hohes Ansehen. In Moskau ließ Hopkins keinen Zweifel daran, daß sich das politische Klima in Washington verändert hatte¹⁷. So erklärte er unumwunden, das amerikanische Volk sei „ungehalten“ über die russische Entwicklung. Vor allem die Polen-Frage sei für die USA ein Grund zu großer Besorgnis. Im übrigen, so Hopkins, behielten die Prinzipien der Rooseveltschen Außenpolitik auch unter Truman ihre Gültigkeit: Die USA würden sich auch in Zukunft für die Belange der Welt interessieren; eine Beschränkung auf Nord- und Südamerika oder den Pazifik gebe es nicht. Zwischen Roosevelt und Stalin sei darauf geachtet worden, daß die wirtschaftlichen und geographischen Interessen der USA und der Sowjetunion nicht kollidierten. Jetzt komme es darauf an, die neuen Themen der Politik aufzugreifen: die Behandlung Deutschlands und Japans nach dem Kriege, die Abstimmung der Interessen der USA und der Sowjetunion im Fernen Osten, die Errichtung einer internationalen Organisation für Sicherheit und – nicht zuletzt – die Verwirklichung der Jalta-Vereinbarungen zu Polen.

Doch Hopkins warnte Stalin nicht nur vor einer Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, sondern bekundete zugleich Verständnis für Moskaus Interesse an einer „befreundeten Regierung“ in Polen¹⁸. Im übrigen erweckte der Sonderbotschafter Trumans den Eindruck, daß das Verhältnis der USA zu Großbritannien ebenfalls zu wünschen übriglasse. Hopkins schuf damit eine nicht unwichtige atmosphärische Voraussetzung für das bevorstehende Treffen der Großen Drei. Denn Stalin durfte nach seinen Gesprächen mit Hopkins zumindest hoffen, daß die Politik Roosevelts ungeachtet aller aktuellen Schwierigkeiten im Prinzip fortgesetzt würde¹⁹.

Währenddessen wurden in Deutschland weitere Fakten geschaffen. Am 28. Mai entschied Präsident Truman, die von amerikanischen Truppen besetzten Gebiete in Thüringen und Sachsen zu räumen und die Streitkräfte in die Besatzungszonen zurückzuziehen, auf die man sich 1944 bei den Verhandlungen der Europäischen Beratenden Kommission in London geeinigt hatte und die in

12 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–45, Berlin 1961, S. 443.

13 Ebd., S. 444. Ferner Vojtech Mastny, Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa, München–Wien 1980, S. 340.

14 Vgl. hierzu u. a. H. Feis (Anm. 3), S. 97 ff. und 124 ff.

15 Vgl. V. Mastny (Anm. 13), S. 341.

16 H. Feis (Anm. 3), S. 126.

17 Siehe hierzu ausführlich W. Averell Harriman/Elie Abel, In geheimer Mission. Als Sonderbeauftragter Roosevelts bei Churchill und Stalin 1941–1946, Stuttgart 1979, S. 361 ff.

18 Zu den Gesprächen zwischen Hopkins und Stalin über Polen siehe auch H. Feis (Anm. 3), S. 102 ff.

19 Vgl. Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt am Main 1985, S. 81.

Jalta beschlossen worden waren. Präsident Truman ignorierte damit die Empfehlung Churchills, die amerikanischen Truppen so lange in Mitteldeutschland zu belassen, bis der Alliierte Kontrollrat funktionierte. Truman erklärte dazu in einem Telegramm an Churchill am 12. Juni noch einmal, eine „Verzögerung des Truppenabzugs als diplomatische Waffe“ komme für ihn nicht in Betracht; als Rückzugstermin wolle er der Sowjetunion vielmehr den 21. Juni anbieten. Churchill kommentierte diesen Schritt später in seinen Memoiren über den Zweiten Weltkrieg mit den Worten: „Das klang mir wie ein Totengeläut, aber es blieb mir keine Wahl, als mich zu beugen.“²⁰ Für den amerikanischen Präsidenten war die Fortsetzung eines konstruktiven Verhältnisses zur Sowjetunion offenbar wichtiger als das Faustpfand der militärischen Kontrolle einiger deutscher Territorien.

Einig war man sich dagegen in Washington und London, die Forderung General de Gaulles und der von ihm vertretenen Französischen Provisorischen Regierung abzulehnen, Frankreich an der geplanten Konferenz in Potsdam zu beteiligen. Zwar hatten die USA und Großbritannien in Jalta ihre bis dahin ablehnende Haltung gegenüber einer Aufnahme Frankreichs in die Reihe der alliierten Siegermächte geändert. Doch die Probleme, die de Gaulle den Westmächten bereitete, weil er nicht nur in Deutschland, sondern auch in Nordwestitalien erhebliche territoriale Ansprüche stellte, ließen die USA und Großbritannien zu der Auffassung gelangen, daß die Anwesenheit einer französischen Delegation bei den Diskussionen in Potsdam eher ein Hindernis als eine Hilfe sein würde. Stalin, der die Rolle Frankreichs im Zweiten Weltkrieg ohnehin nicht besonders positiv beurteilte, war durchaus zufrieden, daß die Westmächte nicht auf der Anwesenheit der Franzosen bestanden.

3. Die inhaltliche Vorbereitung der Verhandlungen

Die Briten waren die ersten, die Vorschläge für eine Tagesordnung ausarbeiteten: Bereits am 29. Mai wurde der amerikanischen Regierung ein entsprechendes Memorandum Churchills übermittelt²¹. Die Überlegungen der USA kamen dagegen zunächst nur schleppend voran, weil Außenminister Stettinius sich noch auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco aufhielt. So gab der stellvertretende Außenminister Joseph C. Grew erst am 14. Juni eine Stellungnahme zu den britischen Vorstellungen ab. Ein eigener amerikanischer Entwurf für eine Tages-

ordnung lag sogar erst am 30. Juni vor²². Bis zum 11. Juli wurden die amerikanischen und britischen Vorschläge nach vorheriger Abstimmung zwischen London und Washington der Sowjetunion in getrennten Memoranden mitgeteilt. Dabei wurde betont, daß man für weitere Themen offen sei. Stalin erhob keine Einwände, legte aber auch keine eigene Tagesordnung vor, so daß Truman und Churchill über das geplante Vorgehen der sowjetischen Seite bis Konferenzbeginn im ungewissen blieben²³.

Aus den von den USA und Großbritannien aufgelisteten Themen ging nicht hervor, daß sich die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Politik seit Teheran und Jalta entscheidend verändert hatten. Im Ansatz war dies auf britischer Seite aber bereits in Jalta deutlich geworden, als Churchill sich einer präzisen Festlegung des Umfangs der Reparationen und vor allem der noch in Teheran einvernehmlich für richtig gehaltenen Zerstückelung Deutschlands widersetzt hatte. Jetzt vollzogen auch die USA diese Richtungsänderung nach. So hieß es in den „Richtlinien für die amerikanische Delegation“ vom 29. Juni 1945, „daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten – unabhängig von der Abtretung von Grenzgebieten und der Vornahme von Grenzberichtigungen – gegen die Aufteilung Deutschlands in zwei oder mehr Einzelstaaten erklärt“²⁴. Von den in Teheran vorgelegten Rooseveltschen Zerstückelungsplänen war damit nichts mehr übriggeblieben. Auch die USA traten nunmehr für die Erhaltung der deutschen Einheit ein – allerdings weniger aus dem von den Briten angeführten Motiv, ein Gegengewicht gegen die sowjetische Vormacht auf dem europäischen Kontinent zu schaffen, sondern mehr aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft.

Die Forderung nach Aufrechterhaltung der deutschen Einheit wurde deshalb mit der Feststellung verknüpft, Deutschland sei „während der Besatzungszeit . . . als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“²⁵. In einem beigelegten Memorandum wurde dazu ausdrücklich erklärt, die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen bedeute nicht die Errichtung eigener wirtschaftlicher Ordnungen der einzelnen Zonen. Vielmehr solle in Deutschland eine einheitliche wirtschaftliche Ordnung erhalten bzw. wiederhergestellt werden, weil nur sie es ermögliche, das deutsche Wirtschaftspotential wirksam zu mobilisieren, die Einfuhren nach

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. E. Deuerlein, *Deklamation oder Ersatzfrieden?* (Anm. 3), S. 102.

24 *Foreign Relations of the United States, 1945. The Conference of Berlin (Potsdam)*, Vol. I, Washington (D.C.), 1960, S. 606f.

25 Ebd., Vol. I, S. 447ff.

20 W. S. Churchill (Anm. 10), Bd. VI, S. 298.

21 Vgl. H. Feis (Anm. 3), S. 155.

Deutschland auf ein Minimum zu beschränken und angemessene Vorkehrungen zur Wahrung eines einheitlichen Lebensstandards auf der Höhe des Existenzminimums zu treffen. Zudem trage eine Wirtschaftseinheit dazu bei, Unterschiede in der Behandlung der deutschen Bevölkerung zu vermeiden und Bemühungen von deutscher Seite vorzubeugen, eine Besatzungsmacht gegen die andere auszuspielen²⁶.

In einem weiteren Papier, das „Wirtschaftliche Grundsätze“ für die Entwicklung Deutschlands enthielt und später in das Verhandlungsprotokoll der Potsdamer Konferenz Eingang fand, wurde der Handlungsrahmen für die deutsche Wirtschaft im einzelnen abgesteckt. Dabei ließen die amerikanischen Experten erkennen, daß es ihnen vor allem darum ging, die deutsche Währungseinheit zu erhalten und die Finanzierung der deutschen Einfuhren zu sichern²⁷. Offenbar wurden sie von dem Alptraum geplagt, daß eine geteilte, entindustrialisierte und durch Reparationen geschwächte deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage sein würde, die Bevölkerung zu ernähren, so daß Deutschland dann langfristig auf Hilfe von außen angewiesen wäre. Die USA lehnten daher auch die von den sowjetischen Vertretern in der Alliierten Reparationskommission in Moskau wiederholt vorgetragene Forderung ab, im Sinne der Empfehlung der Konferenz von Jalta Deutschland Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Dollar abzuverlangen, wovon 10 Milliarden an die UdSSR gehen sollten. Der amerikanische Delegierte in der Kommission, Edwin W. Pauley, erklärte dazu, eine genaue Festlegung der Reparationsverpflichtung Deutschlands sei so lange unmöglich, bis wenigstens eine vorläufige Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erfolgt sei²⁸. Da diese aber vorerst nicht erfolgen konnte, war eine einvernehmliche Regelung hier auf absehbare Zeit nicht zu erreichen.

Der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion in der Reparationsfrage zeichnete sich somit frühzeitig ab. Die Briten unterstützten dagegen die amerikanische Position, weil sie zwar am Erhalt von Reparationen und generell an einer Schwächung des deutschen Wirtschaftspotentials interessiert waren, zugleich aber die amerikanische Sorge teilten, daß es notwendig werden könnte, die deutsche Bevölkerung langfristig mit Einfuhren zu versorgen, wenn die deutsche Wirtschaft der Fähigkeit beraubt würde, die Importe selber zu finanzieren. Ein vom Kabinett befürwortetes Memorandum des britischen Schatzkanzlers (Finanz-

ministers) Sir John Anderson hatte dazu bereits am 7. März 1945 festgestellt, daß die Frage der Reparationen an den wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens und aller auf den internationalen Handel angewiesener Staaten orientiert sein müsse²⁹. Die internationale Verflechtung des Handels erfordere es, Deutschland als Handelspartner zu erhalten und deutsche Reparationen „maßvoll“ festzusetzen sowie zeitlich auf höchstens zehn Jahre zu begrenzen. Reparationen dürften überdies erst nach Befriedigung des Inlandbedarfs und der Finanzierung der notwendigen Einfuhren entnommen werden³⁰.

Diese rein ökonomische Argumentation des britischen Schatzkanzlers ließ jedoch unerwähnt, daß die britische – wie die amerikanische – Abwendung vom Reparationsdenken früherer Jahr vor allem von der zunehmenden Sorge über die Stärke der Sowjetunion bestimmt war. Die Wiederherstellung einer ausreichenden deutschen Wirtschaftskraft wurde damit in erster Linie als Gegengewicht gegen das drohende Übermaß sowjetischer Macht in Europa gesehen. Zugleich wurde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft aber auch als Schlüssel für den Wohlstand ganz Westeuropas betrachtet. Ohne Genesung Deutschlands – so hatte die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt – bestand auch kaum Hoffnung auf eine ökonomische Gesundung des übrigen Europa. Die Angst vor dem Kommunismus verband sich daher mit der Furcht vor politisch-wirtschaftlicher Instabilität, die die europäische Ordnung der Zwischenkriegszeit gesprengt hatte.

Die Sowjetunion, die Ende März/Anfang April in Presse und Propaganda ihren Ton gegenüber Deutschland erheblich verändert hatte und praktisch vom Rachedenken abgerückt war, stand in dieser Frage vor einem Dilemma: Einerseits strebte man einen umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel an – etwa die Vergesellschaftung der Industrie und die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Andererseits wünschte man jedoch zugleich hohe Reparationszahlungen aus der deutschen Produktion, so daß man kein Interesse an einer völligen Entindustrialisierung Deutschlands haben konnte. Das Ergebnis waren widersprüchliche Äußerungen sowohl zur Teilung Deutschlands als auch zu dessen wirtschaftlicher Zukunft. Unerwünscht blieb nur die Forderung Moskaus nach Einhaltung der in Jalta „als Diskussionsgrundlage“ formulierten Reparationszusage in Höhe von 20 Milliarden Dollar. Dies war zugleich eine Reparationshöhe, die sich mit einer politischen Parzellierung Deutschlands nicht vertrug. Auch die So-

26 Vgl. ebd.

27 Vgl. E. Deuerlein, *Deklamation oder Ersatzfrieden?* (Anm. 3), S. 96.

28 Vgl. *The Conference of Berlin* (Anm. 24), Vol. I, S. 507ff.

29 Vgl. H. Graml (Anm. 19), S. 82f.

30 Vgl. ebd.

wjetunion trat deshalb in Potsdam für die Einheit Deutschlands ein.

Das Bekenntnis aller drei Siegermächte zur deutschen Einheit schloß Gebietsabtretungen jedoch keineswegs aus. Schon die „Westverschiebung“ Polens machte eine erhebliche Revision der deutschen Grenzen im Osten notwendig. Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und Ostpommern galten von vornherein als Dispositionsmasse, auch wenn endgültige Festlegungen nach amerikanischer und britischer Auffassung einer späteren Friedenskonferenz vorbehalten bleiben sollten. Hinsichtlich der deutschen Westgrenze stimmten die Westmächte aber mit der Sowjetunion überein, die sehr weitgehenden französischen Forderungen höchstens teilweise zu unterstützen. Um die ohnehin komplizierten Beziehungen zur Provisorischen Französischen Regierung unter General de Gaulle nicht zusätzlich zu belasten, zeigte man sich zwar in bezug auf das Saargebiet kompromißbereit und beim Rheinland unentschieden. Aber eine Abtrennung des Ruhrgebietes kam nach amerikanischer, britischer und sowjetischer Auffassung von Anfang an nicht in Betracht. Dazu war die wirtschaftliche Bedeutung dieser Region zu groß, von der alle zu profitieren hofften: die Briten, weil das Ruhrgebiet in ihrer Besatzungszone lag; die Amerikaner, weil das Gebiet „einen Großmarkt für industrielle Rohstoffe aus vielen Ländern“ darstellte; und die Russen, weil der größte Teil der geforderten Reparationen nur von dort kommen konnte.

Eng verbunden mit der Frage der Gebietsabtretungen war die Thematik der Umsiedlung bzw. Ausweisung der deutschen Bevölkerung oder deutscher Volksgruppen aus den von Deutschland abzutretenden Gebieten. Während die von Churchill am 29. Mai an Präsident Truman übermittelte Tagesordnung als einen Besprechungspunkt das Problem der „Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und der Tschechoslowakei“ enthielt, stellte der stellvertretende amerikanische Außenminister Grew in seinen Gegenvorschlägen vom 14. Juni zu dieser Frage ausdrücklich fest, daß es „keine Stellungnahme zur Einbeziehung dieser Themen in die Tagesordnung“ geben sollte³¹. Offenbar war man auf amerikanischer Seite an einer Behandlung durch die Regierungschefs nicht interessiert.

Doch das Problem war zu schwerwiegend, als daß man es einfach ignorieren konnte. Sowohl die Tschechoslowakei als auch Polen ließen im Juni und Juli 1945 keinen Zweifel an ihrer Absicht aufkommen, die deutsche Bevölkerung auszuweisen

bzw. zu vertreiben. Beide Staaten drängten auf eine Erörterung des Problems auf der Potsdamer Konferenz. Die britische Regierung stellte daher am 28. Juni fest, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein werde, eine Entscheidung darüber zu treffen, wann und in welchen Etappen außerhalb der Grenzen Deutschlands lebende deutsche Minderheiten in Deutschland aufgenommen werden könnten. Diese Frage werde die allgemeine Verwaltung Deutschlands stark beeinflussen. Daher sei ein umfassender Meinungsaustausch notwendig, der auch zu „Dreierbesprechungen auf der bevorstehenden Konferenz“ führen könne³².

Dieser Auffassung schloß sich Ende Juni auch die amerikanische Regierung an, indem sie bemerkte, daß „die Chefs der alliierten Regierungen . . . diese Frage vielleicht in ihrem großen Zusammenhang erörtern (sollten), um für eine ordentliche Lösung des Gesamtproblems der deutschen Minderheiten zu sorgen“³³. Der amerikanische Kriegsminister Henry L. Stimson legte Präsident Truman allerdings noch am 16. Juli – einen Tag vor Beginn der Potsdamer Konferenz – ein Memorandum vor, in dem er es ablehnte, Verantwortung für die aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße umzusiedelnden Deutschen zu übernehmen. Er sei der Ansicht, daß es Rußland obliege, „nachzuweisen, daß entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um für die Millionen Deutschen, die sich jetzt in diesen Gebieten befinden, zu sorgen. Wir müssen eindeutig herausstellen, daß sie nicht in amerikanische Verantwortung abgeschoben werden können.“³⁴

Für Präsident Truman stand indessen in Potsdam noch weit mehr auf dem Spiel als das Schicksal der Deutschen. Als er Washington verließ, kam es ihm vor allem auf die Zusage der Sowjetunion zum Kriegseintritt gegen Japan an. Denn für die USA war der Krieg noch keineswegs zu Ende. Der schwerste Opfergang schien sogar noch bevorzuzustehen, wenn es zur Invasion der japanischen Hauptinseln kam. Die amerikanischen Militärs rechneten mit eigenen Verlusten von mindestens 500 000, vielleicht sogar einer Million Soldaten. Der blutige Kampf um Okinawa hatte gerade erst bewiesen, wozu die Japaner fähig waren, wenn es um ihr eigenes Territorium ging. Truman mußte sich daher zwangsläufig um eine gemeinsame Fernost-Politik – aber auch um eine gemeinsame Deutschland- und Europapolitik – mit der Sowjetunion bemühen, weil nur auf diese Weise ein baldiger Abzug der amerikanischen Truppen aus

31 Vgl. The Conference of Berlin (Anm. 24), Vol. I, S. 164 ff.

32 Vgl. ebd., Vol. I, S. 644 f.

33 Ebd., Vol. I, S. 743 ff.

34 Ebd., Vol. II, S. 754 ff.

Deutschland und ihre Verlegung nach Asien möglich war, wo sie dringend gebraucht wurden.

Erst der erfolgreiche Test einer amerikanischen Atombombe auf dem Luftwaffenstützpunkt Alamogordo in New Mexico am 16. Juli 1945 änderte diese Situation grundlegend. Unmittelbar danach erklärte der amerikanische Generalstabschef George C. Marshall in einem Gespräch mit Kriegsminister Stimson, nun sei die russische Hilfe im Japan-Krieg nicht mehr wirklich notwendig – und eigentlich auch gar nicht mehr erwünscht³⁵.

II. Verlauf und Ergebnisse der Konferenz

1. Die Eröffnung

Der amerikanische Präsident traf am 15. Juli in Potsdam ein. In seiner Begleitung befand sich unter anderem der neue Außenminister James F. Byrnes. Churchill wurde nicht nur von Außenminister Anthony Eden, sondern auch – für den Fall, daß nach den Unterhauswahlen während der Konferenz ein Wechsel in der britischen Regierung stattfinden würde – von Oppositionsführer Clement Attlee begleitet. Stalin ließ jedoch auf sich warten. Er hatte einen Schwächeanfall erlitten und reiste erst am 17. Juli in Begleitung von Außenminister Wjatscheslaw Molotow mit der Bahn aus Moskau an. Truman und Churchill nutzten die Verzögerung und fuhren am 16. Juli in das zerstörte Berlin. Zu den besichtigten Stätten gehörten Hitlers Reichskanzlei und der Führerbunker.

Am Nachmittag des 17. Juli konnte die Potsdamer Konferenz endlich eröffnet werden. Auf Vorschlag Stalins wurde Truman zum Vorsitzenden gewählt. Der amerikanische Präsident präsentierte sogleich einen Vorschlag zur Errichtung eines Rates der Außenminister sowie ein Memorandum mit Grundsätzen zur Behandlung Deutschlands und regte an, daß der Alliierte Kontrollrat für Deutschland gemäß den bereits getroffenen Abkommen unverzüglich seine Tätigkeit aufnehmen sollte³⁶.

2. Die erste Konferenzphase (17. bis 25. Juli 1945)

Nach der Konstituierung der Konferenz begannen am folgenden Morgen die eigentlichen Arbeitssit-

zungen. Dabei ging es zunächst um die äußere und innere Neuordnung Deutschlands, um die Verteilung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte sowie um das Reparationsproblem. Ausgelöst durch eine Frage Churchills nach der geographischen Bestimmung des Begriffes „Deutschland“, einigten sich die Regierungschefs am 18. Juli nach längerer Diskussion darauf, bei ihren weiteren Beratungen „das Deutschland des Jahres 1937 als Ausgangspunkt zu nehmen“³⁷ – also das Deutschland nach dem Versailler Vertrag und vor dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich 1938. Diese „Arbeitshypothese“, wie Stalin sie nannte, sollte als eine Definition Deutschlands gelten, bis in einem künftigen Friedensvertrag durch eine Neufestlegung der Grenzen die äußere Gestalt Deutschlands endgültig fixiert werden würde.

Sehr rasch einigte man sich auch über die beiden von Truman in der Eröffnungssitzung vorgelegten Dokumente. Die Errichtung eines Rates der Außenminister war ebenso unstrittig wie der Text über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, der von den amerikanischen Experten im Vorfeld der Konferenz ausgearbeitet worden war und in dem es nicht nur allgemein um Fragen der Entnazifizierung, Demokratisierung, Entmilitarisierung und wirtschaftlichen Dezentralisierung Deutschlands ging, sondern auch um die Errichtung eines Kontrollsystems, das von den Oberbefehlshabern der Streitkräfte der Vier Mächte – also einschließlich Frankreichs – „nach den Weisungen ihrer jeweiligen Regierungen ausgeübt“ werden sollte, „und zwar von jedem in seiner eigenen Besatzungszone, sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrats in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“³⁸.

In Verbindung mit dem Prinzip der Einstimmigkeit der Entscheidungen im Alliierten Kontrollrat bedeutete diese Formulierung, daß die einzelnen Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen in der Lage sein würden, eigenständig zu agieren, ohne daß der Kontrollrat sie daran hindern konnte. Die spätere Teilung Deutschlands wurde damit indirekt vorbereitet, weil der Zusammenhalt der Besatzungszonen nunmehr von der Bereitschaft der Besatzungsmächte zur Zusammenarbeit abhängig gemacht wurde.

Sehr viel breiteren Raum als die Erörterung dieser „Grundsätze“ nahm die Diskussion über die Verteilung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte ein. Vor allem Großbritannien und die

35 Vgl. H. Feis (Anm. 3), S. 180.

36 Vgl. A. Fischer (Anm. 1), S. 199 ff.

37 Ebd., S. 215.

38 Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte, 2. August 1945, in: A. Fischer (Anm. 1), S. 393.

Sowjetunion waren an den deutschen Schiffen interessiert. Aber auch die USA bemühten sich um einen größeren Anteil, weil sie das deutsche Material noch in ihrem Kampf gegen Japan verwenden wollten. Die Frage wurde schließlich entsprechend einem Vorschlag Stalins entschieden, die deutsche Flotte in drei gleiche Teile aufzuteilen³⁹.

Unüberwindbar waren die Differenzen dagegen in der Reparationsfrage. Dieses Problem wurde nicht nur in den Plenarsitzungen und in den Zusammenkünften der Außenminister, sondern auch in einem eigens dafür eingesetzten Unterausschuß für deutsche Wirtschaftsfragen erörtert. Der Grundkonflikt bestand darin, daß die Sowjetunion den Reparationen Vorrang vor deutschen Einfuhren geben wollte, während die Westmächte darauf bestanden, daß die Deutschen zunächst einmal ihre Einfuhren selber finanzieren müßten, ehe daran gedacht werden könne, von ihnen Reparationen zu verlangen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage eines internationalen Gebietes an Rhein und Ruhr unter Vier-Mächte-Kontrolle behandelt. Ein entsprechender Vorschlag wurde dazu von der Sowjetunion am 20. Juli unterbreitet, fand jedoch bei den Westmächten keine Unterstützung⁴⁰.

Ein zweiter großer Themenbereich – neben der Neuordnung Deutschlands – war während der ersten Verhandlungsphase die Polen-Frage, wobei es Meinungsverschiedenheiten sowohl über die Stabilisierung der inneren Verhältnisse Polens als auch über die Festlegung der polnischen Westgrenze gab. Die USA trugen in den verschiedenen Gremien wiederholt ihre Kritik an der Sowjetunion wegen der Nichteinhaltung der „Deklaration über das befreite Europa“ vor. Churchill widersetzte sich vehement der Forderung Stalins, der Bitte der polnischen Regierung zu entsprechen und die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze zu billigen. Der Premierminister erklärte, es sei für Polen „nicht gut, soviel deutsches Gebiet zu übernehmen“. Außerdem würde dadurch die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zerrissen. Und die Umsiedlung von acht bis neun Millionen Deutschen aus diesen Gebieten bedeute „eine schwere moralische Verantwortung“ für die Siegermächte⁴¹.

Als Stalin daraufhin entgegnete, in den von Polen einzunehmenden Gebieten befänden sich gar keine Deutschen mehr, alle seien schon geflohen, beharrte Churchill darauf, die Frage zu klären. Das vorliegende schriftliche Ersuchen der polni-

schen Regierung, Polen die Gebiete östlich von Oder und Neiße einfach zu übertragen, lehnte er ebenso ab wie Präsident Truman. Allerdings könne man die Angelegenheit, so Churchill, auch nicht bis zur Friedenskonferenz vertagen, weil sonst in jedem Falle Fakten geschaffen würden. Dazu Churchill wörtlich: „Die Polen würden sich festsetzen und Schritte ergreifen, sich zu alleinigen Herren dieses Gebietes zu machen.“⁴² Schließlich verständigte man sich darauf, eine polnische Delegation einzuladen und anzuhören.

Diese Delegation erhielt am 24. Juli Gelegenheit, ihre Argumente vorzutragen. Sie behauptete, in den von Polen beanspruchten Ostgebieten des Deutschen Reiches lebten nur noch etwa eine bis eineinhalb Millionen Menschen, die alle in das nach der Gebietsabtretung verbleibende Restdeutschland übersiedeln wollten⁴³. Am darauffolgenden Tag kam es in der Plenarsitzung der Regierungschefs noch einmal zu einer ausführlichen Diskussion über dieses Problem. Churchill hielt dabei an seinen bereits bekannten Auffassungen fest und führte auch noch einmal bittere Klage über das sowjetische Vorgehen in Ost- und Südosteuropa. Anschließend verließ der Premierminister die Konferenz, um in London das Ergebnis der Unterhauswahlen entgegenzunehmen. Die Sitzungen der Regierungschefs wurden daraufhin unterbrochen, bis die britische Delegation wieder vollzählig war – allerdings ohne Churchill, der die Wahl verloren hatte und Clement Attlee weichen mußte.

3. Die zweite Konferenzphase (26. Juli bis 2. August)

Der Übergang von Churchill zu Attlee bedeutete nicht nur für die britische Politik, sondern auch für die Potsdamer Konferenz einen wichtigen Einschnitt. Churchills überragende Persönlichkeit sowie die Tatsache, daß er seit den dreißiger Jahren – lange bevor er in das Amt des Premierministers gewählt worden war – gegen Hitler und den Nationalsozialismus gekämpft und während des Zweiten Weltkrieges nicht nur die britische Strategie bestimmt, sondern auch an sämtlichen alliierten Beratungen über die Nachkriegsordnung teilgenommen hatte, waren für seine Rolle auf der Konferenz bestimmend gewesen. Churchill war eine Autorität als Person, auch wenn die britische Weltmachtposition längst im Niedergang begriffen war. Attlee konnte Churchill daher – bei allem guten Willen – nicht adäquat ersetzen. Seine Rolle reichte kaum über bloße Anwesenheit hinaus.

39 Vgl. ebd., S. 223 ff.

40 Vgl. The Conference of Berlin (Anm. 24), Vol. II, S. 183 f.

41 Ebd., Vol. II, S. 244 ff. Siehe auch A. Fischer (Anm. 1), S. 269 ff.

42 The Conference of Berlin (Anm. 24), Vol. II, S. 245.

43 Vgl. ebd., Vol. II, S. 335 f.

Schon während der Konferenzunterbrechung verlagerte sich deshalb das Schwergewicht der Verhandlungen auf Truman und Stalin. Diese Veränderung wurde noch dadurch unterstrichen, daß der amerikanische Präsident am Vortage der Abreise Churchills die sowjetische Delegation über den erfolgreichen Test der ersten Atombombe in der Wüste von New Mexico unterrichtete. Stalin reagierte darauf äußerlich zwar ungerührt mit der Bemerkung, er hoffe, daß die Amerikaner im Krieg gegen Japan von der neuen Waffe guten Gebrauch machen würden, gab aber zugleich die geheime Anweisung, die eigene Atombombenentwicklung zu beschleunigen. Da die Sowjetunion über ihren Spion Klaus Fuchs, der im amerikanischen „Manhattan“-Projekt mitarbeitete, bereits über präzise Kenntnisse verfügte und auch Kopien der wichtigsten amerikanischen Pläne besaß, war die Zündung einer eigenen sowjetischen Atombombe nur noch eine Frage der Zeit.

Der amerikanische Kriegsminister Stimson, der davon natürlich nichts ahnte, hatte bereits am 21. Juli – fünf Tage nach Erhalt der Nachricht über den erfolgreichen Test – eine Stimmungsveränderung bei Truman bemerkt und dazu notiert, der Präsident habe jetzt „ein völlig neues Gefühl der Zuversicht“⁴⁴. Offenbar glaubte man in der amerikanischen Delegation, daß sich die Gewichte auf der Waagschale der Konferenz zugunsten der eigenen Seite verschoben hätten. War Stalin aufgrund des sowjetischen Vordringens in Osteuropa und seiner Politik der Schaffung vollendeter Tatsachen zunächst im Vorteil gewesen, besaßen die USA nun ebenfalls einen Trumpf, den sie jederzeit ausspielen konnten und der auch von der Sowjetunion schwerlich zu ignorieren sein würde.

Die Unterbrechung der Plenarsitzungen und die durch die Abwesenheit des Premierministers bedingte Schwächung der britischen Delegation führte aber auch dazu, daß sich die amerikanischen und sowjetischen Konferenzteilnehmer am 26. und 27. Juli zu zahlreichen Sondersitzungen trafen, auf denen über die noch ungeklärten Fragen offen diskutiert wurde. Bei einer dieser Sitzungen zwischen den Außenministern Byrnes und Molotow wurden auch die Frage der Westgrenze Polens und das Reparationsproblem nochmals erörtert, wobei Byrnes betonte, daß es das Ziel der USA sei, einen Weg zu finden, der für alle gangbar sei. Vielleicht könne die Lösung darin bestehen, die beiden schwierigen Problemkomplexe miteinander zu verbinden und damit in beiden Bereichen einen Ausweg aus der Sackgasse zu weisen⁴⁵.

Als der neue Premierminister Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin am frühen Abend des 28. Juli in Potsdam eintrafen, hatten sich die Verhältnisse auf der Konferenz bereits dramatisch verändert. Die entscheidenden Personen waren nun neben Truman und Stalin vor allem Byrnes und Molotow. Die Diskussion über den Kern des Gipfeltreffens spitzte sich am 29. Juli zu, als Truman und Byrnes mit Molotow in Abwesenheit Stalins, der aus gesundheitlichen Gründen erneut pausieren mußte, einen weiteren Versuch unternahmen, den Gordischen Knoten von polnischer Westgrenze und Reparationen zu durchschlagen⁴⁶. Das Ergebnis war eine von den USA am 30. Juli unterbreitete Paketlösung, bei der der Sowjetunion drei Vorschläge vorgelegt wurden, die die Westgrenze Polens, die Aufnahme Italiens und der sogenannten „Satellitenstaaten“ Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien in die Vereinten Nationen sowie das Reparationsproblem betrafen.

Bei den Reparationen verzichtete die Sowjetunion auf die Fixierung einer genauen Summe, so daß von den in Jalta genannten 20 Milliarden Dollar nicht mehr die Rede war. Es hieß jetzt nur noch allgemein, die Reparationsansprüche der Drei Mächte und mit ihnen verbündeter Länder sollten aus den jeweiligen Besatzungszonen der Alliierten in Deutschland und aus entsprechenden deutschen Auslandsguthaben gedeckt werden. Zusätzlich zu den Reparationen aus ihrer eigenen Zone sollte die Sowjetunion aus den Westzonen 15 Prozent der Industrieanlagen, die „für eine Friedenswirtschaft unnötig“ waren, erhalten – allerdings im Austausch gegen einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus der sowjetischen Zone. Weitere 10 Prozent der Industrieanlagen dieser Art aus den Westzonen sollten ohne Gegenleistung geliefert werden⁴⁷. Eine genaue Definition, was „für eine Friedenswirtschaft unnötig“ sei, erfolgte jedoch nicht, so daß weiterer Streit über das anzustrebende Industrieniveau in Deutschland vorprogrammiert war.

Immerhin ließ sich die Sowjetunion auf diese Regelung ein, weil sie sich in ihrer eigenen Zone bedienen und auf ein gewisses Maß an Lieferungen aus den Westzonen rechnen konnte. Vor allem jedoch sah die Paketlösung ein maximales anglo-amerikanisches Entgegenkommen bei der Festlegung der polnischen Westgrenze vor. Hier hatten die USA ursprünglich einen Grenzverlauf entlang der Oder und der östlichen (Glatzer) Neiße vorge-

44 Zit. bei G. Alperovitz (Anm. 4), S. 141.

45 Vgl. The Conference of Berlin (Anm. 24), Vol. II, S. 449 ff.

46 Vgl. ebd., Vol. II, S. 471 ff.

47 Vgl. Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte (Anm. 38), S. 397 f.

schlagen, während die polnische Delegation, die am 24. Juli angehört worden war, eine Grenzziehung bis zur westlichen (Görlitzer) Neiße gefordert hatte. Nach den Sonderverhandlungen zwischen Truman, Byrnes und Molotow am 29. Juli war Stalin seinerseits schon kompromißbereit gewesen und hatte den polnischen Staatspräsidenten Boleslaw Bierut zu einem Gespräch empfangen, um ihn zum Einlenken zu bewegen. Die polnische Delegation hatte daraufhin einen neuen Kompromiß vorgeschlagen, der nicht mehr die Lausitzer Neiße, sondern eine Linie entlang der Queis vorsah, die zwischen östlicher und westlicher Neiße verlief⁴⁸. Alles dies war nun Makulatur, weil die USA bereit waren, die westliche Neiße als neue polnische Westgrenze hinzunehmen, wenn die UdSSR im Gegenzug der vagen Reparationsregelung zustimmte.

Als die Großen Drei am 31. Juli zu ihrer elften Plenarsitzung zusammentrafen, war der Weg für eine abschließende Beratung der Regierungschefs geebnet. Schon in Aufbruchstimmung, diskutierte man noch einmal ausführlich über die polnische Westgrenze, ehe die Polen am 1. August unterrichtet wurden und die Außenminister den Auftrag erhielten, die noch offenen Detailfragen zu klären. In der zwölften Plenarsitzung am Nachmittag des 1. August wurden in einer rasch abgewickelten Tagesordnung nochmals kleinere Themen behandelt, ehe man am späten Abend desselben Tages zur dreizehnten und letzten Vollsitzung der Konferenz zusammentrat, auf der absatzweise das vom Protokollausschuß unter dem Vorsitz von Andrej Gromyko erstellte Protokoll verlesen und lange nach Mitternacht, also am 2. August 1945, unterzeichnet wurde. Damit war die Potsdamer Konferenz beendet.

Es sollte, so die Absicht der Teilnehmer, nicht das letzte Gipfeltreffen der Großen Drei sein. Präsident Truman schloß die Zusammenkunft mit dem Wunsch, daß das nächste Treffen in Washington stattfinden möge. Doch dazu kam es nicht mehr. Der Kalte Krieg ließ eine Fortsetzung der Beratungen nicht zu. Erst ein Jahrzehnt später, im Juli 1955, trafen die Regierungschefs erneut zusammen, diesmal in Genf und mit Beteiligung Frankreichs. Von den Staatsmännern, die in Potsdam die Verhandlungen geführt hatten, war zu diesem Zeitpunkt jedoch niemand mehr im Amt. Eine neue Ära hatte begonnen.

48 Vgl. The Conference of Berlin (Anm. 24), Vol. II, S. 1539. Vgl. hierzu auch Carsten Lilje, Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie als Nebenprodukt alliierter Großmachtspolitik während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1995, passim.

III. Bewertung und historische Einordnung

Die historische Bedeutung der Potsdamer Konferenz liegt zweifellos mehr im politischen als im juristischen Bereich. Zwar ist später oft vom „Potsdamer Abkommen“ die Rede gewesen. Ein solches Abkommen hat es jedoch nie gegeben. Über die Konferenz wurde von den Alliierten lediglich eine „Mitteilung“ herausgegeben, die als Ergänzungsblatt Nr. 1 im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland veröffentlicht und später allgemein fälschlich als „Potsdamer Abkommen“ bezeichnet wurde. Die Mitteilung ist praktisch eine Kurzfassung des von den Regierungschefs der Drei Mächte unterzeichneten „Protokolls“, das noch auf den 1. August 1945 datiert ist, obwohl es erst am 2. August, kurz nach Mitternacht, unterschrieben wurde. Die Ortsangabe lautet im übrigen nicht Potsdam, sondern Berlin, weil die Konferenz offiziell als „Konferenz von Berlin“ geführt wurde.

Die Formulierungen in diesem Protokoll sind in vielen Fällen unbestimmt und vage. Sie waren damit Ausdruck der 1945 einsetzenden Spannungen zwischen Ost und West, die bald zu einem Kalten Krieg eskalierten. Für Deutschland war dies vermutlich ein Glücksfall, weil ein einheitliches Vorgehen der Alliierten, wie es sich in Teheran und teilweise sogar noch in Jalta gezeigt hatte, mit großer Wahrscheinlichkeit zu eindeutigeren und für Deutschland nachteiligeren Regelungen geführt hätte. Der Rachedanke, der angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen mehr als verständlich war, hätte den Deutschen nicht nur hohe Reparationen auferlegt, sondern vielleicht auch die dauerhafte Zerstückelung Deutschlands heraufbeschworen. Zwar war Churchill schon in Jalta von dieser Position abgewichen, weil er ein einheitliches Deutschland als Gegengewicht gegen das dramatisch erstarkte und nach Westen ausgedehnte Rußland brauchte. Aber erst in Potsdam erhielt der britische Premierminister dafür die erforderliche Hilfestellung des amerikanischen Präsidenten, da Truman die idealistischen Weltordnungsvisionen seines Vorgängers Roosevelt nicht mehr uneingeschränkt teilte, sondern eine eher nüchterne und pragmatische Realpolitik betrieb. Auch in dieser Hinsicht bedeutete Potsdam somit einen Wendepunkt, weil die Westmächte sich nun auf eine gemeinsame Linie gegenüber der Sowjetunion verständigten.

Das Ergebnis waren Vereinbarungen, die nur noch eine vorübergehende Stabilisierung des Status quo mit sich brachten. Die Sowjetunion hatte ihren

Einflußbereich in Ost- und Südosteuropa militärisch gesichert und wurde in dieser Position in Potsdam bestätigt. Die Westmächte andererseits konnten von der UdSSR nicht gezwungen werden, sich auf eine internationale Kontrolle des Ruhrgebietes oder auf Reparationsregelungen einzulassen, die für die Sowjetunion entscheidende Vorteile gebracht hätten. Insofern bestand der logische Kompromiß in der „Paketlösung“, die von der amerikanischen Delegation am 30. Juli vorge schlagen und von der Sowjetunion sofort akzeptiert wurde.

Alle anderen Forderungen und Bestimmungen des Potsdamer Protokolls waren dagegen kaum mehr

als Rhetorik. Die Regierungschefs werden sich, in ihre jeweiligen Hauptstädte zurückgekehrt, schon nicht mehr daran erinnert haben. Nur wenn es politisch opportun erschien, gedachte man später der einen oder anderen Formulierung, um sie propagandistisch zu nutzen und öffentlichkeitswirksam zu verwenden. Tatsächlich bedeutete der Verzicht auf „endgültige Regelungen“ im Potsdamer Protokoll, daß sowohl die Teilung als auch die Wiedervereinigung Deutschlands denkbare Optionen blieben, bis der deutsche Einigungsprozeß 1989/90 und der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 einen Schlußstrich unter dieses Kapitel der Nachkriegspolitik setzten.

Die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland 1945–1949

Oft wird gesagt, die Deutschland- und Besatzungspolitik der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs habe seit Beginn der Okkupation einvernehmlich auf eine Trennung des Deutschen Reiches in – mindestens – eine westliche und eine östliche Hälfte hingearbeitet; die entsprechenden Beschlüsse zur Teilung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas hätten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion bereits auf der Konferenz von Jalta gefaßt, die noch in der Endphase des Krieges, vom 4. bis zum 11. Februar 1945, stattfand. Andererseits ist ebensooft zu hören, die deutschland- und besatzungspolitischen Konflikte, die zwischen der UdSSR und den westlichen Siegermächten spätestens bei Beginn der Okkupation ausgebrochen seien, hätten zu den wichtigsten Ursachen jenes globalen Spannungsverhältnisses zwischen Ost und West gehört, dessen Wesen – keine Gewaltanwendung, aber auch keine Verständigungsmöglichkeit – der amerikanische Journalist Walter Lippmann schon 1947 mit dem Begriff „Kalter Krieg“ kennzeichnete¹. Beides ist so nicht zutreffend.

Die Anfangsphase: Alliierte Übereinstimmung im Negativen

Das Problem, was nach dem Kriege mit Deutschland geschehen sollte, stand seit dem Dezember 1941 – nachdem die Angriffskriege des nationalsozialistischen Deutschland, des faschistischen Italien und des partiell faschistischen Japan eine Allianz der drei Weltmächte USA, Großbritannien und UdSSR erzwungen hatten – naturgemäß auf der Tagesordnung fast jeder politischen Konferenz der Alliierten². Seit das Kriegsende mit der

Niederlage Deutschlands absehbar war, beschäftigte sich eine alliierte Kommission – die European Advisory Commission –, die am 15. Dezember 1943 ihre Tätigkeit in London aufnahm, sogar permanent mit der Arbeit an einer alliierten Deutschlandpolitik³. Diese kontinuierliche Debatte ergab in den Motiven und im Blick auf die von den Motiven unmittelbar bestimmten Nahziele alliierter Politik in Deutschland durchaus Gemeinsamkeiten zwischen der Sowjetunion und den Westmächten.

Als beherrschendes und allen gemeinsames Motiv hatte sich bereits früh ein Sicherheitsbedürfnis herausgeschält, das durch den nach 1918 erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernsthaft bezweifelte Verantwortung Deutschlands sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in den beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegerstaaten öffentliche Meinung und Politiker vorerst darin überein, daß Aggressivität ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des nationalsozialistischen Deutschland – auch unabhängig von der Judenverfolgung – in sämtlichen besetzten Ländern verübt worden waren, und der Haß, den diese Verbrechen notwendigerweise geweckt hatten, wirkten als zusätzliche Stimulanzien des Sicherheitsbedürfnisses und verschafften praktisch jedem Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen.

So einigten sich die drei Regierungen – anders als die Siegermächte des Ersten Weltkriegs – mühelos darauf, Deutschland vollständig zu entwaffnen und überdies das wirtschaftliche Kriegspotential des Reiches zu zerstören. Ebenso verstand es sich von selbst, daß jede organisierte Erscheinungsform des Nationalsozialismus und Militarismus liquidiert, die nationalsozialistische und militaristische Gesin-

1 Vgl. Walter Lippmann, *The Cold War. A Study in US Foreign Policy*, New York–London 1947.

2 Vgl. Wolfgang Marienfeld, *Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941–1949*, Hannover 1962; Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft*, Neuwied 1966, Stuttgart 1980²; Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt am Main 1985.

3 Vgl. Hans-Günter Kowalski, *Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)*, 19 (1971) 3, S. 261–293.

nung ausgerottet werden müsse. Als Konsequenz ergab sich die Notwendigkeit, Deutschland zu besetzen und durch die militärische Präsenz der Großmächte auf unbestimmte Zeit unter straffster politischer Kontrolle zu halten. Eine Aufnahme Deutschlands in die gerade entstehenden Vereinten Nationen kam – jedenfalls zunächst – nicht in Frage⁴.

Noch vor Kriegsende hatten sich daher die Siegermächte über die Aufteilung Deutschlands in drei und dann – nachdem Frankreich in den Kreis der Sieger aufgenommen worden war – in vier Besatzungszonen verständigt, deren Grenzen von der European Advisory Commission festgelegt und in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin – den „großen Drei“ – bestätigt wurden. In den Zonen sollten Militärgouverneure die Regierungsgewalt ausüben, und dem Kollektiv der vier Militärgouverneure war die Aufgabe zugeordnet, im gemeinsam verwalteten und in vier Sektoren geteilten Berlin als oberstes Organ des gesamten Besatzungsgebiets – mit der Bezeichnung „Alliiertes Kontrollrat“ – die Richtlinien für eine gemeinsame Besatzungspolitik zu bestimmen. Da solchermaßen die Verantwortung für Deutschland – und für Österreich – zur gemeinsamen Bürde erklärt worden war, konnte allein die Präsenz sowjetischer, amerikanischer und britischer Truppen in dieser Region zunächst nirgends als politisches Ärgernis wirken; sie war einfach eine Folge des Kriegsverlaufs und danach das Resultat interalliiertes Abmachungen.

Andererseits war die Schaffung der Besatzungszonen keineswegs ein Akt bewußter alliierter Zerstückerungspolitik. Zwar ist die Aufteilung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten auf den internationalen Konferenzen der Kriegsjahre von allen Politikern der Alliierten als bare Selbstverständlichkeit behandelt worden; während der ersten Tage der Besprechungen in Jalta bekräftigten die „großen Drei“ erneut solche Absichten. Doch gingen die Meinungen über die Details der Aufteilung weit auseinander, sowohl in jedem Staat der Koalition wie auch – wenngleich ohne Schärfe – zwischen den Koalitionspartnern; bindende Beschlüsse waren nie gefaßt worden. Der einzige territoriale Eingriff, über den sich die Verbündeten noch vor Kriegsende geeinigt hatten, nämlich die Abtrennung der deutschen Ostgebiete bis zur Oder und zur Glatzer Neiße, konnte nur bedingt als Teil alliierter Deutschlandpolitik bezeichnet werden; er resultierte vielmehr aus der alliierten Polenpolitik: Da Stalin darauf beharrte, Ostpolen,

also die Beute aus der deutsch-sowjetischen Teilung Polens vom August und September 1939, zu behalten, glaubten die Alliierten Polen im Westen entschädigen zu müssen.

Gegen Ende der Konferenz von Jalta zeichnete sich überdies eine Abkehr von den Plänen zur Aufteilung Deutschlands ab, und in den folgenden Monaten hat ein amerikanisch-britisch-sowjetischer Ausschuß den Meinungsumschwung, der in Washington, namentlich aber in London und Moskau eingetreten war, zur Richtlinie alliierter Deutschlandpolitik erhoben; am 11. April 1945 konstatierte der Ausschuß den politischen Tod des Aufteilungskonzepts⁵. Churchill hielt mit dem Blick auf die sowjetischen Machtgewinne eine allzu nachhaltige Schwächung Deutschlands nicht mehr für wünschenswert, er kehrte also angesichts der unmittelbar bevorstehenden deutschen Niederlage zum britischen Antisowjetismus der Vorkriegsjahre zurück, nahm Elemente der traditionellen Londoner Politik der „balance of power“ auf und entdeckte auf dieser Basis auch schon das britische Interesse an einem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet.

Stalin hingegen erkannte offenbar, daß eine Teilung Deutschlands die Eintreibung der hohen sowjetischen Reparationsforderung erschweren würde; zudem begann ihn vermutlich die Möglichkeit einer sowjetischen Mitsprache im Ruhrgebiet zu reizen, die bei einer Auflösung Deutschlands in mehrere Staaten verschwinden mußte, da westliche Teilstaaten naturgemäß unter westlicher Kontrolle stehen würden. So hat er, obwohl er gerade im Begriffe war, Polen – ohne die westlichen Verbündeten zu konsultieren – auch noch das Gebiet zwischen Glatzer und Görlitzer Neiße zuzuschätzen, am 9. Mai 1945 öffentlich versichert: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschießt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“⁶

Eine zweite Motivgruppe, die aber auch sicherheitspolitische Aspekte hatte, ist mit den Begriffen „Bestrafung“ und „Wiedergutmachung“ zu bezeichnen⁷. Bis Kriegsende hatten die Alliierten – und zwar wiederum einvernehmlich – das Ziel formuliert, im Namen und im Auftrag der Vereinten Nationen, die sich am 26. Juni 1945 in San Francisco endgültig konstituiert hatten, alle Deutschen vor Gericht zu stellen, die sich gegen Angehörige

4 Vgl. Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986; Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975.

5 Vgl. H. Graml (Anm. 2), S. 52ff.

6 Zit. nach Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 2, Stuttgart 1973, S. 389.

7 Vgl. Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986, S. 25ff.

der Vereinten Nationen irgendwelcher Verbrechen schuldig gemacht, die sonst gegen die Grundregeln der Menschlichkeit verstoßen und die an der militärischen oder wirtschaftlichen Vorbereitung und Auslösung des Krieges mitgewirkt hatten. Ferner war es – die USA ausgenommen – erklärtes Ziel der Alliierten, Deutschland hohe Reparationen zahlen zu lassen, vor allem durch direkte Entnahmen aus dem deutschen Volksvermögen, das heißt durch die Demontage von Industriebetrieben und die Übernahme von Schiffen, rollendem Material und sonstigen Anlagen. Auf solche Weise sollte auch, teils zur Strafe, teils zur Verhinderung einer als politisch gefährlich angesehenen allzu raschen Erholung Deutschlands, eine drastische Reduzierung der deutschen Wirtschaftskapazität erzwungen werden – über die vom engeren Sicherheitsbedürfnis geforderte Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie hinaus.

Am weitesten hatte in diese Richtung der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau gedacht, der im übrigen aus ideologischen Gründen eine Abneigung gegen ein Zuviel an Industrialisierung entwickelt hatte, mit seinem Glauben an die grundsätzlich gesündere Natur überwiegend agrarisch strukturierter Gesellschaften den Anschauungen deutscher Konservativer – selbst der Nationalsozialisten – nicht fern stand und seine deutschlandpolitischen Vorschläge nicht so antideutsch verstand, wie sie naturgemäß von den Deutschen damals aufgefaßt wurden und noch heute aufgefaßt werden⁸. In seinem 1944 entstandenen Plan, den er bezeichnenderweise „Programm zur Verhinderung der Auslösung des Dritten Weltkriegs durch Deutschland“ überschrieb, sagt er: „Dieses Programm faßt die Verwandlung Deutschlands in ein Land ins Auge, das in erster Linie einen landwirtschaftlichen und ländlichen Charakter hat.“⁹ Unter dem Druck des State Department und des Kriegsministeriums, denen die Verwirklichung der Gedanken Morgenthaus zugefallen wäre, hat sich Präsident Roosevelt von dem ebenso anmaßend-brutalen wie unrealistischen Plan allerdings bald distanziert, und auch die Briten nahmen die zunächst gegebene widerwillige Zustimmung Churchills fast sofort wieder zurück.

Der sowjetische Vorschlag, die deutsche Schwerindustrie um 80 Prozent zu verringern, konnte sich auf der Konferenz von Jalta ebenfalls nicht durch-

setzen. Früh wurde somit klar, daß Briten wie Amerikaner vor einer Politik zurückscheuten, die am Ende ihnen die Verpflichtung aufbürden mußte, der deutschen Bevölkerung das Existenzminimum zu finanzieren. Immerhin ist in Jalta die Summe von 20 Milliarden Dollar, die von der sowjetischen Seite als Verhandlungsgrundlage für eine Alliierte Reparationskommission genannt worden war, nicht einfach vom Tisch gewischt worden, und die Alliierten zeigten sich vorerst weiterhin entschlossen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie künstlich zu begrenzen.

Die Tendenz, die deutsche Bevölkerung für den Krieg büßen zu lassen und die Erholung Deutschlands jedenfalls nicht zu erleichtern, kam noch deutlich in jenem Dokument zum Ausdruck, das den amerikanischen Militärgouverneur mit den Richtlinien für die in seiner Besatzungszone zu verfolgende Politik versah – in der Direktive JCS 1067, die Präsident Truman, Nachfolger des am 12. April verstorbenen Roosevelt, am 11. Mai 1945 genehmigte: „Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat.“¹⁰

Solche Nahziele hatten sehr wohl politische Konsequenzen, etwa die Industriepäne, mit denen die Besatzungsmächte der deutschen Industrieproduktion recht enge – freilich aus anderen Gründen jahrelang ohnehin nicht erreichte – Grenzen zogen. Aber ein Katalog überwiegend negativer Vorhaben und Maßnahmen ergab noch keine Deutschlandpolitik im vollen Sinne des Wortes, und vielen wichtigen Problemen der Zukunft Deutschlands standen die Sieger anfänglich im Grunde konzeptionslos gegenüber. Alle Siegermächte vertraten allerdings politische Ideologien und Prinzipien, die Anspruch auf universale Geltung erhoben und es daher nicht erlaubten, das besiegte Deutschland von den Plänen zur Schaffung einer neuen und besseren Welt einfach auszunehmen. Weder aus der Propaganda noch aus den Überlegungen und Äußerungen der Politiker waren demokratisierend-partizipatorische Elemente je völlig verschwunden.

Machte sich auf westlicher Seite immer wieder eine von eigenen Sicherheitsinteressen weitgehend unabhängige Neigung bemerkbar, sich Mittel und

8 Der Text der zunächst akzeptierten Zusammenfassung Morgenthauscher Vorschläge in: Henry L. Stimson/McGeorge Bundy, *On Active Service in Peace and War*, New York 1948, S. 576f.; dazu Henry L. Morgenthau, *Germany is our Problem*, New York 1945; vgl. ferner Harry G. Gelber, *Der Morgenthau-Plan*, in: VfZ, 13 (1965) 4, S. 372–402.

9 H. L. Stimson/McG. Bundy (Anm. 8), S. 576.

10 Beate Ruhm von Oppen (Hrsg.), *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, London 1955, S. 13.

Wege zur Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft einfallen zu lassen, so ließen auch die sowjetischen Führer – wie sie mit der Schaffung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gezeigt hatten – die Möglichkeit nicht gänzlich außer acht, zu der vor 1933 gepflegten politischen Zusammenarbeit mit dem deutschen Bürgertum zurückzukehren¹¹. Mit der Sammlung und Schulung einer aus KPD-Emigranten bestehenden und für die politische Arbeit im Nachkriegsdeutschland bestimmten kommunistischen Kadergruppe verrieten sie andererseits, daß die Neigung vorherrschte, eine Allianz mit der deutschen Arbeiterklasse zu schließen und mit Hilfe dieser Allianz die deutsche Gesellschaft zu revolutionieren, also in einem kommunistischen Sinne zu „befreien“¹².

Indes blieben solche Vorstellungen bis Kriegsende eben nur Ansätze. Angesichts der Entschlossenheit, Deutschland fürs erste als besiegten Feindstaat zu behandeln, mithin die Grundsätze altmodischer Sicherheits-, Wiedergutmachungs- und Vergeltungspolitik anzuwenden, konnten jene Ansätze keine Entwicklungsmöglichkeit finden. Das galt für die Westmächte wie für Stalin. Daß der sowjetische Führer gegen Ende des Krieges und unmittelbar nach Kriegsende die Zielsetzung einer Allianz mit den deutschen Werktätigen deutlicher auszusprechen begann und zur Verwirklichung dieser Absicht die KPD-Kadergruppe unter der Führung Walter Ulbrichts sogleich mit entsprechenden Aufträgen in die sowjetische Besatzungszone entsandte, ließ den Widerspruch zwischen den Erfordernissen einer dem Aufbau dienenden Allianzpolitik und den tatsächlich getroffenen Maßnahmen einer ungehemmt verfolgten und sogar die Existenzbasis des Bündnispartners – nämlich der deutschen Arbeiterklasse – bedrohenden Zerstörungs- und Ausbeutungspolitik nur besonders rasch und besonders schrill hervortreten.

Keine geringere Rolle spielte allerdings die in Moskau ebenso wie in London und Washington vorhandene Einsicht, daß in Ost und West sehr verschiedene Vorstellungen über die Grundsätze richtiger Gesellschaftsordnung und Gesellschaftsentwicklung herrschten. Jeder Versuch, einvernehmlich ein positives Deutschlandprogramm zu entwerfen, mußte die tiefen Divergenzen zwischen den Alliierten sichtbar machen und zu Konflikten führen. Während des Krieges, solange der gemeinsame Feind noch kämpfte, schienen solche Konflikte eher Gefahren für den Bestand oder doch

das Funktionieren der Koalition heraufzubeschwören. Also beließen es die Alliierten bei der leichter fallenden Verständigung über den an eindeutigen Interessen orientierten Katalog der nahezu ausschließlich negativen Nahziele.

Das Resultat war eine seltsame Mischung aus Entschlossenheit und Ratlosigkeit. Schon die Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“, die Roosevelt am 24. Januar 1943 in Casablanca verkündete und die Churchill ebenso billigte wie Stalin¹³, hatte dieses Mißverhältnis ausgedrückt: den Willen zur totalen Verfügungsgewalt über Deutschland einerseits, die Unsicherheit über den Gebrauch der Gewalt andererseits. Bis zum Kriegsende war von niemand gesagt worden, in welchem Sinne, in welche Richtung und in welchem Tempo die Entwicklung der deutschen Gesellschaft verlaufen oder gesteuert werden sollte. Selbst über die Gestalt, die Funktion und wiederum die Zukunft jener deutschen Ämter und Institutionen, die ja notwendigerweise unter und neben den Besatzungsbehörden arbeiten würden, herrschte keine Klarheit.

Folgen der Potsdamer Konferenz: Regionalisierung der Besatzungspolitik und Sonderentwicklung der SBZ

Die Konferenz von Potsdam, auf der sich vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 abermals die Regierungschefs der drei Weltmächte trafen, setzte dieser seltsamen Haltung der konzeptionslosen Entschlossenheit noch kein Ende¹⁴. Selbst in der territorialen Frage blieben Ungewißheiten. Als die Siegermächte offiziell ihre politische Zuständigkeit für das geschlagene und besetzte Deutschland feststellten, weil es „in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde“ mehr gebe, „die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen“, da konnten die vier Oberbefehlshaber der in Europa operierenden alliierten Streitkräfte – in ihrer vom 5. Juni datierten Erklärung, aus der die zitierte Wendung stammt – den Raum, für den sie jetzt die Regierungsgewalt an sich zogen, zwar wieder Deutschland nennen. Aber abgesehen davon, daß Dwight D. Eisenhower, Georgi Schukow, Bernard L. Montgomery und Jean de Lattre de Tassigny keine

11 Vgl. Bodo Scheurig, Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1961.

12 Vgl. Walrab von Buttler, Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947, Stuttgart 1980.

13 Vgl. Alfred Vagts, Unconditional Surrender – vor und nach 1943, in: VfZ, 7 (1959) 3, S. 280–309.

14 Vgl. W. Benz (Anm. 7).

genaueren Richtlinien zur Ausübung der Regierungsgewalt besaßen, schienen die äußeren Grenzen jenes Deutschland noch keineswegs festgelegt zu sein.

Gewiß dekretierten Truman, Churchill – bzw. dessen Nachfolger Clement Attlee – und Stalin in Potsdam, unter Deutschland seien die vier Besatzungszonen zu verstehen und dieses Deutschland müsse als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Da außerdem die baldige Errichtung deutscher Zentralbehörden – als Hilfsorgane des Alliierten Kontrollrats – vereinbart wurde, sah es in der Tat so aus, als sei die Abkehr von den früheren Teilungsplänen endgültig, als werde mithin zumindest das Besatzungsgebiet die politische Einheit bewahren können. Daß Deutschland die vom März 1938 bis zum Kriegsende annektierten Gebiete wieder abzutreten hatte, war eine Selbstverständlichkeit, und die Beschlüsse der Konferenz ließen ferner keinen Zweifel daran, daß sich die Oder-Neiße-Linie zur dauernden deutschen Ostgrenze verfestigen werde, obgleich die Koalitionspartner die deutschen Ostgebiete vorerst – das heißt bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland – nur unter polnische Verwaltung stellten. Doch blieben die französischen Ansprüche auf das Saargebiet und auf andere linksrheinische deutsche Territorien unerledigt, ebenso das wiederum vornehmlich von Frankreich aufgeworfene Problem einer Internationalisierung des Ruhrgebiets. Überdies hatten die drei Regierungschefs die Wirtschaftseinheit des Okkupationsgebiets sogleich selbst wieder in Frage gestellt und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in Deutschland praktisch unmöglich gemacht, als sie sich – unfähig zur Formulierung einer gemeinsamen Reparationspolitik und zur einvernehmlichen Festsetzung einer gesamtdeutschen Reparationsschuld – darauf verständigten, daß jede Besatzungsmacht ihre Reparationsforderung ohne Einmischung der Partner weitgehend durch direkte Entnahmen aus der eigenen Zone befriedigen dürfe¹⁵.

Auch mit dem Problem der verfassungs- und gesellschaftspolitischen Entwicklung im okkupierten Deutschland setzten sich die Sieger nur ungenügend auseinander. Zwar schien die Potsdamer Konferenz gerade in dieser Hinsicht einen Fortschritt zu bringen, indem die Alliierten Deutschland nun ausdrücklich gleichsam zum politischen Entwicklungsland erklärten, dessen Bevölkerung lediglich für eine gewisse Zeit unter Vormundschaft gestellt werde. Die Vormünder entwarfen

15 Vgl. Otto Nübel, Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945, Frankfurt am Main 1980; Bruce Kuklick, American Policy and the Division of Germany. The Clash with Russia over Reparations, Ithaca–London 1972.

denn auch ein Hilfsprogramm, das gewissermaßen chirurgische Eingriffe und andererseits eine kräftigende Behandlung mit Medikamenten vorsah. Zur Chirurgie gehörten die längst beschlossenen Eingriffe wie Entwaffnung und industrielle Kapazitätsverringerung, außerdem die Aburteilung der Kriegsverbrecher und die Entfernung aller Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben. In einer „Entnazifizierung“ genannten gigantischen Säuberungsaktion sollte die politische Vergangenheit aller erwachsenen Deutschen genau geprüft und eine festgestellte Schuld oder Verstrickung in das NS-Regime je nach Schwere und Grad mit Haft, Berufsverbot oder Geldbußen geahndet werden¹⁶. General Lucius D. Clay, der als amerikanischer Militärgouverneur amtierte, umschrieb den Sinn der Entnazifizierung mit folgendem Satz: „Sie ist eine Voraussetzung der deutschen Erhebung und Rehabilitierung, eine Notwendigkeit für die Entwicklung einer gesunden deutschen Demokratie.“¹⁷

Zugleich betonten die Vormünder aber ihre Bereitschaft und sogar Entschlossenheit, auch positive Beiträge zur Demokratisierung der deutschen Gesellschaft zu leisten und den Aufbau demokratischer Institutionen in Deutschland zu fördern. Dabei wollten die Sieger vor allem auf die Wirkung politischer Pädagogik vertrauen: Mit einem umfassenden Umerziehungsprogramm müsse der nationalsozialistische Geist überwunden und die Bekehrung der Deutschen zu den Werten, Einrichtungen und Spielregeln der Demokratie erreicht werden.

Jedoch machten die in Potsdam konferierenden Repräsentanten dreier Besatzungsmächte – Frankreich blieb hier noch ausgeschlossen – einen weiten Bogen um die Aufgabe, den allgemeinen Auftrag zur Demokratisierung Deutschlands, der dem Kontrollrat und den vier Militärgouverneuren nun immerhin erteilt worden war, in ein konkretes, detailliertes und vor allem gemeinsames Handlungsprogramm umzusetzen. Nach wie vor bestand ja das Problem, daß das britische Verständnis von Demokratie anders aussah als das amerikanische oder französische und daß die sowjetischen Funktionäre mit diesem Begriff erst recht sehr eigene Vorstellungen verbanden. Und nach wie vor war es – wollte man nicht in schwerste Konflikte verstrickt werden – unmöglich, den gerade in dieser Frage so notwendigen Kompromiß in der Interpre-

16 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21–83.

17 Am 5.8. 1947 vor den Ministerpräsidenten der US-Zone, zit. nach John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt am Main 1971, S. 147.

tation bestimmter Grundbegriffe auch nur zu versuchen; und ohne einen solchen Kompromiß war es wiederum unmöglich, genaue und einheitliche Richtlinien für das politische Handeln in Deutschland zu formulieren. Unter derartigen Umständen steckte aber in dem Potsdamer Demokratisierungsauftrag an die Besatzungsbehörden die Möglichkeit zu Komplikationen und Konfusionen, sogar eine gefährliche Sprengkraft.

Daß diese Sprengkraft ihre Gefährlichkeit in der Tat sofort erwies, war noch kein Effekt des Kalten Krieges, sondern lag vielmehr an einem vorher von niemand bedachten Umstand. Im Kontrollrat saß ein Vertreter der Besatzungsmacht gewordenen Frankreich, und Frankreich fühlte sich nicht einmal an das magere Ergebnis von Potsdam gebunden, da die drei Weltmächte es nicht für nötig gehalten hatten, die französische Regierung an den Beratungen zu beteiligen¹⁸. Die damaligen Leiter der französischen Politik dachten aber noch in den Kategorien der Zwischenkriegszeit, die sie durch den deutschen Angriffskrieg bestätigt glaubten, und orientierten ihre Deutschlandpolitik zunächst allein am Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland. Solange dieses Sicherheitsbedürfnis nicht befriedigt war – und zwar durch die Internationalisierung des Ruhrgebiets und durch die Lösung des Saargebiets wie des Rheinlands von Deutschland –, hielten sie sich für berechtigt, jeden Schritt der Besatzungsmächte zu blockieren, der zur wirtschaftlichen und politischen Erholung des Okkupationsraums und damit zur Restauration eines deutschen Nationalstaats führen konnte.

Der französische Vertreter im Kontrollrat erhielt die Weisung, bis zur Erfüllung der französischen Forderungen Obstruktionspolitik zu treiben, namentlich die Schaffung deutscher Zentralbehörden zu verhindern – und da er ein Vetorecht hatte, war er dazu auch in der Lage. Die drei anderen Besatzungsmächte weigerten sich jedoch, auf die territorialen Wünsche Frankreichs einzugehen. Andererseits fanden sie keine Möglichkeit, Frankreich zum Nachgeben zu zwingen, zumal sich die einzige Macht, die in der Lage gewesen wäre, auf Paris Druck auszuüben – die USA – trotz größter Verärgerung genötigt glaubte, französische Empfindungen schonen und die politische Position Frankreichs wiederherstellen zu müssen: zur im eigenen Interesse erwünschten Stabilisierung Europas und nicht zuletzt zur Verhinderung einer für möglich gehaltenen kommunistischen Machtübernahme in Frankreich.

18 Vgl. Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983; Walter Lipgens, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ, 21 (1973) 1, S. 52–103.

Ein Jahr lang sorgte Frankreich dafür, daß es eine einheitliche Wirtschaftspolitik des Kontrollrats, durch die Potsdamer Reparationsbeschlüsse ohnehin aufs äußerste erschwert, nicht geben konnte. Darüber hinaus sah sich der Kontrollrat durch die französische Obstruktion als politische Zentrale Deutschlands nahezu ganz ausgeschaltet. Als Konsequenz ging die Ausübung der politischen Gewalt vom Gremium der Militärgouverneure auf den einzelnen Militärgouverneur in seiner Zone über. Jeder Militärgouverneur aber interpretierte danach – in Verbindung mit seiner Regierung – die vagen Aufträge des Potsdamer Protokolls zwangsläufig in seinem Sinne und leitete damit unwillentlich eine Regionalisierung der Politik in Deutschland ein, die nur in eine Sonderentwicklung jeder Zone münden konnte.

Die meisten Gemeinsamkeiten bewahrten die britische und die amerikanische Zone. Auf nahezu alle Besatzungsoffiziere machten, als sie ihren Fuß auf deutschen Boden setzten, die Verheerungen einen tiefen Eindruck, die der Krieg, namentlich der Luftkrieg, in Deutschland angerichtet hatte¹⁹. Offiziere wie General Clay verarbeiteten derartige Eindrücke sogleich zu dem Schluß, daß das vom Sicherheitsbedürfnis diktierte wichtigste Kriegsziel der Alliierten, die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, „durch die Entwicklung des Krieges selbst erreicht“ worden sei, wie Clay bereits am 26. April 1945 an John McCloy schrieb²⁰, damals an führender Stelle im Kriegsministerium tätig. Nach solcher Erkenntnis breitete sich Aufbaustimmung aus, Lust zu konstruktiver Arbeit im eigenen Besatzungsgebiet. Normale politische Überlegungen gewannen schon früh wieder die ihnen zukommende Bedeutung, das heißt die ohnehin in erster Linie an Ruhe und Ordnung interessierten amerikanischen und britischen Besatzungsoffiziere waren alsbald wieder auf die Entlastung der heimischen Steuerzahler bedacht, kamen rasch zu der Einsicht, daß die Wichtigkeit Deutschlands als künftiger Wirtschaftspartner hoch einzuschätzen sei, und richteten ihr Augenmerk auch bereits auf die Immunisierung der deutschen Bevölkerung gegen kommunistische und sowjetische Einflüsse.

Für die besatzungspolitische Praxis folgte daraus, daß sich die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden fast sofort daran machten, den Deutschen ihrer Zonen die Sicherung des Existenzminimums aus eigener Kraft zu ermöglichen

19 Vgl. hierzu das Standardwerk von Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1994.

20 Vgl. Jean Edward Smith (Hrsg.), The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, Bd. 1, Bloomington–London 1974, S. 8.

und mithin wenigstens eine begrenzte wirtschaftliche Erholung zu fördern. Lewis Douglas, ein Berater Clays, bezeichnete die wirtschaftlichen Richtlinien der Direktive JCS 1067 schon vor der Kapitulation als das Werk „ökonomischer Idioten“²¹, und Clay selbst sagte in dem erwähnten Brief an McCloy: „Wenn die Deutschen auch nur einen minimalen Lebensstandard erhalten sollen, müssen wir hier die Freiheit haben, die Produktion der Industrie wieder anzukurbeln.“²²

Gewiß stellten derartige Einsichten und auf ihnen beruhende Richtlinien einige Zeit nicht viel mehr dar als Absichtserklärungen. Aber abgesehen davon, daß die Absichten im Lauf der Monate und Jahre konkrete Formen annahmen, spielte die Überzeugung, der deutschen Wirtschaft müsse nicht zuletzt auch im wohlverstandenen Interesse der Nachbarn Deutschlands und der Besatzungsmächte selbst wieder auf die Beine geholfen werden, für die britisch-amerikanische Einstellung zu fast allen Problemen, die in Deutschland auftauchten, schon früh eine entscheidende Rolle: Daher Clays schroffe und im Hinblick auf die Wirkung nicht immer genau kalkulierte Aktionen gegen die französische Obstruktionspolitik²³; daher der wachsende amerikanisch-britische Widerstand gegen hohe Reparationsansprüche an Deutschland, der das Verhältnis zur reparationshungrigen Sowjetunion schwer belastete; und daher der bereits 1946 Realität gewordene amerikanisch-britische Verzicht darauf, die fruchtlosen Bemühungen um eine einheitliche Deutschlandpolitik des Kontrollrats auf unbestimmte Zeit fortzusetzen – ein Verzicht, den der Versuch ablöste, die Zonengrenzen durch eine Politik der territorialen Zusammenschlüsse – der Zonenvereinigung zur „Bizone“ – zu überwinden, was freilich im Effekt eine Selbstbeschränkung auf amerikanisch-britische Kooperation bedeutete und die Sonderentwicklung der französischen wie vor allem der sowjetischen Zone sofort begünstigte²⁴.

Im übrigen hat die Überzeugung, daß der deutschen Industrie Entwicklungsmöglichkeiten bleiben müßten, viele deutsche Industriebetriebe vor der Demontage gerettet, sogar gegen direkte Interventionen amerikanischer Konkurrenzunternehmen. Amerikanische Textilproduzenten, Uhrenfabrikanten, Hersteller optischer Instrumente und sonstige Interessentengruppen unternahmen erhebliche Anstrengungen, deutsche Konkurrenten auf die Liste der Kriegsbetriebe und damit auf die Demontageliste setzen zu lassen. Hätten die

Militärregierung und die Administration in Washington andere und tatsächlich Morgenthauschen Ideen angenäherte Ziele gehabt, wäre solchen Anstrengungen der Erfolg vermutlich nicht versagt geblieben; so aber konnten sich die Interventionen im allgemeinen nicht gegen den Widerstand Clays durchsetzen²⁵.

Auch bei der steuernden Ermunterung des politischen Lebens folgten britische und amerikanische Besatzungsverwaltungen nahezu gleichen Prinzipien. Zwar haben die Amerikaner, den heimischen Traditionen folgend, zunächst den in ihrer – überwiegend in Süddeutschland gelegenen – Zone ohnehin kräftigen Föderalismus und die Exekutive begünstigt, die Briten dagegen den Zentralismus und die Entwicklung freier Institutionen der Gesellschaft wie Parteien, Gewerkschaften, Presse und Rundfunk. Aber dabei handelte es sich nur um kurzfristig unterschiedliche Prioritäten, im Ergebnis nur um Nuancen sekundärer Ordnung. In beiden Zonen entstanden und festigten sich, von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt, politische Strukturen, die vom angelsächsischen Liberalismus und Demokratieverständnis geprägt waren.

Die selbstverständliche Präferenz für eine den heimischen Zuständen verwandte Gesellschaftsstruktur hat in beiden Zonen – in denen im übrigen das alliierte Strafprogramm auf Grund seiner inneren Unmöglichkeiten wie auf Grund der Erfordernisse der Effizienz von Wirtschaft, Verwaltung und Justiz ein baldiges Ende nahm – auch deutschen gesellschaftspolitischen Reformbewegungen ein gleichartiges Schicksal bereitet. Dem in der deutschen Bevölkerung allenthalben lebendigen – wenngleich nicht mit größeren Energien ausgerüsteten – Wunsch nach zumindest partieller Sozialisierung der Produktionsmittel begegneten die meist konservativen britischen Besatzungsoffiziere kühl und oft ablehnend, obwohl oder vielleicht weil die im Sommer 1945 gewählte Labour-Regierung in Großbritannien gerade selbst ein Verstaatlichungsprogramm durchführte²⁶. Die Spitzenfunktionäre des amerikanischen Besatzungsapparats, die häufig der Leitung großer amerikanischer Industriebetriebe, Handelsunternehmen und Banken angehört hatten, ehe sie die Uniform eines Generals oder Colonels anzogen, waren erst recht nicht von Zweifeln an „free enterprise“ angekränkelt, zumal nach den gewaltigen Leistungen der US-Wirtschaft im eben zu Ende gegangenen Krieg. So haben sie, ohne die Propagierung

21 S. J. Gimbel (Anm. 17), S. 16.

22 Clay Papers (Anm. 20), S. 8.

23 Vgl. H. Graml (Anm. 2), S. 110ff.

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. J. Gimbel (Anm. 17), S. 50f.

26 Vgl. Rolf Steininger, Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der angloamerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: VfZ, 27 (1979) 2, S. 167–240; Günther J. Trittel, Die Bodenreform in der britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975.

sozialistischer Ziele zu unterdrücken, pragmatisch gegen jeden deutschen Anlauf zur Realisierung sozialistischer Programmpunkte Front gemacht²⁷.

Ergaben sich daraus schon zur französischen Zone leichte, wenn auch die Vereinigungsfähigkeit nie ernstlich in Frage stellende Unterschiede, so entstand vor allem ein tiefer Graben zur sowjetischen Besatzungszone. Angesichts der Funktionsunfähigkeit des Kontrollrats folgte die sowjetische Besatzungspolitik ebenfalls einfach der Tendenz, die Verhältnisse in ihrer Zone nach dem Vorbild der Zustände im eigenen Land zu formen²⁸. Schon 1945 wurde zum Beispiel eine Bodenreform eingeleitet, die den agrarischen Großgrundbesitz entschädigungslos enteignete, und weitere tiefe Eingriffe in das deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge schlossen sich bald an. So einseitige Aktionen in so entscheidenden Fragen standen in einem klaren Gegensatz zum Geiste des Potsdamer Einheitsgebots. Sie isolierten die sowjetische Zone bereits um die Jahreswende 1945/46 effektiver vom übrigen Deutschland als eine Staatsgrenze, wenngleich die Isolierung ihren Ausdruck schon früh auch darin fand, daß die westliche Grenze der Zone sowohl von den sowjetischen Besatzungsbehörden wie von ihren deutschen Hilfsorganen als schwer überschreitbare Grenze eines Staates mit feindlichen Nachbarn behandelt wurde.

Jedoch begnügten sich die sowjetischen Okkupanten nicht mit einer gesellschaftlichen Revolutionierung. Sie suchten auch das politische System in ihrer Zone dem sowjetischen Muster anzupassen. Bereits im April 1946 erzwangen sie die Vereinigung der SPD mit der politisch chancenlosen KPD, wobei sie dafür sorgten, daß in der so geschaffenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die einflußreichen Positionen von Kommunisten besetzt wurden, und dieser SED schoben sie dann, während sie die noch geduldeten bürgerlichen Parteien zu einer bloßen Statistenrolle verurteilten, alle politische Macht zu, die sie nicht selbst beanspruchten²⁹. Sie legten also das Fundament einer Einparteiendiktatur, und dies war mit dem Potsdamer Demokratisierungsauftrag natürlich nur dann vereinbar, wenn man den sowjetischen Demokra-

tiebegriff für richtig hielt; eine deutliche Majorität der deutschen Bevölkerung tat das nicht, sehnte sich vielmehr nach der Praktizierung des westlichen Demokratieverständnisses.

Mit der Oktroyierung eines weithin abgelehnten politischen Systems geriet die sowjetische Besatzungspolitik also nicht nur in einen schwer zu korrigierenden Gegensatz zu den Potsdamer Vereinbarungen, sondern in einen noch schwerer zu korrigierenden Gegensatz zur Bevölkerung der eigenen Zone und zur Bevölkerung der drei anderen Zonen. Die einzige Nutznießerin der sowjetischen Politik – die SED – geriet naturgemäß in den gleichen Gegensatz. Schon zu Beginn ihrer Existenz von der Sowjetunion abhängig, ist sie im Laufe der Jahre von ihr noch abhängiger geworden.

Konfrontation der Besatzungsmächte im Zeichen des Kalten Krieges: Spaltung Deutschlands in Ost und West

Die Rückkehr zu einer gemeinsamen Deutschland- und Besatzungspolitik war schon Mitte 1946 schwer vorstellbar; sie wurde unmöglich, als nun der globale Ost-West-Konflikt auch auf Deutschland übergriff. Zunächst lag Deutschland am Rande des Kalten Krieges. Die Schwierigkeiten des Kontrollrats bei der Schaffung deutscher Zentralbehörden und bei der Bewahrung der deutschen Wirtschaftseinheit gingen lange eindeutig auf das Konto Frankreichs. Die durch Frankreichs Haltung entscheidend mit verursachte Sonderentwicklung der einzelnen Zonen scheint sowohl von den sowjetischen wie von den amerikanisch-britischen Besatzungsbehörden – und offenbar auch von den Regierungen in Moskau, Washington und London – zunächst vor allem als Erschwerung der eigenen Wirtschaftspolitik in Deutschland registriert worden zu sein. Daß die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden die Struktur einer bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsstruktur fixierten und als energische Gärtner das Wachsen der Institutionen einer parlamentarischen Demokratie förderten, daß auf der anderen Seite die Sowjets eine sozialistische Gesellschaftsordnung begründeten und mit grober Gewalttätigkeit den Weg in eine SED-Diktatur bereiteten, ist auf beiden Seiten nicht sofort als ein von der jeweils anderen Seite bewußt gesteuerter Spaltungsprozeß verstanden worden.

So nahm zum Beispiel Clay die Zwangsvereinigung von KPD und SPD gelassen auf und erklärte

27 Vgl. Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1970.

28 Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984.

29 Vgl. Lucio Caracciolo, Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die „Einheit der Arbeiterklasse“, in: VfZ, 36 (1988) 2, S. 281–318; Reiner Pommerin, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Eine britische Analyse vom April 1946, in: VfZ, 36 (1988) 2, S. 319–338.

während einer Konferenz mit seinem Stab, solche Dinge in der SBZ gingen ihn nichts an, da laut Potsdam jeder Zonenbefehlshaber für seinen Bereich allein verantwortlich sei³⁰. Es dauerte bis zum 1. Juni 1946, ehe Clay die Beziehungen zu den Sowjets erstmals intern als problematisch erwähnte. Bezeichnenderweise hob er aber vor allem hervor, daß sich die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit zur Sowjetunion zu wandeln beginne; in Deutschland selbst glaubte er lediglich festgestellt zu haben, daß Vereinbarungen mit den Sowjets allmählich mühsamer zustande kämen, weshalb seine Mitarbeiter enge Kontakte zu ihren sowjetischen Partnern halten sollten³¹.

Es gab in Deutschland Streitpunkte genug – so in erster Linie das ständig Anlässe zu Reibereien bietende Reparationsproblem. Aber derartige Konflikte hielten sich ein Jahr lang im Rahmen von Spannungen, wie sie von Großmächten, die kaum durch gemeinsame Interessen verbunden sind, als normal empfunden werden. In diesem Zeitraum dürfte die Deutschlandfrage eher zur Verzögerung eines offenen Ausbruchs des Kalten Krieges beigetragen haben, da die Erinnerung an den gemeinsamen Sieg über Deutschland und die gemeinsame Aufgabe in Deutschland eine Weile noch als eine Art Kitt der zerfallenden Allianz wirkten. Der Kalte Krieg hatte seine Ursachen in Zusammenstößen der Großmächte im Iran und in China, vor allem jedoch in Stalins ebenso rüdem wie ungeiertem Bruch der in Jalta getroffenen Vereinbarungen über Ost- und Südosteuropa³². Stalin hatte in Jalta schriftlich zugesagt, beim Aufbau demokratischer Systeme im Staatengürtel von Polen bis Bulgarien das Mitspracherecht und die Mitwirkung der Westmächte zu respektieren; statt dessen ließ er einen Eisernen Vorhang herunterrasseln und verwandelte jenen Staatengürtel mit höchst brutalen Methoden in einen Teil des sowjetischen Imperiums.

Erst nachdem die Säure der dadurch provozierten Kontroversen den dünnen Vertrauensfirnis zerfressen hatte, der in den Kriegsjahren entstanden war, und auf beiden Seiten wieder die Vorstellung von der naturgegebenen Feindschaft zwischen Sowjetsystem und westlicher Gesellschaft dominierte, verwandelten sich auch die Querelen der Besatzungsmächte in Deutschland zu Bestandtei-

len des weltweiten Ost-West-Konflikts, und an eine gemeinsame Besatzungspolitik konnte nicht mehr ernstlich gedacht werden. Selbst die Spaltung des Landes war nun eine entschiedene Sache. Die verfeindeten Weltmächte waren jetzt nicht länger bereit, eine Vergrößerung der gegnerischen oder eine Verkleinerung der eigenen Einfluß- und Herrschaftszonen hinzunehmen, schon gar nicht in dem strategisch, wirtschaftlich und politisch so wichtigen Deutschland.

Bereits im März und April 1947 bewies das Fiasko einer Deutschland gewidmeten Außenministerkonferenz in Moskau, daß im Zeichen des Kalten Krieges nicht nur eine gemeinsame Besatzungspolitik unmöglich geworden war, sondern jede gemeinsame und die deutsche Einheit erhaltende Lösung der Deutschlandfrage, da eine solche Lösung Gesamtdeutschland erlauben mußte, sich über kurz oder lang einer der beiden Konfliktparteien anzuschließen. Folgerichtig hörte die bislang praktizierte regionalisierte Besatzungspolitik allmählich auf und wurde auf beiden Seiten der Elbe von Integrationspolitik abgelöst, also von dem Bemühen, das Besatzungsgebiet als wirtschaftlichen und politischen Partner zu gewinnen.

Die Anfänge dieser Integrationspolitik sind zu erkennen: Als der sowjetische Außenminister Molotow am 10. Juli 1946 auf einer Außenministerkonferenz in Paris eine Rede hielt, in der er eine an Morgenthau oder an den französischen Amputationsplänen orientierte Deutschlandpolitik scharf verurteilte und eine konstruktive Deutschlandpolitik forderte, als der amerikanische Außenminister James Byrnes am 6. September mit einer ähnlichen – in Stuttgart gehaltenen – Rede reagierte³³, da sprachen beide zwar noch von ganz Deutschland. Tatsächlich aber waren ihre Worte bereits Signale und erste Manöver einer auf die Deutschen des eigenen Machtbereichs berechneten Werbe- und Integrationspolitik. Als am 1. Januar 1947 der im Sommer 1946 gefaßte Beschluß zur Vereinigung der amerikanischen mit der britischen Besatzungszone in Kraft gesetzt wurde, kam in diesem Akt – der Gründung der Bizone – die ihrerseits wiederum entwicklungsbestimmende Überzeugung zum Ausdruck – die in Moskau schon etwas früher herrschend geworden war –, daß die Entstehung zweier vermutlich langlebiger deutscher Staaten unabwendbar geworden war³⁴.

30 Vgl. OMGUS staff conference, 16. 3. 1946, Archiv Institut für Zeitgeschichte, Fq 12.

31 Vgl. OMGUS staff conference, 1. 6. 1946, ebd.

32 Vgl. H. Graml (Anm. 2), S. 61 ff.

33 Vgl. John Gimbel, Byrnes' Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland, in: VfZ, 20 (1972) 1, S. 39–62.

34 Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.

„Preußen im Westen“

Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland

I. Die Rolle Nordrhein-Westfalens in der Geschichte der Bundesrepublik

Zu den Absichten der alliierten Siegermächte nach 1945 zählte die Zerschlagung Preußens. Preußen wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 förmlich aufgelöst. Gut ein halbes Jahr zuvor war aus Teilen der Erbmasse Preußens im Sommer 1946 in der britischen Besatzungszone das neue Land „Nordrhein-Westfalen“ gegründet worden. Das im Kern aus den beiden westlichen Provinzen Preußens, Rheinland und Westfalen, gebildete neue Land übernahm vom alten Preußen dessen Industriekapital an Rhein und Ruhr. Mit der Gründung Nordrhein-Westfalens verlagerte sich der Schwerpunkt des neuen Deutschland von der Spree an den Rhein – lange bevor es zur Gründung der Bundesrepublik und zur Festlegung Bonns als Regierungssitz kam.

Zentrale Fragen der späteren deutschen Innen- und Außenpolitik der Nachkriegszeit hatten ihren Ursprung in Nordrhein-Westfalen (NRW): Mit dem Protest gegen die Demontage der Fabrikanlagen durch die Alliierten seit 1947 verbanden sich die rudimentären Anfänge eines die neuen demokratischen Parteien übergreifenden „Nationalbewußtseins“. Die Einführung der Mitbestimmung in der Montanindustrie 1951 beseitigte die politische Macht der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr und beendete die Geschichte eines fast hundertjährigen Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern in Deutschland. Der Beitritt Deutschlands zur Montanunion 1952 ebnete den Weg in die Europäische Gemeinschaft, die heutige Europäische Union. Selbst in der parteipolitischen Entwicklung der Bundesrepublik sollte NRW eine zentrale Rolle spielen. Anfangs wurde das Land von der CDU Konrad Adenauers dominiert. Später, seit 1966, wurde es von einer sozialliberalen Koalition regiert, der Vorläuferin der sozialliberalen Koalition in Bonn von 1969. Schließlich kam es zur absoluten Mehrheit der SPD. Wegen der unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in Bund und Ländern wurde die SPD, die 1946 die Gründung des Landes NRW abgelehnt hatte, nicht zuletzt

über die Rolle des Landes im Bundesrat fast unwillig zu einer der Säulen des deutschen Föderalismus.

In dem Milieu dieses Landes waren zwei Persönlichkeiten verwurzelt, die mehr als manche andere das politische und intellektuelle Gesicht Deutschlands in der Nachkriegszeit prägten: der Politiker Konrad Adenauer und der Schriftsteller Heinrich Böll. Beide waren in Köln aufgewachsen. In ihrer antipreußischen Grundhaltung hatten sie vielleicht mehr gemeinsam, als sie sich selbst eingestanden. Beide, Adenauer wie Böll, wurden trotz oder wegen ihrer Gegensätzlichkeit gleichsam zu Leitfiguren für die deutsche Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. In ihrem Handeln, Reden und Schreiben wurde der Versuch sichtbar, ein neues Kapitel der deutschen Geschichte nach 1945 aufzuschlagen. Beide gehören aber zur Geschichte jenes scheinbar so geschichtslosen Landes, das 1946 unter dem Namen „Nordrhein-Westfalen“ gegründet wurde.

Sucht man in Werken zur britischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts nach Hinweisen auf die Gründung Nordrhein-Westfalens, so ist das Ergebnis negativ: Nirgendwo wird sie als eine bedeutende Leistung der britischen Außenpolitik der Nachkriegszeit erwähnt. Dieser Befund entspricht der Vernachlässigung derselben Tatsache in Werken über die deutsche Geschichte bei deutschen Historikern. Nordrhein-Westfalen war das größte und bevölkerungsstärkste Land der Bundesrepublik, und es blieb dies auch nach der deutschen Vereinigung 1990. Bis zu einem gewissen Grade übernahm das Land NRW jene Funktion für die Bundesrepublik, die das ehemalige Land Preußen für das Deutsche Reich gehabt hatte, und es beherbergte sogar die Bundeshauptstadt Bonn auf seinem Territorium, zumindest bis zum Beschluß des Bundestags von 1991 über den Wechsel der Hauptstadt von Bonn nach Berlin. Aber es besteht anscheinend ein allgemeiner Konsens unter Historikern, dieses Land unbeachtet zu lassen. 1946 neugeschaffen, war Nordrhein-Westfalen ein Neuankömmling unter den deutschen Ländern ohne den Reiz, den Ruhm, aber auch ohne die mögliche Problematik einer älteren Tradition, wie sie die Länder und früheren Königreiche Bayern, Würt-

temberg und Sachsen oder eben auch Preußen bis zu seiner förmlichen Auflösung 1946 vorweisen konnten.

Die Landesregierung von NRW und die im Landtag vertretenen Parteien waren sich dieses Mangels an historischer Landesidentität immer bewußt, und deshalb erinnerte man 1986 in Feiern an das Jubiläum der Gründung des Landes vor vierzig Jahren. Ein Nebenprodukt des Jubiläums war die Veröffentlichung einer Reihe von Büchern zur Landesgeschichte. Dazu zählte auch die Dokumentation über die Ruhrfrage und die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946, die auf der Grundlage von Forschungen in französischen, amerikanischen und vor allem britischen Archiven von Rolf Steininger erstellt wurde¹. Die meisten Quellen stammen aus dem britischen Public Record Office. Die Dokumentation enthält vor allem archivalisches Material über die britische Außenpolitik der Labour-Regierung unter Clement Attlee als Premierminister und Ernest Bevin als Staatssekretär des Auswärtigen. Ohne Großbritannien wäre Nordrhein-Westfalen nicht entstanden, und da das Land ein Modell für die spätere Gründung der Bundesrepublik wurde, wäre möglicherweise ohne die Gründung Nordrhein-Westfalens auch die Entwicklung der Bundesrepublik nicht so verlaufen, wie es tatsächlich geschah.

Das mangelnde Interesse der Historiker für die Anfänge Nordrhein-Westfalens im Rahmen der allgemeinen Geschichte mag damit zusammenhängen, daß Historiker – jedenfalls lange Zeit – mehr an den Ursprüngen der Kriege, besonders der beiden Weltkriege, interessiert waren. Diese geringe Beachtung der mühseligen Arbeit der Wiederherstellung einer friedlichen, demokratischen Wohlfahrts-gesellschaft mag vielleicht die erstaunliche Tatsache erklären, daß die Erfolgsgeschichte der Deutschlandpolitik der britischen Labour-Regierung während der entscheidenden Jahre unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geriet².

1 Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten, eingeleitet und bearbeitet von Rolf Steininger, (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Band 4), Düsseldorf 1988. Vgl. für die entsprechenden deutschen Dokumente zur Landesgründung: Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, eingeleitet und bearbeitet von Wolfgang Hölscher, (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Band 5), Düsseldorf 1988.

2 Zur britischen Labour-Regierung und zu den Biographien Attlees und Bevins vgl. Kenneth D. Morgan, *Labour in Power 1945–1951*, Oxford 1982; Kenneth Harris, *Attlee*, London 1982; Alan Bullock, *Ernest Bevin. Foreign Secretary*, Oxford 1985.

II. Der britische Entscheidungsprozeß

1. Die Entscheidung in Downing Street 10

Die endgültige Entscheidung für die Schaffung Nordrhein-Westfalens fiel auf einer Sitzung des „Overseas Reconstructions Committee“ (ORC), einem Ausschuß des britischen Kabinetts, unter dem Vorsitz Clement Attlees als Premierminister in Downing Street 10 am Freitag, den 21. Juni 1946. Die Argumente der vorhergegangenen Diskussion zusammenfassend hält das Protokoll fest: „Der Ausschuß stimmte darin überein, daß die größeren Vorzüge bei der Errichtung des vorgeschlagenen neuen Landes bei dem Vorschlag mit dem größeren Gebiet liegen, das die bisherigen Provinzen Westfalen und Nordrhein umfaßt.“³ Der Ausschuß folgte dabei nicht der Argumentation des Chefs des „German Control Office“ und Ministers, John Hynd, der sich für die Schaffung nicht eines großen Landes, sondern für die zweier kleinerer Länder ausgesprochen hatte. Hynds Opposition beruhte auf der Überlegung, daß von der größeren Lösung 60 Prozent der Bevölkerung der britischen Zone in Deutschland erfaßt würden und dadurch, wie er es formulierte, ein „Preußen im Westen“ entstehen könne. Als Labour-Politiker war Hynd besorgt, daß „Industrielle und Kapitalisten an der Ruhr künftig einen beherrschenden politischen Einfluß auf dieses große Land ausüben werden. Auch wenn die Industriellen ihre Macht verloren hätten, so könnten sie diese durch ihren Einfluß auf die Katholische Demokratische Partei zurückgewinnen.“⁴ Gemeint war die CDU, die in den beiden Provinzen die stärkste Partei war und deren Vorläuferin, die katholische Zentrumspar- tei, hier bereits in der Weimarer Zeit aktiv gewesen war, allerdings mit einem starken linken Flügel. Der Kabinettsausschuß war jedoch nicht bereit, Hynds parteipolitischer Argumentation zu folgen und die Entscheidung von vermeintlichen künftigen Wahlergebnissen abhängig zu machen. So gab schließlich das britische Kabinett seine volle Zustimmung für ein „Preußen im Westen“.

Dem britischen Kabinett war von den Spezialisten im Foreign Office wie in der Kontrollkommission

3 „The Committee . . . agreed that the balance of advantage lay on the side of establishing the proposed new Province with the larger area comprising the existing Westphalian and North Rhineland Province as proposed by the Foreign Secretary.“ R. Steininger (Anm. 1), Dokument 195, S. 899.

4 „The industrialists and capitalists would exercise a dominant political influence throughout this large province. For even though the industrialists had lost their power they might regain it through the influences of the Catholic Democratic Party.“ R. Steininger (Anm. 1), Dokument 195, S. 899.

in Berlin versichert worden, daß die Bevölkerung der beiden Provinzen mit großer Mehrheit die Lösung zugunsten des größeren Landes unterstütze. Die ablehnende Haltung Kurt Schumachers, des Führers der deutschen Sozialdemokratie, wurde erst einige Tage nach der endgültigen Entscheidung nach London übermittelt. Ernest Bevin hatte in seinem Memorandum zur Vorbereitung der Sitzung folgendermaßen argumentiert: „Die deutschen Gefühle und Traditionen sind ganz auf der Seite eines Landes, dessen Grenzen sich eng an die bestehenden provinziellen Grenzen anlehnen... Die demokratischen Kräfte in Deutschland, die Sozialisten und christlich-demokratischen Parteien, die zu unterstützen in unserem Interesse liegt, könnten dazu gebracht werden, eine Neuorganisation zu akzeptieren, die sich an die traditionellen Grenzen anlehnt, aber sie würden entschieden gegen die Schaffung einer neuen künstlichen Einheit Widerstand leisten.“⁵

2. Gemeinsame Furcht, aber getrennte Politik der Alliierten

Studiert man die Masse der Quellen, die in der Steinger-Dokumentation zusammengetragen sind, so zeigt sich, daß der Entscheidungsprozeß seit der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945 im wesentlichen von der Entwicklung der Vier-Mächte-Beziehungen zwischen Großbritannien, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Frankreich bestimmt wurde. Die Administration des besiegten und besetzten Deutschland führte zu wachsenden Differenzen zwischen den Kriegsalliierten und zu Mißtrauen gegenüber den jeweiligen Zielen und Absichten der anderen, obwohl diese Haltung paradoxerweise auf der allen gemeinsamen Furcht vor dem Wiedererstehen eines neuen, mächtigen, vereinigten Deutschland beruhte.

Dahinter stand die Erinnerung an die negativen Folgen des Versailler Vertrages und den nicht zuletzt damit zusammenhängenden Aufstieg Hitlers nach dem Ersten Weltkrieg. Alle vier Mächte stimmten darin überein, daß sich dieser Vorgang nicht wiederholen dürfe. Aber eben diese gemeinsame Furcht sollte auch die gemeinsame Grundlage zerstören, die die Mächte bisher verbunden hatte. Ihre gegenseitigen Beziehungen verschlechterten sich drastisch innerhalb eines Jahres. Selbst

5 „German feelings and traditions are all on the side of a province whose boundaries have a close relation to existing provincial boundaries and which have some historical backing... The democratic elements in Germany, the Socialist and Christian Democratic parties, which is in our interest to support, could be brought to accept a reorganization based on traditional boundaries but would strongly oppose the creation of a new artificial unit.“ R. Steinger (Anm. 1), Dokument 185, S. 874.

unter den westlichen Alliierten – beispielsweise zwischen Großbritannien und Frankreich – brachte die gemeinsame Furcht unterschiedliche politische Strategien, Ziele und Pläne hervor, und diese erwiesen sich letztlich als unvereinbar. So nahm selbst der Kalte Krieg seinen Ausgang wieder von Deutschland, wie bereits zuvor der Erste und der Zweite Weltkrieg, wenngleich diesmal ganz offensichtlich ohne eine aktive deutsche Mitwirkung.

3. Rückblick: Die britische Haltung gegenüber Deutschland im Zweiten Weltkrieg

Nach dem Scheitern der Appeasement-Politik Chamberlains war die Labour-Party 1940 unter anderem mit Clement Attlee und Ernest Bevin in das neugebildete Kabinett Churchill eingetreten. Der Patriotismus des Überlebens einte die Nation und die gegnerischen politischen Lager: „Die Briten waren bereit, für ihre Selbstbehauptung zu kämpfen, um eine destruktive, rücksichtslose und nihilistische Macht zu zerbrechen, bevor man selbst von ihr zerbrochen wurde.“ So faßt der englische Historiker Robert Blake die Motive zusammen, die die Briten gegen Hitler-Deutschland einte⁶. Die Regierung konzentrierte ihre Arbeit auf die Organisation aller Kräfte zur Niederwerfung Deutschlands. Überlegungen für die Behandlung Deutschlands nach dem Krieg, der ja noch nicht beendet war, wurden aus naheliegenden Gründen im britischen Kabinett kaum angestellt. Nicht einmal die auf der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 gegenüber Deutschland aufgestellte Kriegszielforderung des „unconditional surrender“ war im britischen Kabinett beraten worden⁷.

Trotz der enormen Machtkonzentration in der Regierung war Großbritannien kein totalitäres Land. Die Presse kommentierte weiter kritisch die Politik der Regierung, die sich den Debatten und Abstimmungen im Parlament zu stellen hatte und die Fortsetzung ihrer Politik durch Mehrheiten sichern mußte. Hier, in der öffentlichen Meinung, bereitete sich auch der Wechsel des politischen Meinungsklimas vor, der bei den ersten Nachkriegswahlen 1945 zur Abwahl Churchills und zum überraschenden Sieg der Labour-Party führte.

Die britische öffentliche Meinung während des Zweiten Weltkriegs, schreibt Michael Foot, sei bemerkenswert unberührt von jener grobschlächtigen „Anti-Hunnen“-Propaganda geblieben, die

6 Robert Blake, *The Decline of Power 1915–1964*, London 1985, S. 220f.

7 In einer Auseinandersetzung mit Churchill nach dem Krieg beklagte Ernest Bevin, daß Churchill das Kabinett wegen der Politik des „unconditional surrender“ nie befragt habe und daß diese Politik die Nachkriegsprobleme nur noch erschwert habe. Vgl. Michael Foot, *Aneurin Bevan. A Biography*, Bd. 1: 1897–1945, London 1962, S. 422.

während des Ersten Weltkriegs die öffentliche Meinung des Landes beherrschte⁸. Die Diskussion über die künftige Behandlung Deutschlands fand weniger in den Gremien und Organen der Regierung als in der Presse und im vopolitischen Raum statt. Dies erklärt teilweise, warum Vertreter des deutschen Widerstands praktisch keinen Zugang zu den Zentren der politischen Macht in London gefunden hatten, wohl aber Gehör im vopolitischen Raum⁹. So hatte der deutsche kirchliche Widerstand über Dietrich Bonhoeffer einen Fürsprecher in dem anglikanischen Bischof von Chichester, George Bell, der im britischen Oberhaus die Politik des „unconditional surrender“ und die Bombardierung deutscher Städte offen kritisierte¹⁰.

Der walisische Labour-Rebell Aneurin Bevan (Ernest Bevin), der nach 1945 dem Kabinett Attlee angehörte, lehnte während des Kriegs in der linkssozialistischen Zeitschrift „Tribune“ eine „rassistische“ Beurteilung der Deutschen sowie eine Kollektivschuld des deutschen Volkes ab¹¹. Es hatte – ähnlich wie in den USA um Henry Morgenthau – auch in Großbritannien um Lord Vansittart Stimmen gegeben, die eine radikale Abrechnung mit Deutschland nach dem Krieg verlangten. Aber sie spielten 1945 in den deutschlandpolitischen Plänen der britischen Regierung keine Rolle mehr. Sicherheitpolitische Überlegungen verdrängten bald den Gedanken an Vergeltung. Es folgte die Einsicht, daß ein wirtschaftlich daniederliegendes Deutschland für das gleichfalls wirtschaftlich geschwächte Großbritannien eine enorme Belastung sein würde.

Der Planungsstab für Wirtschaft und Industrie (EIPS) im Foreign Office hatte in einem Memorandum vom 2. September 1944 eine von den militärischen Stäben geforderte territoriale Zerstückelung Deutschlands abgelehnt, weil dies die Wirtschaftskraft Deutschlands lähmen werde. Im November 1944 legte das Foreign Office ein weiteres Memorandum vor, das unterstrich, daß eine Neuordnung der deutschen Verhältnisse nur mit Zustimmung der Deutschen selbst von Dauer sein könne, daß der Föderalismus den deutschen Tradi-

tionen am ehesten entspreche und er deshalb das beste Instrument zur politischen Umerziehung der Deutschen sei. In diesem Memorandum fand sich auch die Überlegung, Preußen aufzulösen und aus dessen Provinzen Teilstaaten zu bilden. Dabei tauchte bereits der Gedanke auf, aus den westlichen Provinzen Preußens ein neues Land „Rheinland-Westfalen“ zu schaffen¹².

III. Ernest Bevin und die Deutschlandpolitik der Labour-Regierung

1. Grundsätzliche Weichenstellungen

Die Entscheidung des britischen Kabinetts 1946 für Nordrhein-Westfalen enthielt in ihrer Konsequenz eine Entscheidung über die Zukunft des Ruhrgebiets und der Ruhrindustrie. Dabei war sich das britische Kabinett sehr wohl bewußt, daß die einseitig getroffene Entscheidung auch die Beziehungen zu den anderen Alliierten, besonders zu Rußland, berührte. Das Protokoll jener Sitzung des Kabinettsausschusses hielt fest, daß man sich darin einig sei, „daß in der Diskussion der Probleme Deutschlands mit den anderen Besatzungsmächten wir von uns aus nicht auf den Bruch des Potsdamer Abkommens oder auf eine Teilung Deutschlands entlang der Grenze der sowjetischen Zone hinarbeiten sollten. Wenn es zu einem Bruch kommen sollte, muß die Verantwortung dafür ganz eindeutig der sowjetischen Regierung zugeschoben werden.“¹³ Diese Richtlinie der britischen Außenpolitik gegenüber Rußland war von Ernest Bevin erarbeitet und formuliert worden. Daran hielt er sich in den kommenden Monaten und Jahren.

In seiner Biographie „Ernest Bevin. Foreign Secretary“ weist Alan Bullock auf die unterschiedlichen Tendenzen bei den internen Entscheidungsvorgängen in der britischen Außenpolitik hin, die schließlich 1946 zusammenliefen und zu der Einsicht führten, daß die Aufteilung Deutschlands in eine sowjetische Zone und in drei westliche Zonen dann ein dauerhafter Zustand werden könne, wenn der Wiederaufbau Deutschlands noch länger zugunsten einer fiktiven Einheit („for the sake of a fictitious unity“)¹⁴ hinausgezögert werde. Als er-

8 Vgl. ebd., S. 422.

9 Vgl. Klaus-Jürgen Müller/David N. Dilks (Hrsg.), Großbritannien und der deutsche Widerstand 1933–1944, Paderborn 1994.

10 Vgl. R. Blake (Anm. 6), S. 277; George Bell, *The Church and Humanity 1939–1946*, London 1946; Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse, München 1978, S. 824–835.

11 So Bevan in der Juni-Ausgabe 1943 der „Tribune“: „It is essential to grasp firmly the principle that men and women are more the creatures of their social institutions and their political machinery than they are of the bloodstreams and of their remote history.“ Zitat bei M. Foot (Anm. 7), S. 423.

12 Vgl. Lothar Kettenacker, Preußen in der alliierten Kriegsplanung 1939–1947, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für P. O. Kluge, hrsg. von Lothar Kettenacker, München 1981, S. 332 f. Ferner der Überblick „Planungen der Alliierten im Krieg“, in: R. Steininger (Anm. 1), S. 12–53.

13 Zit. bei R. Steininger (Anm. 1), Dokument 195, S. 900.

14 A. Bullock (Anm. 2), S. 267.

stes wurde ein ökonomisches Argument genannt: Deutschland sollte sich selbst versorgen können, so daß Großbritannien nicht länger gezwungen wäre, für dessen Unterhalt zu sorgen. Das zweite Argument war humanitärer Natur: Das deutsche Volk sollte nicht einem Zustand der Armut, des Hungers und der Hoffnungslosigkeit überlassen werden. Das Foreign Office unterstützte schließlich ein drittes Argument – das politische: Wenn sich die westlichen Mächte nicht ernsthaft für den Wiederaufbau ihrer Zonen entsprechend ihrem eigenen Modell einer liberalen Demokratie einsetzen würden – so wie es die Russen entsprechend ihrem eigenen Modell der östlichen kommunistischen Demokratie betrieben –, dann könnten die Deutschen zu der Einsicht gelangen, daß sie keinen Rückhalt durch den Westen hätten, und sich dem Demokratiemodell zuwenden, das vom Osten angeboten werde¹⁵.

Bei dieser Deutung wurde die Deutschlandpolitik zugleich zu einem Kampf für die deutsche Demokratie. Das veränderte die gesamte Szenerie und beschwor die Frage nach der deutschen Identität und Orientierung zwischen Ost und West herauf. Aus dieser Perspektive umschrieb die britische Entscheidung für Nordrhein-Westfalen nicht nur die Grenzen des neuen Landes und fand sie eine Lösung für die Kontrolle der industriellen Macht an der Ruhr – wobei dies natürlich von entscheidender Bedeutung war –, sondern die Tendenz dieser Lösung zielte darauf ab, das deutsche Volk mit einem demokratischen Bundesstaat, der in die westeuropäische Gesellschaft integriert sein sollte, zu versöhnen¹⁶. Es beeindruckt, in der Biographie Bullocks über Bevin nachzulesen, wie Bevin Schritt für Schritt seine eigenen Schlußfolgerungen zog, die aus der Erfahrung und der Konfrontation im Umgang mit den alliierten Mächten resultierten. Als erfahrener Gewerkschaftsführer war er sich bewußt, daß der erfolgreiche Wiederaufbau der Demokratie nicht allein von politischen Prinzipien, sondern auch von der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Wohlfahrt abhing. Die britische Einstellung gegenüber Deutschland im Jahre 1946 unterschied sich also grundlegend von der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg.

Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Vorstellung, daß Berlin das beherrschende Zentrum Deutschlands gewesen sei, muß man sich vor Augen halten, daß Berlin zweifellos die Hauptstadt war, aber das Zentrum der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands und Preußens die Schwerindustrie an der Ruhr bildete. Das Ruhrgebiet gehörte teils

zur preußischen Provinz Westfalen und teils zur preußischen Provinz Rheinland. 1945 war der südliche Teil der Provinz Rheinland mit den Regierungsbezirken Koblenz und Trier von dem nördlichen Teil abgetrennt und der französischen Besatzungszone zugewiesen worden. Der nördliche Teil der Provinz mit Bonn, Aachen, Köln, Düsseldorf und Essen gehörte zur britischen Zone, die weiterhin das gesamte nördliche Gebiet Deutschlands bis zur Nordsee und zur dänischen Grenze umfaßte. Nur Bremen und Bremerhaven als „US Port of Embarcation“ waren davon ausgenommen und der amerikanischen Zone zugewiesen worden.

Berlin war von der sowjetischen Zone umgeben; die Stadt war der Sitz des alliierten Kontrollrats und stand unter Vier-Mächte-Kontrolle. Gegen Ende des Krieges waren die östlichen Provinzen Preußens von den sowjetischen Truppen besetzt worden, ebenso das Zentrum Berlins und die östlichen Bezirke der Stadt Berlin. So mochte es scheinen, als sei der Kern der politischen Macht des jetzt geschlagenen Deutschland überwiegend in russische Hände gefallen. Aber mit der Ausnahme Sachsens und von Teilen Thüringens war die sowjetische Besatzungszone überwiegend agrarisch. Sowjetrußland hatte zwar mit Berlin das Machtzentrum des deutschen Nationalismus erobert, aber das Zentrum der wirtschaftlichen Macht und der materiellen Ressourcen – die Schwerindustrie an der Ruhr mit ihren Bergwerken, Stahlwerken und der Masse an Fabriken der Eisenindustrie – befand sich vollständig in britischen Händen.

Historisch gesehen waren die westlichen Provinzen Preußens, das Rheinland und Westfalen mit dem Ruhrgebiet, nicht ursprünglich preußisch, sondern sie gehörten erst seit 1815 zu Preußen, nachdem der Wiener Kongreß diese Regionen – zuvor überwiegend katholische Fürstbistümer, darunter Köln, Münster, Paderborn – Preußen zugeteilt hatte. Niemand in Wien hatte damals die geringste Vorstellung davon gehabt, daß das Ruhrgebiet in der Mitte zwischen beiden Provinzen die am stärksten industrialisierte und bevölkerungsreichste Region Preußens, Deutschlands, ja sogar Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden sollte.

2. Die Ruhrfrage

Als Bevin 1945 Außenminister wurde, erkannte er sofort die Bedeutung der Ruhr und die enormen Konsequenzen, die sich aus der Tatsache ableiten, daß das Ruhrgebiet unter britischer Besatzung stand. Das Potsdamer Abkommen sah allerdings vor, daß Deutschland als ökonomische Einheit behandelt werden sollte. In bezug auf die Reparationen wurde darin den Sowjets zugestanden, daß ih-

15 Vgl. ebd.

16 Vgl. Paul Johnson, *A History of the Modern World. From 1917 to the 1980s*, London 1983, S. 579 ff.

nen zehn Prozent der industriellen Kapazitäten in den westlichen Zonen zugänglich gemacht werden sollten, zusätzlich noch weitere 15 Prozent unter der Bedingung, daß dabei der entsprechende Gegenwert an landwirtschaftlichen, chemischen und forstwirtschaftlichen Produkten der östlichen Zone zum Austausch den westlichen Zonen zur Verfügung stehen würde.

Meinungsverschiedenheiten im Alliierten Kontrollrat in Berlin zu Beginn des Jahres 1946 über die Höhe des zukünftigen Industrieniveaus in Deutschland führten zu den ersten gravierenden Differenzen. Großbritannien sah sich isoliert, als es Plänen widersprach, die deutsche Stahlproduktion von 37 Millionen Tonnen im Jahre 1937 drastisch auf 4,6 Millionen zu reduzieren, wie es Rußland, oder auf 7 Millionen Tonnen, wie es Frankreich, oder auf 7,8 Millionen Tonnen, wie es die Vereinigten Staaten vorschlugen. Die Briten wollten eine Mindestproduktion von 9 Millionen garantieren. Die Sowjets argumentierten dagegen, daß sie kein Interesse daran hätten, die Militärmacht Deutschland wieder zu errichten. Steininger würdigt ausdrücklich in der Einleitung zu seiner Dokumentation die Haltung der Briten, ihren Widerstand gegen die einschneidenden Restriktionen. Sie befürchteten, daß diese Restriktionen zu einem Zusammenbruch der deutschen Industrie und als weitere Folge zu verstärkten Verpflichtungen Großbritanniens führen würden, um die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in ihrer Zone zu sichern. Alan Bullock bemerkt dazu: „The reason was not only the cost to Britain of a zone with the biggest concentration of heavy industry and the highest figure for unemployment, but Bevin's strongly held belief that there could be no European recovery without a major contribution from the Ruhr. The problem was how to make this compatible with the security against a revival of German military power.“¹⁷

Politisch noch ernsthafter als die Frage der Höhe des Industrieniveaus war das Problem, wie man mit der wirtschaftlichen und politischen Macht fertig werden sollte, die sich aus den Eigentumsverhältnissen in der Ruhrindustrie ergaben. Im Dezember 1945 waren die Bergwerke bereits der Kontrolle des britischen Militärbefehlshabers unterstellt worden. Deutsche Industrielle mußten sich den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg stellen. Rußland drängte auf eine Viermächtekontrolle der Ruhr entsprechend der Regelung für Berlin. Französische Politiker, die noch von dem Trauma des Ersten Weltkriegs beeinflusst waren, wollten ihre Sicherheitsprobleme durch die Schaffung eines autonomen Ruhrstaats, abgetrennt von Deutschland – etwa ähnlich der Regelung für Dan-

zig nach dem Ersten Weltkrieg –, lösen. Bei den Zusammenkünften im Rahmen der Serie von Konferenzen des Außenministerrats, die in Potsdam initiiert worden waren, wandte sich Molotow gegen die französischen Ruhrpläne. Byrnes nahm für die Vereinigten Staaten eine ähnliche Haltung ein, wenngleich in abgemilderter Form.

In der britischen Politik führte die Ruhrfrage zu intensiven Beratungen, in die die britischen Stellen der Kontrollkommission in Berlin, das Foreign Office, die militärischen Stäbe, das Kabinett und mehrere Kabinettsausschüsse einbezogen wurden. Das Ergebnis dieser internen britischen Debatte schien für längere Zeit ungewiß zu sein. Den ersten Entwurf hatte der „Economic and Industrial Planning Staff“ (EIPS) im September 1945 vorgelegt. Er sprach sich noch für die Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland aus¹⁸. Obwohl es geradezu faszinierend ist, die zahlreichen Vorschläge, Memoranden, Briefe, unterschiedlichen Entwürfe und die Kabinettsprotokolle zu lesen, ist es unmöglich, alle Einzelheiten dieses politischen Entscheidungsprozesses zu beschreiben. Er führte schließlich zu der Entscheidung zugunsten der Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen als eines der vier neuen Länder der britischen Zone. Das Land wurde im August 1946 durch einen förmlichen Akt gegründet. Das Ruhrgebiet wurde in das neue Land integriert und die Schwerindustrie unter die Kontrolle des britischen Militärbefehlshabers gestellt.

Die Schwerindustrie sollte auf dem Wege der Sozialisierung in deutsche Eignerschaft übertragen werden entsprechend dem Modell der von der Labour-Regierung herbeigeführten Nationalisierung der britischen Kohleindustrie, doch wurde dieser Plan nie eingelöst. Eine langfristige militärische Besetzung Nordrhein-Westfalens sollte die militärische Sicherheit garantieren. Als nächster Schritt sollte eine internationale Kontrollbehörde für die Ruhrindustrie geschaffen werden, an der auch die benachbarten westeuropäischen Staaten beteiligt werden sollten, von der die Sowjetunion jedoch ausdrücklich ausgeschlossen bleiben sollte. Diese Lösung sah die Integration des Ruhrgebiets in den Prozeß der Wiederherstellung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland vor und basierte auf der Vorstellung des Wiederaufbaus Deutschlands als eines künftigen Bundesstaats in enger Verbindung mit der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Westeuropas.

Die Einbindung der Lösung der Ruhrfrage in die Schaffung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen stellte zweifellos eine Herausforderung an die Ab-

17 A. Bullock (Anm. 2), S. 266.

18 Vgl. R. Steininger (Anm. 1), Dokument 11, S. 320–328.

sichten der sowjetischen Deutschlandpolitik dar, wengleich die Deutung der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 als einer der ersten Akte der Politik des Antikommunismus zu Beginn des Kalten Krieges zweifellos überzogen ist¹⁹. Es ist wohl wahr, daß die ersten Anzeichen des Mißtrauens, das Bevin der sowjetischen Haltung entgegenbrachte, auf seine erste Begegnung mit Stalin und Molotow in Potsdam zurückgehen. Auch hatte die Labour Party anfangs keine geringen Schwierigkeiten, Bevins Politik gegenüber der Sowjetunion und seinem Programm, die Russen von der Ruhr fernzuhalten, innerlich zu folgen. Bevin zog eine pragmatische der ideologisch motivierten Politik vor, und er vermied sorgfältig eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion. Man kann sogar bezweifeln, ob Molotow und dessen Kollegen die Konsequenzen der britischen Lösung der Ruhrfrage und die damit verbundene Schaffung eines „neuen Preußens im Westen“, wie John Hynd es formuliert hatte, wirklich realisierten. Obwohl im Zuge der Außenministerkonferenz in Paris im Juli 1946 ständig Zusammenkünfte stattfanden²⁰, vermied es Bevin sorgfältig, den Punkt Nordrhein-Westfalen überhaupt auf die Tagesordnung der Beratungen kommen zu lassen.

Bei diesen Beratungen griff Bevin die Russen ständig an, weil sie den Zugang zu ihrer eigenen Zone verweigerten und den Transfer von Gütern in die westlichen Zonen verböten. Er zog daraus die Folgerung, daß unter diesen Bedingungen Großbritannien gezwungen wäre, seine eigene Verantwortung für seine Zone auszuüben und es deshalb eigene Lösungen vorbereiten müsse. Als Molotow sich in seiner berühmten Rede in Paris am 10. Juli 1946 für eine Politik der deutschen Wiedervereinigung aussprach und die westlichen Alliierten davor warnte, Deutschland in verschiedene autonome Staaten zu zerstückeln und die Ruhr von Deutschland zu trennen, wurde diese Rede als eine Herausforderung empfunden, aber es war zu spät. Das britische Kabinett hatte seine endgültige Entscheidung für die Ruhr bereits drei Wochen zuvor getroffen, und eine Woche später wurden die Vorsitzenden von SPD und CDU, Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, in Berlin von den geplanten Maßnahmen für das Rheinland und Westfalen unterrichtet.

Durch ihre rigorosen politischen Maßnahmen in der Ostzone hatten die Sowjets tatsächlich den britischen Entscheidungsprozeß vorangetrieben. Die britischen Offiziellen in Berlin waren höchst alarmiert, als sie die politischen Aktivitäten der sowje-

tischen Behörden in Berlin und in der Ostzone beobachteten, die u. a. zu der Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) führten. Die britischen Vertreter hatten direkten Kontakt mit Sozialdemokraten, die die britischen Behörden in Berlin aufsuchten und um Unterstützung bei ihrem Kampf gegen die Zwangsvereinigung der beiden Parteien baten. Angehörige der britischen Behörden unterstützten die antikommunistische Linie des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher.

Die Erfahrungen mit dem Alltag kommunistischer Praxis bestärkten die Briten in ihrer Überzeugung zugunsten einer starken, soliden Lösung für die Ruhr. Das Ruhrgebiet sollte nicht eine Bastion der Kommunisten werden. Es sollte in das überwiegend agrarische und katholische Hinterland des Rheinlands und Westfalens eingebettet werden. Dieser Vorschlag wurde von dem Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz in Düsseldorf, Robert Lehr, unterstützt²¹. Auch er sprach sich für die größere Lösung aus, die eine bessere Finanzkraft und langfristig mehr Wohlstand versprach.

Sowjetische Widerstände waren nicht das einzige Hindernis, das die Briten zu überwinden hatten. Es gab ein anderes, eher delikates Problem, das mit der französischen Politik verbunden war, die eine Abtrennung der Ruhr von Deutschland verlangte. Die französischen Forderungen fanden eine kräftige Unterstützung durch Duff Cooper, den britischen Botschafter in Paris, der für seine Opposition gegen die Appeasement-Politik der dreißiger Jahre hoch angesehen war. In mehreren Memoranden plädierte er für den französischen Vorschlag der Abtrennung der Ruhr²².

Die Unterlagen, die dem Kabinettsausschuß für die Beschlußvorbereitung am 21. Juni vorgelegt wurden, enthielten ein Memorandum Bevins, das sich detailliert mit Coopers Argumenten befaßte und sie verwarf²³. Gegenüber den französischen Erwartungen faßte der Staatssekretär zusammen: Es sei unmöglich, diese Frage ohne Bezug zu dem verheerenden Ruhrexperiment von 1923 zu behandeln, als die Franzosen versuchten, Pläne durchzusetzen, die ihren heutigen ähnlich seien und die aus denselben Gründen wie damals vorgebracht würden. Jenes Experiment verzögerte die Erholung nach dem letzten Krieg, löste die große inflationäre Welle von 1923 bis 1925 aus, erstickte die

19 Vgl. die entsprechende Deutung R. Steiningers in der Einführung zu der Dokumentation (Anm. 1).

20 Vgl. A. Bullock (Anm. 2), S. 259.

21 Vgl. R. Steininger (Anm. 1), Dokumente 148, S. 745–747, und 171 b, S. 821.

22 Vgl. das Memorandum Coopers vom 29. 5. 1946 (R. Steininger [Anm. 1], Dokument 175, S. 836–844).

23 Vgl. Bevins Memorandum vom 13. 6. 1946 (R. Steininger, ebd., Dokument 188, S. 883–887).

junge Republik von Weimar und bereitete so den Weg für den Nationalsozialismus vor²⁴.

Bevins Erklärung zeigt, daß er sich des historischen Bezugsrahmens bewußt war, in dem sich die britische Strategie gegenüber Deutschland und Europa bewegte. Als eine der größeren Besatzungsmächte in Deutschland übernahm Großbritannien die Führung bei der Wiederherstellung der Struktur für ein künftiges demokratisches Deutschland. Der französische Alliierte, belastet durch die Verwicklungen seiner eigenen Innenpolitik nach dem Krieg, wurde respektvoll und freundlich behandelt, aber die britische Außenpolitik vermied es strikt, sich in den Fallen der nationalen französischen Gefühlslage der Nachkriegszeit fangen zu lassen.

Ebensowenig ging Großbritanniens Labour-Außenminister in der Falle eines sentimental sozialistischen Nationalismus fangen, den die sowjetische Politik vertrat. Am 2. Juli sandte Bevin von Paris aus ein Telegramm an das Foreign Office, das ganz klar seine Entschlossenheit deutlich machte, die unmittelbaren Pläne für Deutschland einzulösen und dabei die Alliierten von jeder Mitwirkung bei den geplanten Maßnahmen auszuschließen: „Ich habe mit General Robertson“ – dem britischen stellvertretenden Militärgouverneur für Deutschland – „die Bekanntmachung unserer Pläne besprochen. Ich habe nicht vor, irgendeine förmliche Ankündigung hier zu machen, da dadurch der Eindruck erweckt werden könnte, als hätten die anderen Mächte das Recht, zuvor befragt zu werden. Aber es mag wünschenswert sein, an irgendeinem Punkt während der Diskussionen beiläufig unsere Absicht zu erwähnen, das neue Land“ – also Nordrhein-Westfalen – „jetzt sofort zu gründen.“²⁵

Die Zeit der Unentschiedenheit war vorbei. Am 11. Juli 1946 fragte Bevin Molotow in Paris direkt, ob Rußland bereit sei, an der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft mitzuwirken und ein gemeinsames Export-Import-Programm durchzuführen.

24 „Finally, it is impossible to consider this question without reference to the disastrous Ruhr experiment of 1923, when the French tried to put into operation similar plans to those which they have now put forward and for the same reasons. This experiment retarded the recovery of Europe after the last war, precipitated the great inflationary wave of 1923–25 and stifled the infant Republic of Weimar and so contributed to paving the way for National Socialism. That fact that the French forget this experiment in their present arguments is yet another proof, that, as a result of their experiences at the hands of the Germans, they are unable to view this question in a balanced and objective manner. Because we sympathise with sufferings there is no reason why we should adopt the distorted view which results from them.“ R. Steininger, ebd., Dokument 188, S. 887.

25 R. Steininger, ebd., Dokument 205, S. 915.

ren. Als Molotow ablehnte, kündigte Bevin an, daß die Briten ihr eigenes Programm einleiten würden. Sie könnten „nicht länger Dollar leihen, um Waren für Deutschland zu importieren“²⁶.

In Paris wurde Bevin von dem amerikanischen Außenminister Byrnes unterstützt, der eine künftige britisch-amerikanische Zusammenarbeit für ihre jeweiligen Zonen ankündigte. Der Stillstand der Wiederaufbaupolitik der Alliierten schien zu einem Ende gekommen zu sein. Die treibende Kraft dabei war Großbritannien gewesen.

IV. Haltung und Reaktion deutscher Politiker

Sehr viel Rücksicht auf die Vorstellungen der deutschen Politiker über das neu zu schaffende Land hatte man allerdings nicht genommen. Es war lediglich ein Akt der Höflichkeit gewesen, wenn die beiden führenden Repräsentanten der beiden großen deutschen Parteien, Schumacher für die SPD und Adenauer für die CDU, vorab am 15. Juli 1946 in Berlin von General Robertson über die britische Entscheidung zur Schaffung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen informiert wurden, bevor diese durch die Presse am 17. Juli offiziell bekanntgegeben wurde²⁷. Der Historiker und frühere Mitarbeiter der britischen Kontrollkommission in Berlin, Noel Annan, hat anschaulich beschrieben, wie beide Politiker, die er damals als junger britischer Offizier begleitete, von einem Militärflughafen in Westfalen nach Berlin eingeflogen wurden. Während der gesamten Reise, im Flugzeug wie im Wagen, sprachen die beiden führenden Parteipolitiker der Nachkriegszeit kein Wort miteinander²⁸.

Natürlich hatten die Kommunal- und Landespolitiker in den Provinzen Rheinland und Westfalen, auch die Politiker der Parteien, von den britischen Plänen gewußt. Es hatte eine Reihe von Eingaben und Vorschlägen gegeben, so eine des Münsteraner Oberbürgermeisters Zuhorn, eine des Kölner

26 A. Bullock (Anm. 2), S. 184.

27 Die Hannoversche Presse berichtete am 17. Juli 1946 als erste deutsche Zeitung von der bevorstehenden Gründung eines neuen Landes mit dem Namen „Nordrhein-Westfalen“ durch die Briten.

28 „I watched the two men to see how they would greet one another. In Britain the leaders of the two opposing parties would probably not have liked each other, but they would have exchanged civilities. Throughout the journey whether in the aircraft or in the car, neither spoke a word to the other.“ Noel Annan, How Dr. Adenauer rose resilient from the ruins of Germany, in: The 1982 Bithell Memorial Lecture, London 1983, S. 19.

Oberbürgermeisters Pünder und die Eingabe des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, die der endgültigen britischen Entscheidung am nächsten kam. Es gab Einwände dagegen, lediglich den nördlichen (von den Briten besetzten) Teil der Provinz Rheinland, also „Nordrhein“ ohne den Regierungsbezirk Koblenz, in das neue Land einzubringen. Aber die deutschen Vorschläge waren in sich widersprüchlich und zudem mit lokalen, regionalen und parteipolitischen Interessen unlösbar verquickt. Zu einer einheitlichen Meinungsbildung unter den deutschen Politikern und zu einem entsprechenden mehrheitsfähigen Vorschlag ist es nie gekommen.

In Berlin stimmte Adenauer dem britischen Vorschlag zur Gründung des Landes NRW, der weitgehend seinen eigenen Vorstellungen entsprach, zu. Schumacher lehnte ihn ab, doch äußerte er sich anschließend in der Presse zurückhaltend: Außenpolitisch sei die Neugründung des Landes zu begrüßen, weil dadurch den Plänen zur Abtrennung des Ruhrgebiets ein Riegel vorgeschoben werde. Die innenpolitischen Folgen seien jedoch komplizierter und gefährlich. Ein solches „Riesenland“ sei für Deutschland viel zu groß²⁹. Vor dem Zonenausschuß der CDU berichtete Adenauer am 1. August über die Mitteilung General Robertsons. Er kommentierte die britischen Pläne: „Dieses Land Nordrhein-Westfalen ist ein Land in den drei westlichen Zonen, das die größte Einwohnerzahl haben wird und dazu ein sehr großes wirtschaftliches Schwergewicht, in dem auch aller Wahrscheinlichkeit nach die CDU die Mehrheit haben wird. Diese letztere Tatsache hat offenbar Herrn Schumacher und seine Parteifreunde dazu bewogen, die nationalen Gesichtspunkte, die hier in erster Linie meines Erachtens maßgebend sein müssen, zurückzustellen und die parteipolitischen Gesichtspunkte an die erste Stelle zu rücken.“³⁰

Eine Verordnung der britischen Kontrollkommission setzte am 23. August die Gründung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft. Zum gleichen Datum wurden in der britischen Zone die Länder Schleswig-Holstein und Hannover (Niedersachsen) gebildet. Ende August wurde von den britischen Behörden das Kabinett der Landesregierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Amelunxen, dem bisherigen Oberpräsidenten von Westfalen in Münster, ernannt. Die CDU fühlte sich durch überfahren, lehnte eine Regierungsbeziehung zunächst ab und trat erst einige Monate

später in das Kabinett ein. Am 2. Oktober trat der gleichfalls von den Briten ernannte 200köpfige Landtag in der neuen Landeshauptstadt Düsseldorf zusammen. Im Februar 1947 fanden die ersten Landtagswahlen statt, bei denen die CDU – wie zuvor bereits bei den Kommunalwahlen – die stärkste Partei des Landes wurde. Der daraufhin gebildeten Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Arnold (CDU) gehörten die CDU, die SPD und die KPD an³¹. Die Verschärfung der innerdeutschen Ost-West-Spannungen führte im Februar 1948 zum Ausscheiden der KPD aus der Landesregierung.

V. Exkurs: Großbritannien und Deutschland

Es seien hier noch einige Bemerkungen eingefügt, die das Geschehen des unmittelbaren politischen Entscheidungsprozesses von 1946 übergreifen, indem sie einige tieferliegende Bezüge der deutschen und europäischen Geschichte einbeziehen. In der Bithel Memorial Lecture von 1982 erwähnte Lord Annan ein Gespräch, das er im Dezember 1945 mit Konrad Adenauer in dessen Haus in Rhöndorf geführt hatte. Man diskutierte über die deutsche und europäische Vergangenheit, und Adenauer fragte Annan, ob er wisse, welches der größte Fehler gewesen sei, den die Engländer jemals in ihren Beziehungen zu Deutschland gemacht hätten. Adenauer gab die Antwort selbst: „Es war der Wiener Kongreß, als Sie so törichterweise Preußen an den Rhein gebracht haben als Sicherung gegen Frankreich und gegen einen neuen Napoleon.“³² Die Antwort erscheint als ein etwas seltsamer Kommentar zu dem Gang der Geschichte der deutsch-britischen Beziehungen und als ein Schritt in die Utopie alternativer Geschichte.

Manche deutschen Historiker neigten bzw. neigen dazu, den Gang der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert zum Guten oder zum Schlechten als eine jeweils in sich geschlossene Entwick-

31 Mitglieder des damaligen Kabinetts Arnold waren auch die späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke und Gustav Heinemann, beide CDU. Heinemann, Bundesinnenminister im ersten Kabinett Adenauer, wurde in den fünfziger Jahren ein entschiedener Gegner der Deutschlandpolitik Adenauers. Er trat aus der CDU aus, gründete die „Gesamtdeutsche Volkspartei“, deren mehrheitlich protestantische Anhänger sich nach dem Scheitern dieses parteipolitischen Experiments zum großen Teil der SPD anschlossen, darunter auch Johannes Rau, seit 1978 Ministerpräsident von NRW.

32 N. Annan (Anm. 28), S. 12. Zu Noel Annans späterer Rolle im intellektuellen Leben Englands vgl. seine Erinnerungen: Noel Annan, *Our Age. The Generation That Made Post-war Britain*, London 1990.

29 Vgl. W. Hölscher (Anm. 1), S. 86f. Die zahlreichen lokalen und regionalen Stellungnahmen vor und nach der Entscheidung über die Gründung des neuen Landes NRW werden in dem Quellenband von Wolfgang Hölscher ausführlich dokumentiert.

30 Zitat bei: R. Steininger (Anm. 1), Einleitung, S. 201.

lung zu beschreiben. Die „deutschnationale“ und die „nationalliberale“ Version der Historiographie bis 1933 lieferte eine positive Interpretation der deutschen Geschichte im nationalistischen Sinne. Die nachfolgende Historikergeneration, die gegen die Vorgänger rebellierte, insbesondere die Historiker der „sozialliberalen“ Version seit den sechziger Jahren, interpretierten die deutsche Geschichte prinzipiell negativ: eine Nationalgeschichte, die ihre Höhepunkte nicht im gesellschaftlichen Fortschritt und in liberalen Errungenschaften, sondern in Regression und politischem Desaster fand – den beiden Weltkriegen und dem Nationalsozialismus.

Vorwiegend angelsächsische Historiker kritisieren dagegen eine solche geschlossene und „lineare“ Version der deutschen Geschichte mit ihren Vereinfachungen³³. Positive Trends der deutschen Geschichte, die nicht in das Klischee einer allein von „Preußen“ dominierten Geschichte fallen, zeichnen für das Rheinland und Westfalen Margaret Andersons Biographie Ludwig Windthorst³⁴, des Führers der Partei des katholischen Zentrums und parlamentarischen Gegenspielers Bismarcks, sowie die neueren Studien von Jonathan Sperber über „Popular Catholicism in Nineteenth Century Germany“³⁵ sowie über „The Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849“³⁶. Ein lebendiges biographisches Bild der Komplexität der deutschen Geschichte zeich-

33 David Blackbourn und Geoff Eley äußerten ihre Kritik in einem Essay über den sogenannten „Sonderweg“ der deutschen Geschichte (Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1980). Eine „breitere“, angelsächsische Version der deutschen Geschichte findet sich beispielsweise in den Werken von Gordon Craig, William Carr, James Joll, Norman Stone, James Sheehan und in weiteren Spezialstudien, darunter Klaus Epstein's Biographie des katholischen Zentrumspolitikers Matthias Erzberger, der den christlichen Gewerkschaften und dem einflußreichen „Volksverein für das katholische Deutschland“ in Mönchengladbach nahestand und der am Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Demokratie zum Begründer der politischen Tradition der Christlichen Demokratie in Deutschland wurde. (Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt 1976².) Gegen eine allzu lineare Sicht der deutschen Geschichte wendet sich auch Mary Fulbrook, A Concise History of Germany, Cambridge 1991.

34 Margaret L. Anderson, Windthorst. A Political Biography, Oxford 1981 (deutsch: Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1991).

35 Princeton 1984. Die Untersuchung bezieht sich ausschließlich auf die Regionen Rheinland und Westfalen, also auf die geschichtlichen Kernregionen des heutigen Nordrhein-Westfalen im 19. Jahrhundert.

36 Princeton 1991. Zu dem historisch-politischen Hintergrund Nordrhein-Westfalens im 19. Jahrhundert vgl. die Beiträge über „Liberalismus“, „Zentrum“, „Kirchen, Gesellschaft und Staat“, „katholische Kirche“, „Kulturkampf“, „Presse“, „Literatur“, „Preußen“, „Landstände und Landtage“, „Bevölkerung“, „Kölner Dom“, „Karneval“ und „Lan-

net Gordon A. Craig in seinem Buch „Das Ende Preußens. Acht Porträts“³⁷.

VI. Preußen im Westen: Rheinland und Westfalen

Nach 1848 entstanden in den beiden westlichen Provinzen Preußens Bastionen der Linksliberalen („Fortschrittspartei“) und der katholisch-demokratischen Bewegung – zwei politische Gruppierungen, die sich nur widerstrebend in das preußische System bis 1914 integrieren ließen. Die Wurzeln der modernen deutschen Demokratie lassen sich bis in die liberalen und katholischen Bewegungen in West- und Süddeutschland des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gehört dazu auch die Sozialdemokratie mit ihren Hochburgen in den großen Städten, im Ruhrgebiet, in den Industrieregionen Sachsens, Thüringens, Berlin-Brandenburgs und Braunschweig-Hannovers.

Obwohl es Preußen gelang, sich in einer Art Kohabitation mit der überwiegend katholischen Bevölkerung im Westen einzurichten, so hielt sich im rheinisch-westfälischen Katholizismus doch ein latenter Dissens gegenüber der protestantischen Hohenzollernmonarchie bis in den Herbst 1918, dem Beginn der Novemberrevolution und der Weimarer Demokratie. Der aus Westfalen stammende Bischof von Mainz, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, der den deutschen Katholizismus behutsam dazu brachte, die Bismarcksche Reichsgründung von 1871 und die „kleindeutsche“ Lösung der deutschen Einigung zu akzeptieren, hatte noch 1866 vor dem „Borussianismus“, der Doktrin von Preußens Sendung in die Welt, gewarnt³⁸.

desbewußtsein“ in: Anselm Faust/Norbert Andernach/Dieter Lück, Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, Düsseldorf 1993.

37 München 1985. Hier werden in Form von „Parallelbiographien“ Persönlichkeiten der preußischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vorgestellt: vom Stein und von der Marwitz, Bettina von Arnim und Bismarck, der Romanautor Theodor Fontane und Kaiser Wilhelm II.; für die Weimarer Republik die beiden Porträts des sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und des Zentrumspolitikers und Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer. Gerade die Skizzen der beiden letztgenannten Weimarer Politiker erinnern daran, daß es außer einem „Junker-Preußen“ auch ein demokratisches Preußen gab. Vgl. Francis L. Carsten, Geschichte der preußischen Junker, Frankfurt am Main 1988.

38 „Es ist eine wahre Torheit, zu glauben, daß vor einem solchen doktrinären Hirngespinnst vom Weltberuf die ganze Welt stehenbleibt, und sich willenlos angliedern lassen werde. Je aufrichtiger wir das Beste Preußens wollen, desto mehr können wir in solchen Richtungen nur die Wege zum

Jene kritische Äußerung Adenauers über Preußen gegenüber dem jungen Noel Annan ist in diesem historischen Kontext zu sehen.

Sicherlich standen die häufig protestantischen „Ruhrbarone“ wie Krupp, Stinnes, Hugenberg, Thyssen, Vögler und andere bis 1918 meist in einem vertrauten Verhältnis zur preußischen Monarchie, und sie unterstützten nach 1918 die Parteien der Rechten. Albert Vögler, der Leiter der Vereinigten Stahlwerke – Europas größtem Stahlgiganten – in den zwanziger und dreißiger Jahren, der im Reichstag Abgeordneter der Deutschen Volkspartei (DVP) war, wurde nach 1933 nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter.

Aber die Mehrheit der Bevölkerung des Rheinlands und Westfalens wählte bis 1933 katholisch – das Zentrum –, liberal, sozialdemokratisch oder kommunistisch. Nach 1918 waren Rheinland und Westfalen, das „Preußen im Westen“ der Weimarer Zeit, Stützpunkte der Demokratie, sicherlich mehr als andere deutsche Regionen. Nicht nur Adenauer, sondern auch sein literarischer Widerpart und Kölner Mitbürger, der Schriftsteller Heinrich Böll, stehen für diese westlich orientierte Tradition der politischen Kultur in Deutschland und Preußen. Und wenn man sich an die erregten Debatten des Bundestags im Juni 1991 vor der Abstimmung über die künftige Hauptstadt – Berlin oder Bonn – erinnert, so fanden sich unter den vorgelegten Argumenten manche Stimmungen und Gefühle, die in eben diesen unterschiedlichen politischen Traditionen in Deutschland wurzelten.

Auch ein Blick in die bewegte Geschichte der Ruhrindustrie, die nicht nur Wirtschaftsgeschichte, sondern auch Sozialgeschichte und politische Geschichte war, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts begann und deren Dramatik mit der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes für die Kohle- und Stahlindustrie 1951 einen gewissen Abschluß fand, vergegenwärtigt die geschichtlichen Dimensionen des heutigen Nordrhein-Westfalens. Das Mitbestimmungsgesetz beendete die politische Macht der Schwerindustrie, die für fast ein Jahrhundert in Deutschland vorherrschend gewesen war. Das Gesetz über die Mitbestimmung wurde gemeinsam von den Christlichen Demokraten und von den Sozialdemokraten verabschiedet³⁹.

Verderben sehen.“ Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Deutschland nach dem Kriege von 1866, in: J. Mumbauer, Wilhelm Emmanuel von Ketteler's Schriften, München 1911, S. 67. Vgl. Wilhelm Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1992², S. 88–93.

³⁹ Vgl. Wilhelm Ribhegge, Schwerindustrie, Gewerkschaften und Politik an der Ruhr im 19. und 20. Jahrhundert, in: ders., Europa – Nation – Region. Perspektiven der Stadt- und Regionalgeschichte, Darmstadt 1991, S. 147–206.

In einem gewissen Sinn war die Mitbestimmung jene Realisierung der innenpolitischen Lösung der „Ruhrfrage“, die Bevin's Nachkriegspolitik 1946 initiiert hatte. Die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht der Schwerindustrie durch die Einführung der Mitbestimmung war die demokratische Antwort auf die „Ruhrfrage“ auf dem weiteren Feld der Innenpolitik.

Der Abschluß des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Montanunion“) kurz darauf – er wurde am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet und trat im Juli 1952 in Kraft – war jene internationale Lösung der „Ruhrfrage“, um die man sich seit Kriegsende bemüht hatte. Zu dieser Zeit hatte sich Großbritannien allerdings bereits von seinem kontinentalen Engagement der Nachkriegszeit zurückgezogen, so daß dieses Abkommen lediglich zwischen der neugeschaffenen Bundesrepublik Deutschland und den unmittelbar benachbarten Staaten – Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg – abgeschlossen wurde⁴⁰.

Die spätere Entwicklung seit den fünfziger Jahren hat zum Teil die Erinnerung an die Tatsache verdeckt, daß die Gründung Nordrhein-Westfalens ein Markstein in der Neuorientierung der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg war⁴¹. Natürlich gab es Animositäten zwischen der britischen regionalen Militärregierung und der deutschen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Es gab erregte Debatten über die Frage der beabsichtigten Demontage der deutschen Fabriken und einen einhelligen Protest des Landtags in Düsseldorf gegen die vorgeschlagene Liste der Industrierwerke, die zur Demontage anstanden. Einige Redner in dieser Landtagsdebatte fühlten sich verpflichtet, der Besatzungsmacht eine Lektion in Sachen Demokratie zu erteilen, unter ihnen Konrad Adenauer, damals der Führer der CDU-Fraktion im Landtag⁴².

Im allgemeinen waren die deutsch-britischen Beziehungen in Nordrhein-Westfalen während der Besatzungszeit weniger freundlich als in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, den übrigen Ländern der britischen Zone. Aber es ist offenkundig, daß die britische Verfassungstradi-

⁴⁰ Vgl. John Gillingham, Coal, Steel and the Rebirth of Europe 1945–1955: The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge 1991; Ursula Rombeck-Jaschinski, Nordrhein-Westfalen, die Ruhr und Europa. Föderalismus und Europapolitik 1945–1955, Essen 1990.

⁴¹ Vgl. Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973.

⁴² Vgl. Stenographische Berichte über die 27. Sitzung des Landtags NRW am 29. Oktober 1947, S. 23.

tion die Wiedererrichtung der Demokratie in Westdeutschland beeinflusste. Die örtliche Selbstverwaltung in der britischen Zone wurde in Anlehnung an das Modell der britischen kommunalen Demokratie und Selbstverwaltung reorganisiert, indem streng zwischen den Kompetenzen lokaler Beamter der Verwaltung und den Kompetenzen des gewählten Gemeinderats – dem politischen Gremium der Selbstverwaltung – unterschieden wurde⁴³.

Das politische Leben in Nordrhein-Westfalen tendierte nach der Übergangsphase einer großen Koalition zwischen CDU und SPD zu dem System einer starken Regierung, verbunden mit einer starken Opposition – ein System, das auch für die Anfänge der Parteiendemokratie der Bundesrepublik insgesamt mit ihrer sogenannten „Kanzlerdemokratie“ bestimmend wurde. Der Landtag, zunächst ernannt, wurde erstmals im April 1947 gewählt. Das Programm der Entnazifizierung wurde allmählich von den britischen Militärbehörden auf die deutschen Stellen in Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften übertragen und schließlich von dem inzwischen gewählten Landtag auf eine landesgesetzliche Grundlage gestellt.

VII. Nordrhein-Westfalen und der deutsche Föderalismus

Die Entstehung der Länder und damit des deutschen Föderalismus nach 1945 ist in einem engen Zusammenhang zu sehen mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschland sowie mit den Plänen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der deutschen Politik und Verwaltung nach dem Ende des Kriegs. Die Dezentralisierung Deutschlands war eine Forderung, die zunächst gemeinsam von allen Besatzungsmächten getragen und praktiziert wurde. So entstanden seit 1945 zunächst in der amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone, später in der britischen und zuletzt in der französischen Besatzungszone die neuen deutschen Länder – teils im Rückgriff auf bereits bestehende Länder wie Bayern, Sachsen, Thüringen, Hamburg und

43 Vgl. Wilhelm Ribhegge, Entbehrungen, britische Besatzung und die Mühsal des Wiederaufbaus: Die Jahre der Nachkriegszeit 1945–1949, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1991, S. 372–441. Zur britischen Besatzungspolitik vgl. die Erinnerungen des Historikers A. G. Dickens über seine Tätigkeit als Presseoffizier in Lübeck: Arthur Geoffrey Dickens, Lübeck Diary, London 1947. Kritisch: John E. Farquharson, The British Occupation of Germany 1945–6: A Badly Managed Disaster Area?, in: German History, 11 (1993), S. 316–338.

Bremen, teils aus ehemaligen preußischen Provinzen wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, teils durch Neubildungen wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und schließlich durch den Zusammenschluß dreier kleinerer Länder im Fall des Landes Baden-Württemberg. Der Zuschnitt der Länder und das Prinzip des innerstaatlichen Föderalismus, die die Besatzungsmächte nach Kriegsende durch ihre Festsetzungen vorgegeben hatten, wurden auch nach der deutschen Einigung 1990 beibehalten bzw. für die früheren Länder der DDR wieder in Kraft gesetzt und im Grundgesetz festgeschrieben. Die föderale Struktur Deutschlands bestand bereits vor der Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949. Es handelt sich also um eine gesamtdeutsche Gemeinsamkeit aus der Zeit vor der Teilung Deutschlands im Zuge der Entstehung des Kalten Kriegs und des Ost-West-Konflikts; eine Tatsache, die leicht vergessen wird.

Es wäre aber falsch, die Durchsetzung des Föderalismus historisch ausschließlich aus einem aufgezwungenen Akt der Besatzungsmächte abzuleiten. In einem Beitrag „Der Föderalismus in der deutschen Geschichte“ hat Thomas Nipperdey darauf hingewiesen, daß die Länder nach ihrer Gründung aus eigenem Antrieb ihr Eigenleben und Eigengewicht entfalteten. Ganz unabhängig von der Besatzungspolitik habe es nach 1945 eine „Renaissance von Regionalismus und Dezentralisierung“ gegeben: „Der Zentralismus und Unitarismus schien durch den Gang der deutschen Geschichte bis 1933 und durch die Verhältnisse im Dritten Reich, die man lange Zeit ja nur unter diesem Aspekt ansah, diskreditiert. Die Abkehr vom Nationalismus und Machtstaat, der Antiborussismus, die Tendenz zur nicht nur funktionalen, sondern auch horizontalen Gewaltenteilung im Sinne mancher Verfassungspläne der deutschen Widerstandsbewegung, die Abneigung gegen die Anonymität von Massenorganisationen, Bürokratien und Großstaaten (eine Folge konservativer Interpretation des Faschismus), das alles gab jedenfalls den Ideen der Dezentralisierung Auftrieb. Die Katastrophe des Reiches konnte zu einer Orientierung an regionalen Traditionen führen, die historische Besinnung zu einer Kritik an den „Irrwegen“ der deutschen Geschichte, an der Bismarckschen, der preußischen Reichsgründung.“⁴⁴

Bereits 1918/19, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, hatte es eine ähnliche Entwicklung gegeben, als sich die Länder des Deutschen Reichs anstelle der bisherigen Königreiche und Fürsten-

44 Thomas Nipperdey, Der Föderalismus in der deutschen Geschichte, in: Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, S. 60–109, hier S. 99.

tümer des Reichs einen Verfassungsstatus erkämpften und dauerhaft sicherten, noch bevor die frei gewählte Weimarer Nationalversammlung zusammentrat⁴⁵. Der Föderalismus hat in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts also durchaus eine demokratische Tradition. Der ursprüngliche, später verworfene Verfassungsentwurf, den der linksliberale Staatsrechtler Hugo Preuß im Auftrag des Rats der Volksbeauftragten für die Verfassungsberatungen der Weimarer Nationalversammlung entworfen hatte, sah die Auflösung Preußens und die Aufteilung ganz Deutschlands in sechzehn Länder vor⁴⁶. Die Auflösung Preußens, das ein Drittel des Reichsgebiets umfaßte, kam aber 1918/19 nicht zustande. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie durch das Kontrollgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 Wirklichkeit. Diese Tatsache trug zweifellos zum Erfolg des Föderalismus nach 1945 bei. Es gab kein Preußen-Deutschland mehr, sondern nur noch – bis 1949 – ein Deutschland der deutschen Länder. Auch die Bundesbank, die im In- und Ausland als Zitadelle der deutschen Wirtschaft angesehen wurde, wurde als „Bank deutscher Länder“ gegründet.

In einer von der neuen nordrhein-westfälischen Landesregierung herausgegebenen Broschüre, die zur Eröffnung des (noch ernannten) Landtags in Düsseldorf am 2. Oktober 1946 erschien, hieß es: „Nordrhein-Westfalen! Ein neuer Begriff, ein neues Land! Mit seiner Gründung hat sich der Westen des Reiches in einer staatsrechtlich neuen Form konsolidiert. Auf dem Ruinenfeld, das die zwölfjährige Nazidiktatur als trostloses Erbe der deutschen Gegenwart hinterließ, erhebt sich nunmehr in den westlichen Bezirken Deutschlands ein Land, das ebensowohl in den positiven Werten der Vergangenheit wurzelt, als es gegenüber den Einflüssen und Zivilisationstendenzen des westlichen

45 Vgl. Reinhard Rürup, Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 218–243, hier S. 226–228.

46 Vgl. Wilhelm Ribhegge, Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917–18, Essen 1988, S. 379 f.

Europas geöffnet ist. Wenn irgendwo in deutschen Landen die Demokratie ein Heimatrecht besitzt, dann in diesem Gebiet an Rhein und Ruhr, weil hier schon immer der Pulsschlag demokratischen Lebens spürbar war und der Geist der Menschlichkeit die Herzen von Millionen erfüllte. Mit diesem geschichtlichen Gründungsakt wird ein Schlußstrich unter ein Kapitel der deutschen Geschichte gezogen, in dessen Verlauf Preußen vorherrschend den Gang der Dinge bestimmte.“⁴⁷

Hier wurde gleichsam die Philosophie des neuen Landes für das historisch-politische Selbstverständnis des Alltags formuliert: Die Distanzierung vom Nationalsozialismus verband sich dabei mit der Distanzierung von der politischen Tradition Preußen-Deutschlands sowie mit der Berufung auf überkommenen humane und demokratische Wertvorstellungen in der Bevölkerung der eigenen Region, wobei die Nähe zu Westeuropa betont wurde. „Wir wollen an Rhein und Ruhr eine humane Demokratie aufbauen“, so formulierte es Rudolf Amelunxen, der erste Ministerpräsident des neuen Landes, in seiner Ansprache zur Eröffnung des Landtags mit dem Pathos des Neuanfangs, „in der alle Gewalt und alles Recht, alle Wünsche und Fahrziele tatsächlich vom Volke ausgehen, in der niemand nach Geburt und Stellung, jeder nach Leistung und Moral bewertet und behandelt wird.“ Zur Positionsbestimmung Nordrhein-Westfalens hieß es: „Deutschland ist nicht Nabel der Welt, Rhein und Ruhr sind nicht Zentrum Europas. Aber sie haben eine europäische Bedeutung.“⁴⁸

Man verstand die Gründung des Landes – das belegen die Zitate – nicht nur als einen administrativen Vorgang, sondern auch als einen Akt der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit sowie vor allem als einen Neubeginn der deutschen Demokratie.

47 Baustein zum neuen Reich. Landtagseröffnung Nordrhein-Westfalen 2. Oktober 1946, hrsg. von der staatsbürgerlichen Bildungsstelle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1946, S. 5.

48 Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen, ebd., S. 7–12, hier S. 11.

Hans-Jürgen Schröder: Von Versailles nach Potsdam. Deutsche Frage und internationales System

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/95, S. 3–12

Die nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten geschaffene Versailler Friedensordnung hatte zahlreiche Strukturdefekte: Das bolschewistische Rußland blieb von vornherein ausgegrenzt, den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen wurde nicht Rechnung getragen und die neue Weltmacht USA hatte sich aus den sicherheitspolitischen Bindungen zu Europa zurückgezogen. Die Deutschland betreffenden Bestimmungen hatten überdies einen permanenten Antagonismus zwischen den Siegermächten und den Deutschen geschaffen. Das deutsche Revisionsbegehren richtete sich allerdings nicht ausschließlich gegen den Versailler Vertrag, sondern auch gegen die demokratische Ordnung in Deutschland. Die strukturell angelegte Labilität des internationalen Systems wurde durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft. Dies hat die aggressive Politik Hitlers wesentlich erleichtert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten die Deutschen ungeachtet der Bedingungen des Potsdamer Abkommens die Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg. Allerdings war aus der historischen Rückschau die Ausgangslage trotz sehr viel größerer Verluste ungleich günstiger als nach 1918/19: Die Akzeptanz der Demokratie, die amerikanische Stabilisierungspolitik und die Westintegration des westdeutschen Teilstaates haben schließlich sogar die Überwindung der deutschen Teilung und die Etablierung der Bundesrepublik als „Zentralmacht Europas im europäischen Staatenverbund“ ermöglicht.

Manfred Görtemaker: Zwischen Krieg und Frieden. Die Potsdamer Konferenz 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/95, S. 13–24

Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, die seit 1941 in der sogenannten „Anti-Hitler-Koalition“ miteinander verbündet waren. Nach der Machterweiterung der UdSSR im Zuge des Vordringens der sowjetischen Armee in Osteuropa war bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 erkennbar geworden, daß ein neuer Ost-West-Konflikt bevorstand. Der britische Premierminister Churchill rückte deshalb schon zu dieser Zeit von Vorstellungen einer Zerstückelung Deutschlands und überhöhten Reparationsforderungen ab.

Auf der Potsdamer Konferenz setzte sich diese Entwicklung nicht einfach fort, sondern gewann eine neue Qualität. Denn mit Präsident Truman, der im April 1945 den verstorbenen Franklin D. Roosevelt im Weißen Haus abgelöst hatte, führte ein neuer Mann die Verhandlungen, der weniger als sein Vorgänger von Visionen einer gemeinsamen Weltordnung geleitet war, sondern dem Vordringen der Sowjetunion mit Sinn für die Realitäten zu begegnen suchte. Die Zündung der ersten amerikanischen Atombombe am Vorabend des Beginns der Potsdamer Konferenz verlieh dieser neuen Konstellation zusätzliche Dramatik.

Das Ergebnis von Potsdam war demzufolge im wesentlichen eine Besiegelung des Status quo. Dies betraf sowohl die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als neue polnische Westgrenze wie auch den Verzicht auf präzise und umfassende Reparationsfestlegungen. Es galt der Grundsatz, daß jede Besatzungsmacht in dem Gebiet, für das sie Verantwortung trug, in der Lage sein sollte, ihre Auffassungen durchzusetzen. Damit wurden die Einflußsphären der UdSSR und der Westmächte festgeschrieben, ohne daß jedoch Optionen für die Zukunft – etwa für eine Wiedervereinigung Deutschlands – verschüttet wurden.

Hermann Graml: Die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland 1945–1949

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/95, S. 25–33

In ihrer Anfangsphase stand die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland noch im Zeichen west-östlicher Gemeinsamkeit. Der Grund war die vom gemeinsamen Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland bewirkte Übereinstimmung in Punkten negativer Deutschlandpolitik, d. h. hinsichtlich der Entwaffnung und der wirtschaftlichen Reduzierung Deutschlands, auch hinsichtlich der Liquidierung des Nationalsozialismus.

Angesichts der ideologischen und politischen Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den Westmächten führte dann aber gerade der im Gefolge der Potsdamer Konferenz gemachte Versuch, in Deutschland positive politische Aufbauarbeit zu leisten, zu tiefgreifenden Unterschieden zwischen der sowjetischen und der westlichen Besatzungspolitik und damit zu allmählich unüberbrückbar werdenden Unterschieden zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den westlichen Zonen. Ausgelöst und befördert wurde dieser Prozeß dadurch, daß französische Obstruktionspolitik längere Zeit den Alliierten Kontrollrat als gesamtdeutsche Entscheidungsinstanz ausschaltete, was eine Regionalisierung der Besatzungspolitik und eine Sonderentwicklung der einzelnen Zonen zur Folge hatte. Als dann ab Mitte 1946 der Kalte Krieg nach Deutschland übergrieff, wurde die Rückkehr zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der Alliierten unmöglich, die Entstehung zweier deutscher Staaten unabwendbar.

Wilhelm Ribhegge: „Preußen im Westen“. Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/95, S. 34–46

Zu den Absichten der alliierten Siegermächte nach 1945 zählte die Zerschlagung Preußens. Preußen wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 förmlich aufgelöst. Aus Teilen der Erbmasse Preußens wurde schon vorher, im Sommer 1946, das neue Land „Nordrhein-Westfalen“ gebildet, das der Fläche und der Bevölkerung nach das größte Land der Bundesrepublik wurde – ähnlich wie Preußen im Deutschen Reich – und dies nach der deutschen Vereinigung 1990 blieb.

Seit seiner Gründung hat Nordrhein-Westfalen immer wieder durch seine Politiker und durch seine Parteien eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und danach in der politischen Geschichte der Bundesrepublik gespielt. Paradoxerweise aber ist die Geschichtlichkeit des Landes Nordrhein-Westfalen, die zugleich die Geschichtlichkeit der Bundesrepublik prägt, im allgemeinen Geschichtsbewußtsein kaum präsent.

Der Beitrag beschreibt den Entscheidungsprozeß im Kabinett und in der Administration der britischen Labour-Regierung unter Premierminister Clement Attlee und Außenminister Ernest Bevin, der zur Gründung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen führte. Neuere Publikationen und Quelleneditionen ermöglichen es, diesen Vorgang zu erschließen und ihn vor dem Hintergrund der Umorientierung im Verhältnis der bisherigen Kriegسالlierten – Großbritannien, Frankreich, die USA sowie die Sowjetunion – zu rekonstruieren.

Die Briten erkannten, daß dauerhafte Lösungen für Deutschland nur in der Kooperation mit den Deutschen auf der Grundlage demokratischer und föderaler Strukturen möglich waren. Die britische Labour-Regierung leistete mit ihrer Nachkriegspolitik einen entscheidenden Beitrag zur Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland und zur Einbindung des neuen demokratischen Deutschland in Westeuropa. Die geschichtliche und politische Neuorientierung, für die das neugegründete Land Nordrhein-Westfalen stand, war kein Zufallsprodukt, sondern sie war gewollt und sie wurde durch bewußtes und planvolles politisches Handeln herbeigeführt.